

DIE WELTWOCH



Frauen über alles

**Viola Amherd, Anita Fetz,
Katharina Fontana,
Esther Vilar, Philipp Gut,
Mike Pompeo, Yaël Meier,
Linus Reichlin,
Tamara Wernli u. v. a. m.**





BMW Motorrad schenkt Ihnen einen exklusiven Roadtrip Vier Tage Freiheit auf zwei Rädern

Sind Sie bereit für ein Fahrerlebnis der Superlative? Testen Sie jetzt auf einem 4-tägigen Roadtrip durch die Schweiz Ihr Lieblingsmodell des BMW-Tourer-Motorrads. Cruisen Sie entspannt an Ihr Traumziel und geniessen Sie die unvergleichliche Laufkultur und die imposante Kraftentfaltung des legendären 6-Zylinder-Reihenmotors.

Motorradfahren bedeutet Freiheit – ein Gefühl, das Sie ausgiebig auf einer 4-tägigen Probefahrt mit Ihrem Wunsch-Tourer erleben können. Mit dem luxuriösen Performance-Tourer gleiten Sie stilvoll und komfortabel bis zum Horizont. Gelassen meistern Sie alle Wetterbedingungen und jede Distanz. Zu zweit oder alleine: Dank mühelosem Manövrieren wird Ankommen und Abfahren zu einer souveränen Sache. Das Reisen mit der K 1600 erreicht eine neue Dimension – die erste Klasse steht zum Aufsteigen bereit.

Folgende drei Modelle stehen Ihnen für eine Testfahrt zur Verfügung:

BMW K 1600 GT:

Unterwegs sein, Eindrücke sammeln und jede Menge erleben: Im Sattel der K 1600 GT erleben Sie maximale Souveränität und Dynamik bei noch mehr Tourenkomfort.

BMW K 1600 Bagger:

Mit der Bagger-Version geniessen Sie entspannt den Fahrtwind. Der gehoppte Windschild, das

markante Heck und die komfortablen Trittbretter geben diesem Bike seinen unverkennbaren Charakter.

BMW K 1600 Grand America:

Sind Sie bereit für jede Extrameile? Als komplett ausgestatteter Luxus-Tourer bietet dieser Fulldresser absolutes Fahrvergnügen und höchsten Komfort für unbeschwertes Reisen.

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.bmw-motorrad.ch/k1600-testride



Platin-Club-Spezialangebot

Exklusives Angebot für Weltwoche-Abonnenten:
4-tägiger Roadtrip mit einem BMW-K-1600er-Modell nach Wahl.

Aktionszeitraum:

23. Mai 2019 bis 15. September 2019

Leistungen:

Im Angebot inbegriffen ist das Ausleihen einer BMW K 1600 Bagger, Grand America oder GT.

Versicherung:

Vollkasko mit einem Selbstbehalt von Fr. 1500.–

Bedingungen:

Abholung des Motorrads bei einem BMW-Motorrad-Partner Ihrer Wahl am Freitag ab 16 Uhr und Rückgabe bis Dienstag, 16 Uhr. Zugelassen sind Personen ab 25 Jahren mit festem Wohnsitz in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein und mit Führerausweis der Kategorie A unbeschränkt.

Anmeldung:

Reservieren Sie Ihre Probefahrt online auf www.bmw-motorrad.ch/k1600-testride. Das Angebot ist nur begrenzt verfügbar. Bei Überbuchungen eines Modells wird das Motorrad per Losverfahren zugeteilt.

Veranstalter:

BMW (Schweiz) AG, 8157 Dielsdorf
www.bmw-motorrad.ch

www.weltwoche.ch/platin-club



Der Frauenstreik vom 14. Juni hat uns zu dieser Spezialausgabe inspiriert. Unter dem Motto «Frauen über alles» huldigen wir den Ikonen der Frauenbewegung und schildern die Meilensteine der Gleichberechtigung in der Schweiz. Im grossen Interview erzählt die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz, wie sie als junge Feministin von ihrem Genossen Helmut Hubacher eine Ohrfeige erhielt. Neben den *Weltwoche*-Autorinnen Katharina Fontana und Beatrice Schlag konnten wir auch die Zürcher Soziologieprofessorin Katja Rost sowie Claudia Wirz aus dem Hause NZZ und die junge *Blick*-Redaktorin und SRF-Mitarbeiterin Yaël Meier für einen Beitrag gewinnen. Wir lassen aber auch Männer zu Wort kommen. Der Journalist Luzius Theler (*Walliser Bote*, *NZZ*) liefert ein brillant geschriebenes Porträt über die neue CVP-Bundesrätin Viola Amherd, die sich in Bern, für viele überraschend, zur stilsicheren Hoffnungsträgerin gemausert hat. Alex Baur erklärt, warum die Männer die eigentlichen Profiteure der Emanzipation sind. Linus Reichlin seziiert den Typus des männlichen Feministen und Michael Bahnerth schreibt, warum Gott irrt, als er zuerst den Mann schuf. Philipp Gut, der dieses Spezial redaktionell verantwortet, sieht am 14. Juni keinen Grund zum Klagen, sondern vielmehr zum Feiern. Die gute Nachricht: Den Mädchen und Frauen stehen heute alle Chancen und Möglichkeiten offen. Diskriminierung war gestern. Das zeigt auch die Lohnanalyse unseres Wirtschaftschefs Beat Gygi. **Seite 28–53**



Fondue bei sommerlichen Temperaturen: Pompeo (l.), Gehrig.

die er als «eng, stark und wachsend» bezeichnete. Sozusagen zur Krönung der geknüpften Bande gelobte er, sich mit Nachdruck für ein Freihandelsabkommen einzusetzen. **Seite 12**

1863 wurde im ersten Stock des Bahnhofbuffets Olten der Schweizer Alpen-Club (SAC) gegründet. Eine Tafel in dem schmucklosen Saal erinnert an das Ereignis. Letzte Woche, über 150 Jahre später, wurde an demselben Ort eine neue Sektion der Sozialdemokratischen Partei ins Leben gerufen, die sich dem Kampf für einen Beitritt der Schweiz in die EU verschrieben hat. Am Gründungsanlass diskutierten mit Lukas Bärfuss und Jonas Lüscher zwei der bekanntesten Autoren des Landes über das Thema. Rico Bandle hat sich unter die wenigen Zuhörer gemischt – und war positiv überrascht. **Seite 56**

Ihre *Weltwoche*

Die amerikanisch-schweizerischen Beziehungen erleben eine Intensität, die in der Geschichte einmalig ist. Erst noch war Bundespräsident Maurer bei Trump. Nun gastierte Aussenminister Mike Pompeo drei Tage in der Schweiz. Der Mann, der für Donald Trump als Feuerlöscher und Brückenbauer durch die Welt eilt, genoss das Time-out von der Krisendiplomatie so sehr, dass er trotz der sommerlichen Temperaturen nicht auf ein üppiges Fondue verzichten wollte. Kurz vor seiner Abreise war der ehemalige CIA-Chef indes wieder auf Hochbetriebsgeschwindigkeit. Morgens um 6.30 Uhr bot er Urs Gehrig zum Interviewtermin auf. Trotz Blick auf das Berner Alpenpanorama schlug er warnende Töne an. Von chinesischen Firmen wie Huawei, die sich rasch in Europa etablieren, gehe ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die Schweiz aus. Beim Exkurs durch Konfliktzonen, vom Iran bis ins Südchinesische Meer, kam er immer wieder auf die Beziehungen zur Schweiz zu sprechen,

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten
IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 346.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Michael Bahnerth, Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Erik Ebneter, Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Florian Schwab, Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Thomas Renggeli, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger, Eugen Sorg, Sacha Verna (*New York*), Tamara Wernli, Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Karin Erdmann
Bildredaktion: Jasmin Karim (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga Huber

Verlag:
Verlagsleiter: Sandro Gianini
Anzeigenverkauf: Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Betriebsleiter: Guido Bertuzzi
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



«Force tranquille»: Viola Amherd. Seite 42



«Kognitive Dissonanz»: Reto Knutti. Seite 18



«Das war immer so: zwei Schritte vor, einen zurück, zwei vor, einen zurück.»

Anita Fetz: Seite 34

Titelgeschichte

- 28 **Das privilegierte Leben der Schweizer Frauen** Ein Resümee
- 29 **Gleichstellung** Handfeste Nachteile
- 30 **Wissenschaft** Weibliche Perspektive
- 31 **Wenn uns Männer nachpfeifen** Frauenstreik? Das klingt altbacken
- 32 **Gibt es Lohndiskriminierung?** Was die Zahlen dazu sagen
- 34 **Anita Fetz, Feministin** «Ladys, wir machen das zusammen»
- 37 **Frauenstreik** Tummelfeld der akademischen Elite
- 38 **Ikone der Frauenbewegung** Sechs Pionierinnen der Emanzipation
- 40 **Säbeln an der Männerbastion** Erfolge der Frauenbewegung
- 42 **Viola Amherd** Luzius Theler über die Autorität der Bundesrätin
- 45 **Typologie des männlichen Feministen** Der Irrtum der Frauenversther
- 46 **Wo Frauen am stärksten unterdrückt sind** Die Statistiken
- 48 **Befreite Männer** Die Frauen haben einen Feiertag verdient
- 50 **Im Schatten der Superfrauen** Rezepte für Chancengleichheit
- 52 **«Et Dieu... créa la femme»** Eva sucht ihr Happy End

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 7 **Kommentare** Die Schlachten sind gewonnen

- 8 **Wirtschaft** Vorzeigunternehmer wird Justizopfer
- 9 **Eilmeldung** Gesetz des Schummelns
- 24 **Mörgeli** Wir kriminellen Schweizer
- 24 **Bodenmann** Löst Habeck Kanzlerin Merkel ab?
- 25 **Medien** Die Moral, die zweifache
- 25 **Die Deutschen** SPD-GmbH

Inland

- 16 **Kampf um Glanz und Gloria** Jeder gegen jeden im Bundeshaus
- 20 **Richterspruch im Eigeninteresse** Ein Volksentscheid wird annulliert
- 23 **Angriff aus Paris** Für Finanzminister Ueli Maurer wird es ungemütlich

Ausland

- 12 **Mike Pompeo** Grosses Interview mit dem amerikanischen Aussenminister
- 14 **Inside Washington** Britische Invasion

Wirtschaft & Wissenschaft

- 18 **Vernebelungstaktik** Gegenrede von Klimawissenschaftler Reto Knutti
- 22 **«Art of the Deal»** Plädoyer für ein Freihandelsabkommen mit den USA

Kultur & Gesellschaft

- 54 **Ikone der Woche** Renée Zellweger

- 56 **Jonas Lüscher vs. Lukas Bärfuss** Erstaunlich kontroverse Debatte
- 58 **Rammstein** Thomas Dürr über die deutsche Rockband
- 59 **Roger Schawinski** Rüge ohne Grund

Rubriken

- 7 **Im Auge** Alessandro Volta
- 10 **Personenkontrolle**
- 11 **Nachruf** Michel Serres
- 26 **Darf man das?**
- 26 **Leserbriefe**
- 27 **Fragen Sie Dr. M.**
- 60 **Die Bibel** Leute wie Strache
- 60 **Serien** «Chernobyl» und «Undercover»
- 61 **Jazz** Grosses aus der Nische
- 62 **Thiel** Sexualkunde
- 62 **Namen** Indische Hochzeit
- 62 **Fast** verliebt Promisk
- 63 **Unten durch** Straflager
- 64 **Wein** Grosses aus der Nische
- 64 **Salz & Pfeffer** Kunst des Weglassens
- 65 **Auto** Porsche 911 Carrera S Cabrio
- 66 **Tamaras Welt** Woran Frauen beim Sex denken

Klima-Panik

Der Missbrauch des Klimawandels und seine Profiteure. Von Roger Köppel

Niemand bestreitet, dass sich das Klima seit Jahrtausenden verändert. Die Menschen haben sich diesen Veränderungen immer angepasst, einige Gesellschaften erfolgreicher als andere.

Es gab Zeiten, in denen über uns eine 400 Meter dicke Eisschicht war. Davor hatten wir tropische Temperaturen mit Dinosauriern in der Schweiz. Der Meeresspiegel lag schon 130 Meter tiefer als heute.

Ab dem Mittelalter, ums Jahr 1000, wurde es für ein paar Jahrhunderte wärmer. Dann wurde es kälter, die Besiedelung von Grönland ging zurück, die Gletscher stiessen vor. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wird es wieder wärmer, und zwar um ein paar Zehntelgrade bis heute.

Ist das eine Katastrophe? Haben wir deswegen einen Klimanotstand, wie uns die Medien, allen voran das schweizerische Monopolfernsehen, in gespenstischer Gleichförmigkeit einhämmern?

Als einfache Bürger nehmen wir zur Kenntnis, dass sich die Klimaforschung darüber nicht einig ist. Vor erst vierzig Jahren glaubten die US-Klimatologen noch, es stehe der Welt eine neue Eiszeit, eine massive Abkühlung bevor. Heute behaupten einige Klimatologen das exakte Gegenteil.

Als Nichtphysiker können wir nicht entscheiden, ob der Mensch im Unterschied zu allen früheren Klimaveränderungen heute die einzige, die alleinige und vor allem: die massgebliche Ursache des Klimawandels ist. Es gibt namhafte Forscher, die das behaupten. Es gibt aber auch Forscher, ebenso namhaft, die es bestreiten.

Was uns allerdings misstrauisch machen sollte: Die lautesten und berühmtesten Klima-Alarmisten in der Forschung benehmen sich längst nicht mehr wie Wissenschaftler, die die Wahrheit suchen, sondern sie benehmen sich wie Propheten oder Sektenführer, die die absolute Wahrheit gefunden haben.

ETH-Professor Reto Knutti zum Beispiel schreibt gebieterisch, die Schweiz könne durch die Reduktion von CO₂ auf null den Klimawandel «vermeiden» – was ziemlicher Unsinn ist, denn die Schweiz produziert nur ein Tausendstel des weltweiten menschengemachten CO₂. Wenn die Schweiz auf null geht, hat das aufs Klima keinen messbaren Einfluss.

Oder nehmen wir Knuttis Kollegen, Prof. Thomas Stocker. Er weigert sich, mit Kritikern

und Andersdenkenden überhaupt nur zu reden. Er tut so, als ob sich jede wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Ursachen der Klimaveränderungen erübrige, als ob die Wissenschaft ein für alle Mal «bereinigt» sei. Das ist sie nicht – und das Gegenteil zu behaupten, ist unwissenschaftlich und eines Schweizer Hochschullehrers unwürdig.

Wissenschaft ist ein Verfahren des organisierten Zweifels, der organisierten Skepsis. In der Klimadebatte allerdings gilt Skepsis als Verbrechen. Kritiker, Andersdenkende werden als «Klimaleugner» verächtlich gemacht. Wer aber das Gespräch verweigert und Andersdenkende verunglimpft, offenbart nicht intellektuelle Stärke, sondern Schwäche; einen Mangel an vernünftigen Argumenten.

Die Klimakatastrophenbewegung will eben nicht argumentieren. Sie will nicht überzeugen. Sie will einschüchtern. Sie will ihre Meinung und ihre Interessen über alle anderen stellen. Und sie schreckt auch nicht davor zurück, Kinder einzuspannen, um Verunsicherung, Panik und ein vergiftetes Klima zu verbreiten, in dem sich niemand mehr traut, die kritischen Fragen zu stellen.

Die *Weltwoche* stellt sich gegen diesen unwissenschaftlichen, intoleranten, pseudoreligiösen und in seiner Selbstaufplusterung auch freiheitsfeindlichen, totalitären Missbrauch des Klimawandels für durchsichtige politische Zwecke und unbestrittene finanzielle Interessen.

Denn seien wir uns bewusst: Ums Klima ist längst eine gigantische globale Industrie entstanden. Wir sprechen von einem klimatologisch-gouvernementalen Komplex, der jährlich Hunderte Milliarden von Dollar umsetzt und ganze Armeen von lautstarken Abhängigen geschaffen hat.

Dieser weltweite Klima-Machtapparat will uns einreden, dass der Mensch und nur der Mensch mit seinem CO₂ verantwortlich ist für die jüngsten, geringfügigen Temperaturveränderungen.

Warum eigentlich diese Verbissenheit in Bezug auf das CO₂? Es gibt in unserer Luft viele Gase, die die Temperaturen viel stärker beeinflussen, zum Beispiel Wasserdampf, doch der weltweite klimatologisch-gouvernementale Komplex redet nur von einem, übrigens vergleichsweise schwachen Treibhausgas, vom CO₂.

Der Grund ist offensichtlich: Wer das CO₂ kontrolliert, hat einen gewaltigen Machthebel in der Hand. CO₂ ist überall. Es ist in den Ozeanen, in den Pflanzen, in der Atmosphäre, in den Atemwegen der Tiere und der Menschen.

Auf dem Ausstoss von CO₂ in Motoren, Maschinen und Heizungen beruht die moderne Zivilisation und ihre Energieversorgung. Wer das CO₂ in der Hand hat, wer das CO₂ zur wichtigsten politischen Grösse der Gegenwart erklärt, hat die Weltherrschaft. Das ist eine mächtige, eine überwältigende Versuchung.

Es gibt zu viele Profiteure. Auch in der kleinen Schweiz hat sich ein Speckgürtel staatsnaher Nutzniesser auf Kosten unseres Mittelstands gemütlich eingenistet.

SP-Fraktionschef Roger Nordmann: Er präsidiert den Verband Swissolar mit gut 700 Mitgliedern, davon über 500 «Solarprofis» wie Planer, Berater, geprüfte Fachfirmen, Installateure oder Hersteller von Solaranlagen. Sie kassieren viele Millionen für die Energieverbraucher durch erhöhte Elektrizitätstarife.

Swisscleantech: Die Organisation fordert eine «Gebäudeklimapolitik», nach

der bis 2050 alle Gebäude CO₂-frei beheizt werden sollen. Im Swisscleantech-Vorstand sitzt Nationalrat Jürg Grossen, Präsident der GLP Schweiz. Wenn sich Grossen für die Umwelt einsetzt, kassiert sein eigenes Geschäft mit, ist er doch beteiligt an den Firmen Elektrolink, Elektroplan Buchs & Grossen sowie Smart Energy Link in Frutigen. Zudem präsidiert er die Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände.

FDP-Nationalrat Peter Schilliger: Er ist Mitinhaber der IC AG Haustechnik-Beratung und seit 2009 Mitinhaber und Geschäftsführer der Herzog Haustechnik AG in Luzern. Er gehört zu den eifrigsten Befürwortern der energiepolitischen Sanierungsmassnahmen an den Gebäuden – und produziert eigennützige Vorstösse am laufenden Band.

Nicht zu reden von all den sich rasant vermehrenden Klimatologen und Klimaforschern, die ihre Lehrstühle für politischen Aktivismus und Subventionsbeschaffung zweckentfremden. Wer vor dem Weltuntergang warnt, kann mit staatlichen Zuwendungen, mit Macht, Geld und Prestige rechnen.

Die Grünen, die Roten reden vom Klima, aber sie meinen sich selbst, und vor allem denken sie ans eigene Portemonnaie.

Die *Weltwoche* stellt sich gegen diesen pseudoreligiösen Klima- und Sonnenkult, der dem Klima nichts bringt, aber die Grundlagen unserer Wirtschaft, unseres Wohlstands, unseres friedlichen Zusammenlebens gefährdet, wenn nicht zerstört.

Lesen Sie jetzt auf Seite 18 den Aufsatz des ETH-Professors für Klimatologie, Reto Knutti, der das Gegenteil dieses Editorials schreibt.



Pseudoreligiöser Sonnenkult:
SP-Fraktionschef Nordmann.



FRUTT FAMILY LODGE:

für Ihr nächstes Familien-Abenteuer

Die frutt Family Lodge liegt auf 1920 Höhenmetern am Melchsee. Von hier aus entdecken Sie die Bergwelt mit Bike, mit Angelrute, zu Fuss oder gut gesichert im modernen Seilpark mitten in den Bäumen. Wenn Sie müde und hungrig sind, kochen wir für Sie im mediterranen Restaurant Lago und lassen Sie im Spa entspannen.

frutt-familylodge.ch



Die Schlachten sind gewonnen

Von Katharina Fontana — Die Frauenemanzipation ist die grösste Freiheitsbewegung der Geschichte, sie hat die Männerherrschaft hierzulande unblutig beseitigt. Doch statt frei will man heute Opfer sein.



Die Gleichheit der Lebenschancen ist Realität: junge Schreinerin.

Die Liste der Klagen ist lang: «Wir wollen keine Reduktion der Arbeitszeit, weil wir bis zur Erschöpfung arbeiten», heisst es im offiziellen Manifest zum Frauenstreik, der am 14. Juni in der Schweiz über die Bühne gehen wird. Das Manifest, erarbeitet vom welschen Streikkomitee, hämmert in neunzehn Thesen fest, warum die Frauen nächste Woche die Arbeit niederlegen und in violetten Kleidern die Strassen und Plätze stürmen sollen. Die Forderungen reichen von der Teilung der Haus- und Erziehungsarbeit über höhere Frauenlöhne und Altersrenten, Kampagnen gegen Sexismus, eine gender-inklusive Sprache bis hin zu einer feministischen Sexualerziehung. Wer das Streikmanifest liest, muss zwangsläufig den Eindruck erhalten, dass die in der Schweiz lebenden Frauen heute konstant diskriminiert, massiv überlastet und mit ihrem Schicksal ausgesprochen unzufrieden sind – Opfer einer Männergesellschaft.

«Frau oder Fräulein?»

Das ist natürlich Unsinn. Und ein Ärgernis, weil dadurch der Feminismus insgesamt als überspannt und abgedriftet erscheint. Dabei ist die Frauenemanzipation die wichtigste gesellschaftliche Basisbewegung der jüngeren Geschichte. Sie hat ebenso hartnäckig wie konsequent die Freiheit der weiblichen Hälfte der

Menschheit vorangebracht wie nichts sonst. In der westlichen Welt haben sich Frauen ihre Rechte und Chancen in langen Kämpfen erstritten, angefangen mit der französischen Schriftstellerin Olympe de Gouges, die sich mit ihrer «Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin» von 1791 gegen die damalige Tyrannei der Männer stellte und für die volle Gleichberechtigung des «an Schönheit wie auch an Mut» überlegenen Geschlechts eintrat – zwei Jahre später starb sie auf dem Schafott. Die Nachfahrenden der französischen Urfeministin steigen heute in Pakistan, in Saudi-Arabien oder in anderen frauenfeindlichen Ländern auf die Barrikaden und riskieren dabei allzu oft ihr Leben.

In der Schweiz forderte die Frauenemanzipation soweit bekannt keine Toten. Doch auch hier verlief die politische, rechtliche und soziale Öffnung ausgesprochen zähe. Die Frauen waren im patriarchalen Bevormundungsstaat lange Bittstellerinnen, ihr Universum war der Haushalt, während die Männer dafür sorgten, dass die bedeutenden Dinge ihnen vorbehalten blieben – die eidgenössische Politik war gar bis 1971 eine rein männliche Domäne, was zum Schänden ist. Auch gesellschaftlich waren die Zeiten bleiern. Eine verheiratete Frau stand bis Ende der

» Fortsetzung auf Seite 8

Old Zuckerberg



Alessandro Volta, Batterien-Erfinder.

In den aktuellen Diskussionen um die Elefantenhochzeit zwischen Fiat Chrysler und der Renault-Gruppe ist ein Name unerwähnt geblieben, verständlicherweise, denn der Graf Alessandro Volta lebte von 1745 bis 1827, und die Grossfusion dreht sich um die Zukunft und um das Elektroauto. Dinge haben keine Seele, aber jedes Ding hat eine Batterie, ohne Batterie funktioniert kein Handy, kein Atomkraftwerk, und das Problem des Elektromobils ist die Speicherkapazität.

Und die Batterie erfunden hat, vor 220 Jahren, dieser Italiener, ein früher Popstar der Wissenschaft wie nach ihm Albert Einstein und heute Bill Gates oder Mark Zuckerberg. Der Professore Volta führte 1801 in Paris dem faszinierten Napoleon Bonaparte seine Voltasche Säule vor, die erste Batterie; der Weltherrscher ernannte ihn später zum Senator und erhob ihn in den Adelsstand.

Voltas wohlhabende, fromme Eltern schickten fünf ihrer neun Kinder ins Kloster, für ihn war die Juristerei vorgesehen, die ihn kaltliess. Das Wissen über Elektrizität erwarb er im Selbststudium, und mit dreissig stellte er seine erste Innovation vor, den Elektrophor, eine sogenannte Influenzmaschine, einen Spannungsregler, der in ganz Europa Verbreitung fand. Damals war Volta schon Professor der Experimentalphysik in Como. Privat scherte sich der gutaussehende Elektro-Guru nicht um Konventionen und lebte lange mit einer berühmten Opernsängerin zusammen, ehe er als Fünfzigjähriger noch heiratete. Die Batterie – wie das Rad seit 6000 Jahren oder die Schraube seit 250 v. Chr. – ist zur unverzichtbaren Erfindung geworden und hat vielleicht doch eine Seele. Während gerade Leonardo da Vinci als das Genie der Menschheitsgeschichte schlechthin gefeiert wird, lebt Alessandro Giuseppe Antonio Anastasio Volta, der Grossmeister des Praktischen, in der Bezeichnung Volt als Masseinheit für elektrische Spannung weiter. Und wenn die Batterie ausfällt, passiert gar nichts mehr. Liebling, wo bewahre ich das verfluchte Ersatzding auf? Peter Hartmann

1980er Jahre unter der Knute des Angetrauten, die Frage, ob man «Frau oder Fräulein» sei, war Standard, dass eine «gute» Mutter nicht arbeitete, galt als ungeschriebenes Gesetz, und selbstredend waren es immer die Frauen, die in den Sitzungen den Kaffee servierten. Der Feminismus hat mit all dem aufgeräumt. Er hat klassische liberale Prinzipien durchgesetzt, die Frauen unabhängig und selbstbestimmt gemacht und die Männer langsam, aber sicher vom Sockel gedrängt, von dem herab sie so bequem auf die Frauen hatten schauen können.

In der Schweiz sind Frauen jetzt ebenso gleich und frei wie Männer. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde umgesetzt, die Gleichheit der Lebenschancen ist Realität, die entscheidenden Pflöcke sind fest eingeschlagen. Reaktionäre Entwicklungen wie in den USA, wo das Recht der Frauen auf Abtreibung zu-

Der Feminismus hat klassische liberale Prinzipien durchgesetzt, die Frauen selbstbestimmt gemacht.

nehmend unter Beschuss gerät und der freie Entscheid über die Kinderfrage ernsthaft gefährdet scheint, sind bei uns nicht auszumachen. Gleichzeitig leben wir in der Schweiz nicht in einer idealen Welt, und Gründe, sich zu beklagen, findet man immer. Wenn Männer Macho-Attitüden an den Tag legen, die weibliche Konkurrenz im Beruf ausgrenzen oder Frauen generell neben sich kleinhalten wollen, ist das nervig und selbstverständlich ein Grund, sich zu wehren. Doch lange nicht alle Männer sind frauenfeindliche Chauvinisten, und die Streik-Aktivistinnen machen es sich definitiv zu einfach, wenn sie aus dem Umstand, dass das Leben nun mal widrig sein kann, ein allgemeines Problem von struktureller Benachteiligung und Gewalt gemäss Gender-Studies-Lehrbuch konstruieren. Diese Sicht hat mit dem wirklichen Leben der weiblichen Bevölkerung nichts zu tun.

Weibliche Opferfantasien

Es ist so wahr wie banal: Dank des Feminismus können die Frauen heutzutage ein freies und vielfältiges Leben führen, allein, zu zweit, mit oder ohne Kinder, mit oder ohne Karriere. Das ist häufig toll, mitunter aber auch mühsam und arbeitsreich. Sicher läuft nicht bei jeder Frau alles optimal, und sicher gibt es auch in der Schweiz noch Luft nach oben. In diesem Sinn ist zu hoffen, dass die Frauenbewegung wieder mehr realitätsbezogene Debatten führt und sich nicht von extremen Ideologien und weiblichen Opferfantasien kapern lässt – verglichen mit den früheren Frauenkämpfen ist das gar schwächlich.

Wirtschaft

Vorzeigeunternehmer wird Justizopfer

Von Thomas Matter — Stephan Schmidheiny, Pionier des Asbestausstiegs, wird in Italien kriminalisiert. Das muss der Schweiz zu denken geben.

Wortreich beklagte Matteo Renzi, ehemaliger Regierungschef Italiens, jüngst in der NZZ die italienische Wirtschaftssituation. Als Grund für die Misere führte er die politische Instabilität an. Keinen Gedanken verschwendete der Sozialdemokrat Renzi an die wahren Gründe für die Wachstumsschwäche des Landes: Italiens Politik und Justizsystem sind seit Jahrzehnten gekennzeichnet von Willkür und Machtmissbrauch. Folgerichtig funktioniert das komplexe Gebilde der Marktwirtschaft in Italien nicht. Wo so offensichtlich keine Rechtssicherheit und keine verlässlichen, staatlich überwachten Rahmenbedingungen vorhanden sind, will kein kluger Unternehmer mehr wirtschaftliche Risiken eingehen. Denn allzu schnell muss er den Kopf für die Versäumnisse anderer hinhalten.

Exemplarisch zeigt sich das in diesen Tagen an den Erfahrungen des Schweizer Industriellen und Mäzens Stephan Schmidheiny. Seit sechzehn Jahren verwickelt unser südlicher Nachbarstaat diesen Vorzeigeunternehmer in strafrechtliche Verfahren. Dabei war es ausgerechnet Italien, das seine Bürger jahrzehntelang in keiner Weise vor den Risiken der Asbestverarbeitung bewahrt hat. Nun wirft derselbe Staat dem Pionier des Asbestausstiegs vor, er habe Arbeiter und Anwohner von Eternit-Fabriken getötet. Eine wahrlich absurde Anklage. In

Wahrheit hat Stephan Schmidheiny schon als junger Unternehmer alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die gesundheitlichen Gefahren des Asbests in den Griff zu bekommen. Lange bevor es staatliche Verbote gab, hat Schmidheiny an Ersatzstoffen geforscht. Schon 1984 kam es bei der von ihm geführten Firma Eternit zu einer weitgehend asbestfreien Produktion. Der Schweizer hat damit den staatlichen Regulierungen weit vorgegriffen.

Unser Land erliess 1990 ein Asbestverbot, Italien sogar erst 1992. Tatsächlich wurde unter der Ägide Stephan Schmidheiny Enormes für eine höhere Arbeitssicherheit geleistet. Nur schon in die italienischen Fabriken wurden während der zehn Jahre von Schmidheiny Eternit-Beteiligung über 300 Millionen Franken nach heutigem Geldwert investiert. Und es kam zu keinem einzigen Gewinnabzug. Dennoch wirft Italiens Justiz Stephan Schmidheiny faktisch einen Massenmord vor.

Zwar hat das höchste italienische Gericht Schmidheiny im ersten Verfahren von 2014 von Schuld und Strafe freigesprochen. Dennoch führte der Staat weitere strafrechtliche Verfahren gegen ihn. Dies bedeutet einen eklatanten Verstoß gegen grundsätzliche Rechtsprinzipien. Die Verfassungen aller demokratischen Rechtsstaaten garantieren, dass niemand wegen derselben Sache zweimal vor Gericht gestellt oder verurteilt werden darf. Ungeachtet dessen führen die Staatsanwaltschaften in Turin, Neapel, Vercelli und Rubiera diesen grotesken Kreuzzug gegen verantwortungsvolles Unternehmertum weiter. Und ungeachtet dessen verurteilte ein Richter in Turin Stephan Schmidheiny kürzlich erneut, nämlich zu einer Haft von vier Jahren. Ganz offensichtlich wurde der Schweizer Opfer der italienischen Willkürjustiz. Für Schmidheiny gilt ein anderes Recht; die lokalen Manager wurden nämlich für dieselben Vorgänge von Schuld und Strafe freigesprochen.

Die Schweizer Politik und Diplomatie müssen sich dringend für einen verdienten Mitbürger einsetzen, der weltweit so viel Gutes geleistet hat. Und Schweizer Unternehmer muss man leider vor oder bei allfälligen wirtschaftlichen Tätigkeiten in Italien zu grosser Vorsicht aufrufen.



Absurde Anklage: Industrieller Schmidheiny.

Thomas Matter ist Präsident der Helvetischen Bank AG und SVP-Nationalrat.

Gesetz des Schummelns

Von Alex Baur — Die Geheimtreffen von Bundesanwalt Lauber mit Fifa-Boss Infantino sind Teil eines Systems, das auf Mauscheleien setzt. Ein Prozess in Bellinzona öffnet Abgründe.



Vergnügungsfahrt auf dem Baikalsee: Lamon (2. v.l.), Viktor K. (3. v.l.), Lauber (vorne), 2014.

Es ist ein Recht, das jedem kleinen Drogenschieber zusteht: Er darf einen Übersetzer verlangen, egal, wie gut er Deutsch versteht. Nur ist Patrick Lamon kein kleiner Drogenschieber, sondern seit bald zwei Jahrzehnten Staatsanwalt des Bundes. Und man könnte erwarten, dass der Ermittler, der sein Metier im zweisprachigen Kanton Freiburg erlernte (bevor er 2001 in der Folge eines Ermittlungsskandals nach Bern wegbeordert wurde), genügend Deutsch versteht, um die Fragen des Richters auch ohne Übersetzer zu beantworten. Abgesehen davon stand Lamon letzte Woche auch nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge vor den Schranken des Bundesstrafgerichtes in Bellinzona.

Die Übersetzerei vom Deutschen ins Französische und umgekehrt machte die Befragung nicht nur umständlich, sie verschaffte Lamon etwas Zeit, um seine stets ausweichenden Antworten genau abzuwägen. Glaubwürdiger wurden sie dadurch kaum, was auch Einzelrichter Emanuel Hochstrasser nicht verborgen blieb: «Aber jetzt widersprechen Sie sich schon sehr heftig.» Spätestens an diesem Punkt konnte man sich fragen, ob Staatsanwalt Lamon in diesem Prozess nicht mit auf die Anklagebank gehörte, ja vielleicht sogar dessen Chef, Bundesanwalt Michael Lauber *himself*.

Haben sie wirklich alle nichts davon geahnt, dass sich ihr Ermittler Viktor K. zwischen 2014 und 2016 von russischen Staatsanwälten be-

schenken lassen haben soll? Konkret geht es um vier Zuwendungen durch russische Staatsanwälte: zwei Jagdwochenenden in der Nähe von Moskau, eine Woche Bärenjagd in Sibirien, eine Hotelübernachtung. Ein Haufen ist das nicht, aber die Anklage lautet ja nicht auf Bestechung, sondern auf «Vorteilsnahme». Bundesanwalt Lauber selber brachte das Dilemma im Zeugenstand auf den Tisch: Es geht um Zuwendungen, die man an sich als Beamter nicht annehmen darf, aber auch nicht ausschlagen sollte, will man seinen Gastgeber nicht düpieren.

Festival der Befangenheit

Viktor K. legte vor Gericht überzeugend dar, dass ihn die Jagd eher anwiderte als erfreute und dass es für ihn einerlei war, ob die Hotelrechnung von Bern oder Moskau aus beglichen wurde. Es ging um diffizile Dossiers, welche er mit den russischen Staatsanwälten erörtern wollte. Und das funktioniert nun mal am besten in einem informellen Rahmen. Vor allem versichert er aber, dass sein Vorgesetzter Lamon, der ihn zum Teil sogar auf Russlandreisen begleitet hatte, immer im Bilde war. Auch wenn dieser – soweit er sich noch zu erinnern vermag – eben dies bestreitet. Es steht Aussage gegen Aussage.

Viktor K., ein ausgewiesener Philologe und Slawist, war seit 1999 der Russlandexperte beim heutigen Fedpol. Seine Referenzen sind unbestritten. Formal war er immer bei der Bundes-

kriminalpolizei (BKP) angestellt, doch eigentlich holte ihn Bundesanwalt Michael Lauber 2013 in sein Reich, wo Viktor K. auch ein Büro bezog. Sein eigentlicher Chef wurde Staatsanwalt Lamon. So kam es, dass die Bundesanwaltschaft gegen ihren eigenen Mitarbeiter ermittelte, als der Rechtsdienst der BKP 2017 wegen der angeblichen Vorteilsnahme in Russland Strafanzeige gegen Viktor K. erstattete.

Carlo Bulletti, Staatsanwalt des Bundes, nahm sich geschlagene zwei Jahre Zeit, bis er die Anschuldigungen gegen seinen vormaligen Büronachbarn Viktor K. Anfang 2019 mit einem Strafbefehl diskret erledigen wollte. Die Untersuchung war lausig. Keinen einzigen der vielen Kollegen, die Viktor K. nach Russland begleitet hatten, liess Bulletti einvernehmen; BKP-Rapporte, in denen die Russlandreisen besprochen worden sein sollen, wurden nicht ausgewertet.

Viktor K. spielte nicht mit, er setzte sich zur Wehr gegen den Strafbefehl. Das Verfahren hatte ihn seinen Job gekostet, mit 59 Jahren stand der dreifache Vater vor dem existenziellen Ruin. So kam es, dass sich die vier alten Duzfreunde in Bellinzona vor Gericht wieder trafen: Viktor K. als Angeklagter, sein Arbeitskollege Bulletti als Ankläger, seine beiden Chefs Lauber und Lamon als Zeugen.

Jeder Laie ahnt, dass ein derartiges Festival der Befangenheit unhaltbar ist. Doch in Laubers Reich scheint nichts unmöglich. Wähnt sich der Bundesanwalt, der sich auf Englisch mit dem Fantasietitel «General Attorney of Switzerland» (Generalstaatsanwalt) schmückt, etwa über dem Gesetz?

Viktor K. hatte sich seit Jahren darum bemüht, direkt bei der Bundesanwaltschaft angestellt zu werden, für die er faktisch arbeitete. Bundesanwalt Lauber fand immer eine Ausrede, um dies zu verhindern. Als Polizist konnte Viktor K. relativ ungeniert mit ausländischen Amtskollegen verkehren, da er keine Verfügungsgewalt im juristischen Sinne innehatte. Ein Bundesanwalt darf das nicht. Die Rechtshilfe ist formal streng geregelt, mit gutem Grund, persönliche Kungeleien haben hier keinen Platz. Mit seinem Emissär Viktor K., der ihm zudiente, ohne ihm formal unterstellt zu sein, konnte Lauber diese rechtliche Hürde aushebeln. Und wenn einmal etwas schiefgehen sollte, konnte man den Mann gestrost opfern. Er war die Sicherung im System, eine Art Sollbruchstelle.

Das Bundesstrafgericht hat Viktor K. diese Woche in drei Punkten freigesprochen und in einem Punkt – es betrifft die Bärenjagd in Sibirien – zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt. Der Richter war allerdings auch zum Schluss gelangt, dass Viktor K. aus seinen Jagdausflügen nie ein Geheimnis gemacht hatte und dass man sowohl bei der Bundeskriminalpolizei wie auch bei der Bundesanwaltschaft stets im Bilde war. Die grosse Frage bleibt damit unbeantwortet: Aus welchem Grund musste Viktor K. geopfert werden?

Personenkontrolle

Steiner, Giroud, Leuthard, Leuenberger, Villiger, Deiss, Rösti, Frey, Giezendanner, Silberschmidt, Cecchini, Schwabe, Wolff, Trump, Bannon

Yves Steiner, Informationschef bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle, wird von seiner journalistischen Vergangenheit eingeholt. Als Reporter beim Westschweizer Fernsehen RTS hatte Steiner 2014 eine Kampagne gegen den Walliser Weinproduzenten **Dominique Giroud** lanciert. Die von ihm erhobenen Vorwürfe der Weinpanscherei erwiesen sich als falsch, dafür geriet der RTS-Journalist aufgrund von Telefonabhörungen selber in den Verdacht, mit illegalen oder zumindest verpönten Methoden (versteckte Aufnahmen mit Agent provocateur) operiert zu haben («Alle gegen Giroud», *Weltwoche* Nr. 3/16). Nun hat der Presserat in diesem verwickelten Dossier einen ziemlich mysteriösen Nichtentscheid gefällt: Wegen des journalistischen Quellenschutzes will er nicht auf die Klage gegen Steiner eintreten; trotzdem verurteilt er Steiners Recherchemethoden grundsätzlich. (axb)

Doris Leuthard, Ex-Politikerin, gibt im Bundesparlament noch immer zu reden. Dass die frühere CVP-Bundesrätin direkt nach ihrem Abgang aus der Landesregierung bei Coop angeheuert hat und jetzt dort im Verwaltungsrat sitzt, wurde als wenig sensibel angesehen. Mit solchen fliegenden Wechseln vom Bundesratzimmer in die Wirtschaft, wie sie zuvor bereits SP-Bundesrat **Moritz Leuenberger** (Verwaltungsrat beim Baukonzern Implenia), der Freisinnige **Kaspar Villiger** (UBS-Verwaltungsratspräsidium) oder CVP-Mann **Joseph Deiss** (Verwaltungsrat beim Emmi-Konzern) vollzogen hatten, soll nun Schluss sein. Der Nationalrat hat gegen den Widerstand von FDP und CVP einen parlamentarischen Vorstoss gutgeheissen, der eine Karenzfrist für ehemalige Mitglieder der Landesregierung fordert – auf die Gefahr hin, dass einzelne Bundesräte den Abgang dann gar nicht mehr finden. (fon)

Albert Rösti, Automobilist, setzte bisher beim privaten Transport auf Benzin- und Dieseltankstellen. Aber seit er am letzten Wochenende einen Anlass der FDP-Frauen über Wasserstofftechnologie in Zürich besuchte, hat der SVP-Präsident eine neue Passion entdeckt. Hell begeistert weibelt Rösti nämlich seither für klimafreundliche wasserstoffbetriebene



Da Vinci in Lugano: Emidia Cecchini.



Verbote: SPD-Politiker Schwabe.



Welche Anlagepolitik? Andri Silberschmidt.



Neue Passion: SVP-Präsident Rösti.

Autos. Stolz erzählt er von seiner Probefahrt in der H₂-Kutsche von Parteikollege und Autoimporteur **Walter Frey** und gibt sich überzeugt, dass diese Technologie sich durchsetzen werde. Parteikollege und Fuhrhalter **Ulrich Giezendanner** ist ebenfalls längst darauf abgefahren. Er plant sogar die Anschaffung von H₂-Camions für sein Unternehmen. Jetzt braucht es neben ein paar Tankstellen bloss noch genügend subventionierten Ökostrom, um den H₂-Treibstoff umweltfreundlich und vor allem in grossen Mengen aufzubereiten. (hmo)

Andri Silberschmidt, jungfreisinniger CO₂-Aussteiger, fühlte sich an dieser Stelle vor einer Woche zu Unrecht der Doppelmoral bezichtigt. Die *Weltwoche* hatte geschrieben, dass der grün bewegte Jungfreisinnige, der beruflich Aktienfonds für die ZKB-Tochter Swisscanto betreut, unter anderem mit Aktien des Bergbaukonzerns BHP handle. Diese Information stammte vom Finanzportal Bloomberg, wo Silberschmidts Name neben namhaften Swisscanto-Investments in BHP



Gibt zu reden: ehemalige Bundesrätin Leuthard.

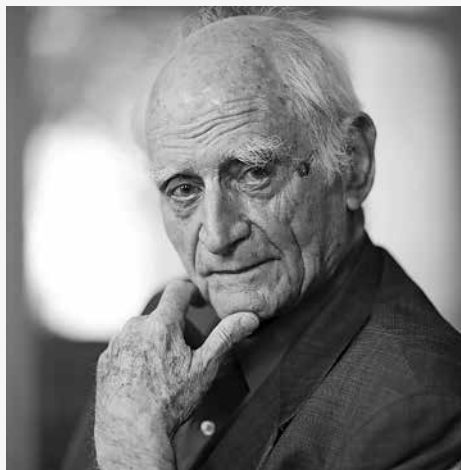
aufscheint. Alles falsch, meint nun der Jungpolitiker: Seine beiden Fonds bei der ZKB-Tochter Swisscanto tätigten keine Investitionen in Aktien mit Kohlenreserven. Im Gegenteil, sie würden sogar aktiv das Engagement in CO₂-intensive Unternehmungen reduzieren. «Einige Internetseiten unterscheiden nicht zwischen <Verantwortlichem Portfoliomanager> und <Stellvertretendem Portfoliomanager>, der im Falle einer Ferienabwesenheit die Stellvertretung wahrnimmt», schreibt Silberschmidt. Doch auf seiner Webseite brüstet er sich damit, «bei Swisscanto Invest für das Management von allen quantitativen Aktienfonds, die in Entwicklungsländer investieren, verantwortlich» zu sein. Der Fonds Swisscanto (CH) Equity Fund Systematic Asia Pacific investiert definitiv in den Kohleförderer BHP und in Aktien unter anderem aus China, Malaysia oder Indonesien. Ist das etwa kein «Aktienfonds, der in Entwicklungsländer investiert»? Und möchte sich Andri Silberschmidt öffentlich von der Anlagepolitik seines Arbeitgebers distanzieren? (möö)

Emidia Cecchini, italienisches Justizopfer, hat vor dem Bundesgericht recht erhalten. Die aus Pesaro stammende Cecchini war von einem Gericht in Italien zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil sie ein ihr gehörendes, Leonardo da Vinci zugeschriebenes Gemälde unrechtmässig aus Italien in die Schweiz ausgeführt haben soll. 2015 war das Werk «Isabella d'Este» in einem von Cecchini gemieteten Schliessfach in Lugano sichergestellt worden. Das Bundesstrafgericht in Bellinzona ordnete daraufhin an, das Bild sei an Italien zu übergeben. Doch daraus wird nun nichts, laut Bundesgericht sind die Voraussetzungen für die Herausgabe nicht erfüllt. Cecchini hatte stets geltend gemacht, dass «Isabella d'Este» ihrer Familie seit mehr als einem Jahrhundert gehöre und sich schon seit Jahrzehnten in der Schweiz befinde. (fon)

Frank Schwabe, deutscher Sozialdemokrat, hat sich als europäischer Udemokrat durchgesetzt. Auf Betreiben des Abgeordneten wurde eine Fraktion rechtskonservativer Parteien in der parlamentarischen Versammlung des Europarates verboten. Wie auch im EU-Parlament wollten sich Italiens Lega, Deutschlands AfD, Österreichs FPÖ und andere Parteien gemeinsam organisieren, um endlich in Ausschüssen mitarbeiten zu können. Schwabe beschnitt ihre demokratischen Rechte mit der Bemerkung, dass sie die Demokratie zerstören wollten. (ky)

Michael Wolff, Skandalautor, legt nach. Oder anders gesagt: Der Wolff hat wieder gerissen. Nach «Feuer und Zorn» publiziert der US-Skandalautor erneut einen «Enthüllungsknüller». «Unter Beschuss» heisst das Werk. Die Beute ist unverändert der Trump-Clan und dessen Entourage im Weissen Haus. Jetzt gebe es kein «Wenn und Aber» mehr, sagte der Autor dieser Tage in einem Interview. **Donald Trump** sei «brutal lächerlich». Es gebe keine Logik in dem, was er tue. Das habe ihm jeder bestätigt, mit dem er gesprochen habe. Wolff insistiert, er habe über 150 Quellen konsultiert. Eine jedoch war besonders Gesprächig: **Steve Bannon**, der bereits für «Feuer und Zorn» die zotigsten Happen lieferte. Kaum war das Buch raus, entschuldigte sich Bannon reumütig beim Präsidenten. Warum er sich weiterhin als Dreckschleuder andiene, fragte die *Weltwoche* Bannon letzte Woche in London. «Das Buch ist ein Roman», meinte dieser barsch, «alles Fiktion.» Eine lukrative Fiktion. Von «Fire and Fury» wurden vier Millionen Exemplare verkauft. «Nein, nein, fünf!», korrigierte Bannon sofort und fügte mit einem Lächeln an: «Wo immer ich hingehe, alle sprechen darüber.» Das Gespräch mit Steve Bannon über die Europawahlen ist online unter www.weltwoche.ch abrufbar. (geh)

Nachruf



Archipel des Wissens: Philosoph Serres.

Michel Serres (1930–2019) — «Ich bin wegen Hiroshima Philosoph geworden», sagte der im Alter von 88 Jahren verstorbene Michel Serres. Lange wurde er nicht wirklich ernst genommen. Auch in den deutschsprachigen Feuilletons, die sich jetzt mit hymnischen Nachrufen überschlagen, wurden seine ersten Bücher ignoriert und die folgenden verrissen. Serres' Durchbruch konnte erst nach dem Tod von Jean-Paul Sartre erfolgen, gegen dessen Hegemonie als «totaler Intellektueller» er mehrere Jahrzehnte lang angeschrieben hatte. Er nannte ihn einen «Denker von Auschwitz», der eine vergangenheitsorientierte «Philosophie des Krieges» betrieb: «Mich hat das brutale Einbrechen der Wissenschaften in den Krieg beschäftigt.» Neben Claude Lévi-Strauss und René Girard bleibt Michel Serres der einfluss-

reichste französische Denker der vergangenen Jahrzehnte.

Reisen müsse man, um Philosoph zu werden, lehrte er seine Schüler. Er hat als Angehöriger der französischen Marine die Weltmeere befahren und in Stanford gelehrt. Mathematik, Physik und Biologie waren seine Schwerpunkte, der Geschichte, der Anthropologie und den Religionswissenschaften galt seine Aufmerksamkeit. Den «Archipel des Wissens» wollte er erschliessen. Caraccios Bild vom heiligen Georg im Kampf mit dem Drachen stand am Anfang seiner Theorie der Kommunikation «Hermès», die mehrere Bände umfasst: Wie beim Rugby stürzen sie aufeinander los. Über die populärste Sportart seiner Heimat, der Gascogne, schrieb er in der *Libération*: «Die Schönheit des Spiels ist faszinierender als der Sieg.»

In den letzten Jahren seines Lebens wurde er richtig populär. Seine Liebeserklärung an die vernetzte Jugend, «Erfindet euch neu!», wurde zum Bestseller. Bis zuletzt begeisterte Serres seine Landsleute in den Medien. Aus Anlass seiner in diesem Frühling erschienenen «Morales espiegles» – einer herrlichen Ode an das Lachen als bestes Mittel zur Weltverbesserung – gewährte er *Le Monde* ein Interview, das postum erschien. «Wir sind Generalisten», definiert er sein Fach, dessen Horizont er erweiterte: «Der Philosoph muss überall hingehen, die Philosophie ist eine Enzyklopädie.» Noch einmal kritisierte er das Palaver der politischen Intellektuellen: «Mit dem ewigen Kommentar und der permanenten Debatte hat die Philosophie nichts zu tun.» *Jürg Altwegg*

WAHLARENA

Rahmenabkommen:
Kompromiss oder Ausverkauf
der Schweiz?

FOKUSKMU

Moderation: Filippo Leutenegger

Andrea Caroni
Ständerat FDP

Thomas Aeschi
Nationalrat SVP

Gerhard Pfister
Nationalrat CVP

Christian Levrat
Ständerat SP

Noch bis 9. Juni,
täglich ab 17.15 Uhr auf:

Ab 10. Juni auf: **TELE Z**

«Schweizer geben sich nie mit dem Zweitbesten zufrieden»

Von Urs Gehrig — Der amerikanische Aussenminister Mike Pompeo will sicherstellen, dass ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA Priorität hat. Im Interview warnt er die Schweiz vor Sicherheitsrisiken beim Handel mit China. Und er sichert dem iranischen Volk die Unterstützung zu.

Ein rastloser Globetrotter ist er, ein Pendler zwischen sinistren Potentaten und ölgesalbten Scheichen. Eben noch war er bei Euro-Mutter Merkel – und bald vielleicht sondiert er wieder beim enigmatischen Kim.

Doch dieser Tage hatte Michael «Mike» Pompeo Auszeit von seiner Krisenstaffette. Ganze drei Tage verbrachte der amerikanische Aussenminister in der Schweiz – länger als je ein Secretary of State zuvor. Vom Berner Zytglogge durch das Greyerzerland über Montreux bis ins Schloss Bellinzona führte ihn seine dreitägige Visite. Genug, um Impressionen wirken zu lassen.

Kurz vor seiner Abreise zum Staatsbankett im Buckingham Palace tritt Pompeo zu früher Morgenstunde auf die Veranda der Botschafterresidenz. Breit und hoch, mit Händen wie Zementschaufeln, steht er in der Balkontür, mit einem tiefenentspannten Lächeln, als hätte er auf einem Heuboden geschlafen.

Dann geht es ruckzuck. Genau zwölf Minuten wird unser Gespräch dauern, zwei mehr als vereinbart. Zwölf Minuten im Eilzugtempo. Pompeo ist Absolvent der Militärakademie West Point und war dort Klassenbester seines Jahrgangs. Er hört sich jede Frage aufmerksam an und antwortet, ohne einmal auf die prächtige Alpensilhouette zu blicken, deren Schneegipfel jetzt mit jeder Minute heller in der Morgensonne glitzern.

Herr Aussenminister, China hat sowohl in der EU als auch in der Schweiz starke Präsenz erlangt. An Ihrer Pressekonferenz in Bellinzona sagten Sie: «Wir ermutigen unsere Schweizer Freunde und Partner, sich des Sicherheitsrisikos bewusst zu werden, das von vielen der wirtschaftlichen Aktivitäten Chinas ausgeht.» Viele Schweizer sehen in China keine grosse Gefahr. Könnten Sie ein konkretes Beispiel für das erwähnte Risiko nennen?

Nun, ich kann auf eine Reihe von Bedrohungen rund um die Welt hinweisen, bei denen China zuerst mit Geld investiert und am Ende von den Wertanlagen Besitz ergriffen hat. Es gewährt einem Land einen Kredit, danach wartet es ab, bis dieses Land an den Punkt kommt, an dem es das Geld nicht zurückzahlen kann. Und dann eignet sich China diese Vermögenswerte an. Das geschieht nicht zufällig, sondern mit klarer Absicht. China nutzt seinen Einfluss im Privatsektor auf eine Weise, die nicht mit der-

jenigen im Westen in Einklang steht – es ist nicht die Art, wie Schweizer Unternehmen arbeiten. Wenn eine Schweizer Firma in die USA kommt, dann konkurriert sie vor Ort, baut ein Unternehmen auf und schafft Arbeitsplätze. Unternehmen werden nicht dazu genutzt, dass die Schweiz eines Tages in den Vereinigten Staaten politischen Einfluss ausüben kann. Das ist das Risiko, das den Schweizer Bürgern mit China droht. Bei den Chinesen ist die Trennung zwischen Regierung und Privatwirtschaft nicht die gleiche wie hierzulande. Wenn die Schweizer also mit einem chinesischen Unternehmen Geschäfte machen, sollten sie sich als Geschäftspartner der chinesischen Regierung betrachten. Wir haben beispielsweise viel über Huawei gesprochen. Drei Mitglieder der chinesischen Kommunistischen Partei sitzen dort im Vorstand. Wenn also Schweizer Bürger ihre Informationen in ein Netzwerk mit Huawei-Technologie einspeisen – und ich

«Die Last und Pflicht der Welt wird es sein, Freiheit und Demokratie im Iran zu unterstützen.»

höre, wie Schweizer über den Datenschutz sprechen, sie schätzen ihre Privatsphäre –, dann geben sie ...

Dann ist die Privatsphäre nicht mehr garantiert?

Nein, sie ist nicht mehr garantiert. Es ist dann garantiert, dass ihre Informationen in den Händen der chinesischen Regierung liegen. Und das sollte den Schweizer Bürgern Sorgen bereiten. Die Kommunistische Partei Chinas hat Zugriff auf alle Informationen, die über dieses chinesische Netzwerk fliessen. Ich denke, wenn man dem Schweizer Volk diesen Sachverhalt erklärt, dann wird es diese Risiken verstehen. Schweizer geben sich nie mit dem Zweitbesten zufrieden. Sie waren immer bereit, einen kleinen Aufpreis, ein wenig Mehrkosten für andere Systeme zu bezahlen, wenn sie dafür Sicherheit, Privatsphäre und Qualität bekommen. Ich denke, wenn die Schweizer diese Risiken verstehen, werden sie die richtige Entscheidung treffen.

Zum Iran: Sie haben wiederholt gesagt, dass die Wurzel des Problems nicht das iranische Volk, sondern die Mullah-Regierung ist. Sie haben sogar vom «Regime» gesprochen. Ich

habe 2009 gesehen, wie die «Grüne Bewegung» von den Sicherheitskräften niedergeschlagen wurde. Die Menschen waren damals voller Hoffnung; sie hofften auf Amerika, auf Obama. Vergebens. Leute sagten zu mir: «Wir sind enttäuscht.» Herr Aussenminister, wird Ihre Regierung den Menschen im Iran zur Seite stehen, wenn sie sich gegen ihre eigene Regierung stellen?

Ich bin sehr zuversichtlich, dass sich die ganze Welt anders verhalten wird als 2009. Auch Europa hat das iranische Volk nicht unterstützt, ebensowenig wie die Vereinigten Staaten, da stimme ich Ihnen zu. Wir haben nicht einmal moralische Unterstützung geleistet, geschweige denn irgendeine andere Art von Unterstützung. Wir sind nicht für die Freiheit der Demokratie eingestanden, das Recht, frei zu sprechen und das religiöse Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Wir sind nicht für diese Grundwerte eingestanden, Grundwerte, die wir in den Vereinigten Staaten und in Europa haben. Ich bin zuversichtlich, dass die Welt begriffen hat, was ihre Pflicht ist. Die Last und Pflicht der Welt wird es sein, Freiheit und Demokratie im Iran zu unterstützen – so wie wir es in anderen Teilen der Welt tun. Ich bin also sehr zuversichtlich.

Wird Ihre Regierung die iranische Bevölkerung unterstützen?

Wir unterstützen immer Freiheit und Demokratie. Das Recht auf freie Rede und die Garantie, sie auszuüben – das unterstützen wir immer.

Wir in Europa sehen uns mit ähnlichen Problemen konfrontiert wie Sie in den USA: Migration, Grenzsicherung. Die illegale Einwanderung an Ihrer Südgrenze ist so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr. Stimmen Sie zu, dass Mexiko die Vereinigten Staaten «missbraucht»? [Präsident Trump äusserte auf Twitter kurz zuvor diesen Vorwurf, d. Red.]

Wir müssen den illegalen Einwanderungsstrom, der sich durch Mexiko bewegt, stoppen. Heute sind es vor allem Menschen aus Guatemala, Honduras, El Salvador, Menschen aus dem «nördlichen Dreieck» Zentralamerikas, die kommen. Mexiko muss mit uns zusammenarbeiten, um diesen Fluss zu stoppen.

Präsident Trump kündigte auf den 10. Juni eine erste Strafzollrunde von 5 Prozent «auf alle aus Mexiko importierten Waren» an.



«Die Schweiz ist eine Nation, mit der wir tiefe, enge und wachsende Beziehungen pflegen wollen»: US-Aussenminister Pompeo.



Inside Washington

Britische Invasion

Londons Bürgermeister und Trump sind sich nicht grün – kein Grund zur Aufregung.

Präsident Trump ist diese Woche ins Vereinigte Königreich gereist, wo ihn britischer Pomp und linke Proteste erwarten. Der Union Jack, Regenbogenfahnen, der Ballon mit dem unsäglichen Anti-Trump-Maskottchen sowie ein beleidigendes Grusswort des Londoner Bürgermeisters Sadiq Khan hiessen ihn willkommen. Der Labour-Politiker beschuldigte Trump im *Observer*, dass er eine «wachsende globale Bedrohung» der «extremen Rechten» formiere. Khan warnte ominös, dass sich diese «dunklen» Kräfte «verbreiten sowie Macht und Einfluss gewinnen» würden.

Der ehemalige Gouverneur von Colorado und demokratische Präsidentschaftskandidat John Hickenlooper erlebte allerdings den transatlantischen Kulturaustausch genau umgekehrt. An einer Parteiversammlung in San Francisco buhten ihn die Delegierten der kalifornischen Demokraten aus, weil er es wagte, sich gegen den Sozialismus zu wenden. Hickenlooper, der in Colorado das Marihuana legalisierte, sagte den linken Aktivisten: «Wenn wir Trump schlagen und unsere politischen Ziele erreichen wollen, kann der Sozialismus keine Antwort sein.»

Der Chef der altehrwürdigen Gallup-Meinungsforschung sagte der Zeitung *The Hill*, dass die sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa den Sozialismus in den USA popularisierten. Eine Umfrage konstatierte kürzlich, dass 43 Prozent der Amerikaner glaubten, dass der Sozialismus «eine gute Sache ist», darunter 57 Prozent der Demokraten. Allerdings geben viele Amerikaner zu, dass sie nicht genau wissen, was denn Sozialismus beinhaltet. Aber viele sind von der europäischen Botschaft fasziniert, dass Sozialismus weniger Armut bedeute und bessere staatliche Leistungen hervorbringe.

Also Kopf hoch, Bürgermeister Khan, du alter Genosse! Im Zeitalter des Internets wird politisches Gedankengut virtuell hier wie dort ausgetauscht. *Amy Holmes*



«Gleiche Werte»: US-Botschafter McMullen (M.), Pompeo (r.) mit Gattin Susan beim Schloss Greyerz.

Und er warnte davor, dass die Zölle bis auf 25 Prozent angehoben würden. Welche konkreten Schritte erwarten Sie von Mexiko, damit die Strafzölle nicht in Kraft treten?

Ich werde am Mittwoch dieser Woche den [mexikanischen] Aussenminister [Marcelo] Ebrard treffen. Wir werden darüber sprechen.

Kurz vor unserem Gespräch veröffentlichte die *Washington Post* eine Audiodatei [eines geschlossenen Treffens mit Spitzen der amerikanischen jüdischen Organisationen, d. Red.], in der Sie sagten, der seit langem erwartete amerikanische Friedensplan für den Nahen Osten werde keine Wirkung zeigen.

Das ist nicht, was ich gesagt habe.

Was haben Sie gesagt?

Ich habe mit der Gruppe über die Themen dieser komplexen, schwierigen Verhandlungen besprochen. Wir haben eine Vorstellung davon, wie wir sie weiterführen sollten. Die Regierung ist seit längerem damit beschäftigt. Herr [Jared] Kushner und Herr [Jason] Greenblatt [ehemaliger Rechtsanwalt, d. Red.] sind die leitenden Figuren. Worüber ich gesprochen habe, war, dass wir um die Schwierigkeiten wissen. Es gibt einen Grund, warum dieses Problem noch nicht gelöst ist. Aber wir sind entschlossen. Und wir denken, dass wir einen Plan vorlegen können, den die ganze Welt als Grundlage für einen ernsthaften Dialog zwischen Israelis und Palästinensern anerkennen wird. Wir wollen das vorantreiben.

Warum stehen Sie als Aussenminister nicht an der Spitze dieses Friedensprozesses? Warum ist es Jared Kushner?

(Lacht) Ja, weil Präsident Trump es so haben wollte.

Sie sind ein starker Befürworter der schweizerisch-amerikanischen Beziehungen. Sie haben einen beeindruckenden Brief an Botschafter Robert Lighthizer, den Handelsbeauftragten der Trump-Regierung, geschrieben, in dem Sie sich positiv für ein Freihandelsabkommen (FTA) ausgesprochen haben. Ist nach drei Tagen Aufenthalt in der Schweiz – eine lange Zeit für einen US-Aussenminister – die Bedeutung eines Freihandelsabkommens die wichtigste Botschaft, die Sie mit nach Hause nehmen?

Ja. Es gibt mehrere Botschaften, und ich bin mir nicht sicher, ob ich sie unbedingt einordnen soll. Wir haben im Verlauf der letzten Tage mehrere wichtige Gespräche geführt. Es ist offensichtlich, dass beide Länder die gleichen Werte teilen. Wir haben dieses Interview mit China begonnen. Die Schweiz und wir haben dieselbe Vorstellung von Rechtsstaatlichkeit. Wir teilen die Ansicht, wie Nationen zueinander im Wettbewerb stehen sollen. Wir wollen unsere Beziehungen zu Ländern ausbauen, die unsere Werte teilen. Zwar werden wir Meinungsverschiedenheiten haben, auch die Schweiz und die Vereinigten Staaten haben sie. Aber die Schweiz ist eine Nation, mit der wir tiefe, enge und wachsende Beziehungen haben und weiter pflegen wollen.

Und wie werden Sie sich persönlich weiter in diese Beziehung einbringen und das Freihandelsabkommen vorantreiben?

Wir bleiben dran. Beide Regierungen werden sicherstellen, dass ein Freihandels-



Pompeo, Cassis, McMullen (v.l.) in Bellinzona.

abkommen eine Priorität ist und dass wir ein Ergebnis erzielen, das beiden Ländern zugutekommt. Ich bin überzeugt, dass wir das schaffen werden.

Eine Frage zu Ihrem jüngsten Treffen mit dem russischen Präsidenten Putin: Als Sie ihm in die Augen sahen, haben Sie seine Seele gesehen, wie damals Präsident George W. Bush?

(Lacht) Ja.

Was haben Sie genau gesehen?

Wir hatten ein gutes Gespräch, es war konstruktiv, obwohl sich unsere Werte unterscheiden. Wir führen oft Gespräche, die

schwierig und voller Meinungsverschiedenheiten sind – das letzte war da keine Ausnahme. Aber der Ton war gut; der Wunsch, die Beziehungen zu verbessern, war sehr positiv, auch beim Treffen mit Aussenminister Lawrow. Ich schätze das sehr. Es gibt eine Handvoll Themen, bei denen wir eng zusammenarbeiten. Bei der Terrorismusbekämpfung etwa, in Afghanistan, und ich hoffe, dass wir in Syrien auch mit Russland zusammenarbeiten können. Wir finden also Themen, wo wir gemeinsame Interessen haben. Aber das ist natürlich etwas ganz anderes als die Zusammenarbeit mit einem Land wie der Schweiz.

Eine Frage zum Südchinesischen Meer: Die chinesische Regierung betrachtet das Gewässer innerhalb der sogenannten Neun-Striche-Linie als ihr souveränes Gebiet. Wie sieht der Plan Ihrer Regierung aus, gegen die eklatante Missachtung des Völkerrechts durch die Volksrepublik China vorzugehen?

Es werden nicht nur die Vereinigten Staaten sein, die dagegen vorgehen. Wir rufen jede Nation, die für den freien Warentransport durch die Seewege Asiens einsteht, dazu auf, sich uns anzuschliessen. Wir sind dabei, die sogenannte Indo-Pazifik-Strategie zu entwickeln. Es ist ein Versuch, die Kosten für China zu erhöhen. Wir fahren mit den Massnahmen fort, die vor einem Jahrzehnt, vor unserem Amtsantritt, eingeführt worden sind. Ich denke, damit waren wir bisher ziemlich erfolgreich. Und wir arbeiten zusammen mit den südostasiatischen und asiatischen Nationen, um der chinesischen Regierung klarzumachen, dass es nicht akzeptabel ist, den freien Warenverkehr und die Schifffahrtswelt im Südchinesischen Meer zu verbieten.

Werden Sie weiterhin in diese internationalen Gebiete fliegen, segeln und fahren?

Ja.

Wie werden die USA auf die chinesischen Drohungen und Repressionsmassnahmen reagieren?

Die Vereinigten Staaten und unsere Partner werden mit der bisherigen Strategie fortfahren und zeigen, dass in den von China beanspruchten Gewässern Navigationsfreiheit gilt. Wir haben die internationalen Urteile zur Kenntnis genommen. [Der Internationale Schiedsgerichtshof in Den Haag hat die Rechtsansprüche Chinas im Südchinesischen Meer 2016 für nichtig erklärt, d. Red.] Wir wollen, dass sich jede Nation an die Gesetze hält. Somit sind wir wieder bei den Bedrohungen durch China. Sie sagten, dass Schweizer Bürger das Risiko, das von China ausgeht, nicht sehen. Hier ist erneut ein gutes Beispiel: China versucht durch Repression, diese wichtigen Seegrenzen zu schliessen. Das sind Seeverbindungen, die für die Menschen, die hier in Bern arbeiten, entscheidend sind. Sie hängen mit realen Arbeitsplätzen, der Herstellung von Gütern zusammen. Die Durchfahrt durch diese Gewässer muss frei und offen sein. Die USA und unsere Partner werden sicherstellen, dass dies auch dann der Fall ist, wenn China weiterhin derartige Expansionsversuche unternimmt.

Herr Aussenminister, Sie waren Klassen erster an der Militäreliteschule in West Point. Sie waren ein erfolgreicher Geschäftsmann. Und jetzt reisen Sie um den Globus und lernen die Welt im Detail kennen. Sie sind prädestiniert für ein höheres Amt. Haben Sie jemals darüber nachgedacht, als Präsident der Vereinigten Staaten zu kandidieren?

Ich denke nur daran, wenn Leute wie Sie mir solche Fragen stellen.

Mitarbeit: Roman Zeller

Im Internet: Das Interview im englischen Original auf www.weltwoche.ch



AUF DEM WEG NACH GANZ OBEN? HIER IST IHRE REISELEKTÜRE.

Die spannendsten Seiten der Wirtschaft.

Hier für Newsletter anmelden:



Kampf um Glanz und Gloria

Von Hubert Mooser — Statt zu regieren, zelebriert der Bundesrat das Regierungschao. «Jeder gegen jeden» lautet die Devise. In anderen Ländern wäre längst von einer Regierungskrise die Rede.

Die Mittagszeit war längst vorüber, als die beiden FDP-Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis am Dienstag vor einer Woche gemeinsam den Bernerhof, den Amtssitz von Finanzminister und Bundespräsident Ueli Maurer (SVP), verliessen. Der Bundespräsident hatte die zwei Kollegen zum Mittagessen eingeladen, wie ein Sprecher des Finanzdepartements auf Anfrage bestätigte. Worum es bei diesem Treffen ging, wollte dieser jedoch nicht verraten. Es wäre jedoch kurios, wenn ausgerechnet das dornige Rahmenabkommen (InstA) mit der EU kein Thema gewesen wäre.

Diesen Freitag muss der Bundesrat nämlich Farbe bekennen und endlich sagen, was beim InstA Sache ist. Und das Treffen im Büro von Maurer passt perfekt zum Aktivismus einzelner Bundesräte in dieser Sache. Er spüre den Willen der Regierung, eine Lösung zu finden, liess der Bundespräsident am Rand des Swiss Economic Forum in Interlaken dazu gegenüber der NZZ verlauten. Maurer gab weiter zu verstehen: «Die einzelnen Meinungen der Mitglieder liegen gar nicht so weit auseinander.»

Kampf um Medienhoheit

Die Meinungen lagen schon früher nicht weit auseinander. Gerade weil es im Bundesrat kleine Differenzen gab über die Qualität des ausgehandelten, aber mit vielen Mängeln und Unklarheiten behafteten Vertragswerks, schickte die Landesregierung den Vertragsentwurf vor einem allfälligen Entscheid zur Konsultation an das Parlament, die Kantone und Sozialpartner. In jedem anderen Land würde man von einer Regierungskrise sprechen, wenn die Koalitionspartner bei einem derart wichtigen Geschäft keinen Konsens finden. In der Schweiz gibt es ein paar Vorwürfe von Parlamentariern über den führungslosen Bundesrat, der die Verantwortung abschieben wolle. Danach geht alles weiter, als wäre nichts passiert.

Dabei marschiert beim EU-Dossier jeder Bundesrat in eine andere Richtung, wie die Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats, Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP), zugespitzt schildert. Wobei man sagen muss, dass Justizministerin Keller-Sutter bei diesem Durcheinander die Einzige im Bundesrat ist, die so etwas wie einen Plan hat. Sie will zuerst die Begrenzungsinitiative mit Hilfe der Sozialpartner und der Linken bodigen. Und danach den Rahmenvertrag mit der EU durchdrücken. Aussenminister Cassis möchte dagegen den Vertrag am liebsten sofort

unterschreiben. Die SP-Bundesräte Simonetta Sommaruga und Alain Berset wollen kein Abkommen, das die flankierenden Massnahmen ritzen könnte. Guy Parmelin (SVP) und Ueli Maurer sind für weitere Verhandlungen mit der EU. Was CVP-Bundesrätin Viola Amherd will, weiss man nicht so genau.

FDP-Fraktionschef Beat Walti ist trotzdem zuversichtlich. Schon bald stünden in der Europapolitik Entscheide an, die den Weg weisen und das Ende der Diskussion einläuten würden. «Für mich zählt das Ergebnis.» Doch dafür müsste der Bundesrat wieder wie eine Kollegialbehörde funktionieren – was im europapolitischen Dossier nicht der Fall ist.

«Einzelnen Bundesräten ist die parteipolitische Agenda wichtiger als das Wohl des Landes», kritisiert Schneider-Schneiter. Es werde bloss noch die Gegenwart verwaltet und nicht die Zukunft gestaltet. Walti hält es dagegen für verfrüht, dem Bundesrat in seiner neuen Zusammensetzung Noten zu verteilen. «Bei den anstehenden wichtigen und schwierigen Entscheiden – das sind neben dem EU-Dossier auch die AHV- und die BVG-Reform – wird sich zeigen, wie gut er als Kollegium funktioniert.»

Die Erfahrung lehrt, dass den einzelnen Bundesräten besonders in einem Wahljahr der Kampf um die Medienhoheit wichtiger ist als das Kollegialitätsprinzip. Sichtbarkeit ist gut für das Image von Bundesrat und Partei, das hat auch die Tamedia-Umfrage von letzter Woche zur Popularität von Bundesrätinnen und Bundesräten gezeigt. Obenauf schwammen vor allem die zwei neuen Bundesrätinnen, die von den Medien in den letzten fünf Monaten ganz besonders verhätschelt und mit überreichlich Vorschusslorbeeren überschüttet wurden: Keller-Sutter und Amherd. Am



Einzig mit Plan: Keller-Sutter (FDP).

unbeliebtesten sind jene Bundesräte, die von der Linken in der Öffentlichkeit systematisch schlechtgeredet wurden, Parmelin und Cassis.

Der Appenzeller FDP-Ständerat Andrea Caroni hält nicht viel von solchen Umfragen. Sie seien durch die Tatsache verzerrt, dass Parteisympathisanten versucht seien, ihren Bundesräten eine 6, den andern aber eine 1 zu geben. Die Umfragen seien auch nicht gut für eine Kollegialbehörde. «Sie sind aber noch harmlos gegen alle anderen Zentrifugalkräfte, die aufs Kollegium wirken», sagt Caroni. Statt zu regieren, liefern sich die Bundesräte vor und hinter den Kulissen Machtkämpfe um Glanz und Gloria. Und die Dynamik, die sich aus Differenzen bei einzelnen Geschäften entwickelt, ist manchmal komplizierter zu beschreiben als das U-Bahn-Netz von Peking.

Parmelin widerspricht Keller-Sutter

Anschauungsunterricht in dieser Hinsicht bot das Gerangel zwischen Wirtschaftsminister Guy Parmelin und Justizministerin Karin Keller-Sutter wegen des Massnahmenpakets für ältere Arbeitnehmer. Streng genommen, wäre es die Aufgabe von Wirtschaftsminister Parmelin gewesen, diese Vorschläge auszubreiten. Sein Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat sie mit Ausnahme der Überbrückungsrente für über Sechzigjährige ausgearbeitet. Keller-Sutter riss das Geschäft an sich und liess sich als starke Frau im Bundesrat feiern, die mit dem



Kritischer Mitbericht: Sommaruga (SP).



Sofort unterschreiben: Cassis (FDP).



Einladung zum Mittagessen: Maurer (SVP).

Massnahmenpaket die Akzeptanz für die Personenfreizügigkeit erhöhen und die Begrenzungsinitiative bodigen wolle.

Parmelin liess sich das nicht gefallen und holte am darauffolgenden Wochenende im *Sonntagsblick* zum Gegenschlag aus: In einem Interview sagte der Romand, dass man die Massnahmen für ältere Arbeitnehmer auch ohne Begrenzungsinitiative beschlossen hätte. Ihm sei schon bei der Übernahme des Wirtschaftsdepartementes klar gewesen, «dass wir handeln müssen. Wir sehen, dass ältere Arbeitslose mehr Mühe haben, wieder eine Stelle zu finden.»

Die Walliserin Viola Amherd musste feststellen, dass auch für sie im Bundesrat die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Als sie am Mittwoch vor einer Woche im Bundesrat für den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) gegen hundert (!) neue Stellen beantragte, fiel sie damit prompt auf die Nase. Die Bundesräte Cassis und Sommaruga hatten dazu kritische Mitberichte verfasst. Dem Vernehmen nach waren einzelne Bundesräte aber auch zur Überzeugung gelangt, Amherd habe den Chef des Nachrichtendienstes nicht im Griff.

Kaum zu glauben, aber wahr: NDB-Chef Jean-Philippe Gaudin brüstete sich in einem NZZ-Interview mit Operationen des NDB. Er kündigte sogar mehr oder weniger offen den grossen Lauschangriff auf ausländische Botschaften an. Wörtlich sagte er: «Es ist kein Geheimnis, dass in den Botschaften, nicht nur



Weiss nicht so recht: Amherd (CVP).

den russischen, viele Leute in der Spionage tätig sind. Mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz haben wir jetzt aber mehr Möglichkeiten, das zu verifizieren.» Kein Wunder, blitzte Amherd mit ihrem Antrag im Bundesrat ab.

Bei der Versetzung von Korpskommandant Daniel Baumgartner zum Verteidigungsattaché in den USA liess der Bundesrat Amherd zuerst durchmarschieren. Nachträglich wurden jedoch die vertraulichen Hintergrundinformationen aus verschiedenen Departementen der Presse zugespielt. Das Problem war, dass Baumgartner seinen bisherigen Jahreslohn von 300 000 Franken weiterhin beziehen darf – was dem doppelten Gehalt eines «normalen» Verteidigungsattachés entspricht. Das ist gesetzeswidrig, weil die Versetzung auf ausdrücklichen Wunsch von Korpskommandant Baumgartner geschah.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter startete fulminant in ihr neues Amt. Sie redete im Bundesrat von der ersten Sitzung an engagiert mit. Besonders Alain Berset ist begeistert von der FDP-Bundesrätin; mit ihr sei das Niveau der Debatten im Bundesrat gestiegen, soll er jüngst gesagt haben. Das liegt vor allem daran, dass Berset mit Keller-Sutter Mehrheiten bilden kann. Mit der St. Gallerin ist allerdings auch das Konfliktpotenzial grösser geworden. So ging es auch nicht lange, bis die beiden Alphafrauen, Simonetta Sommaruga und Karin Keller-Sutter, aneinandergerieten – beim Entscheid des Bundesrates, das Uno-Atomwaffenverbot vorläufig nicht zu unterschreiben. Argwöhnisch belauern sich seither die beiden Primadonnen, die keinen Konflikt scheuen.

Es ist aber nicht so, dass die Fronten im Bundesrat entlang der Parteilinie verlaufen. Auch die SP-Bundesräte Berset und Sommaruga kommen sich immer wieder in die Quere, wie vor einer Woche, als der Freiburger in der neuen Kulturbotschaft den Beitrag an die Stadt Bern in Höhe von einer Million Franken strich. Die Bernerin Sommaruga, die sich für die Million engagiert hatte, war nicht erfreut. Wie tief das gegenseitige Misstrauen in der Landesregierung derzeit ist, zeigt nichts deutlicher als



Begeisterung: Berset (SP).

der Besuch von Bundespräsident Ueli Maurer bei US-Präsident Donald Trump: Der Bundespräsident und sein Umfeld hielten die Einladung bis zur Bundesratssitzung anderntags geheim. Man war sich bewusst, dass die Kurzvisite ansonsten kritisiert, zerredet und vielleicht gar verunmöglicht worden wäre, liessen Eingeweihte nach dem Besuch in Washington durchblicken. Genau das wird wohl auch passieren, wenn der Bundesrat am Freitag endlich offenbaren wird, wie es beim Rahmenvertrag weitergehen soll.



Weiter verhandeln: Parmelin (SVP).

Pensionierung

AHV

Wie hoch ist mein Anspruch?

Pensionskasse

Rente, Kapital, Kombination?

Hypothek

Soll ich amortisieren?

Steuern

Wie kann ich sparen?

Nachlass

Wie sichere ich meine Familie ab?



Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Eine unabhängige Beratung beim VZ lohnt sich. Überzeugen Sie sich selbst: Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.



Vernebelungstaktik beim Klimawandel

Von Reto Knutti — Die *Weltwoche*, Roger Köppel und einige seiner treuen SVP-Mannen repetieren mantramässig die Verneinung des menschengemachten Klimawandels. Das Resultat? Fachlich banal, dem Klima egal, aber für unsere Kinder fatal.



Demokratischer Aushandlungsprozess: Oskar Segers (FDP), Beni Gautschis (CVP) und Lukas Reimanns (SVP) Aktion für CO₂-Neutralität, am 25. Mai.

Wenn nach dem Freistoss meines Sohnes die Blumen des Nachbarn flachliegen, sind die Ausreden voraussehbar: «Der Fussball ging nicht in die Blumen. Falls doch, ich war es nicht! Falls doch, ist es nicht so schlimm. Falls doch, kann man jetzt sowieso nichts mehr machen.» Die Mechanismen sind klar, die Psychologen nennen es «kognitive Dissonanz»: Man sucht nach Ausreden, um das eigene Verhalten zu rechtfertigen. Schliesslich fällt es schwer, auf die geliebten Freistösse zu verzichten. Obwohl der Sohnmann genau weiss, dass er seine fussballerischen Übungen ganz einfach anderswo verrichten müsste, um des Nachbarn Blumen zu schützen.

Netto null CO₂ bis 2050

Der Fussball in Nachbarns Blumen lässt sich fast eins zu eins auf die Leugnung des men-

schengemachten Klimawandels übertragen. Die Fakten sind klar: Die Erde hat sich über das letzte Jahrhundert um ein Grad Celsius erwärmt, und der Mensch ist mit extrem hoher Wahrscheinlichkeit die dominante Ursache. Die Folgen sind ebenso gut beobachtet, verstanden und in Computermodellen simuliert. Sie werden sich ohne rasches Handeln massiv verstärken: Meereis, Gletscher und Eiskappen, die schmelzen, steigender Meeresspiegel, mehr Hitzewellen und Starkniederschläge, trockene, heisse Sommer wie letztes Jahr in der Schweiz mit Folgen für Landwirtschaft, Ernährungssicherheit, Tourismus, Wasserverfügbarkeit, Gesundheit, Energieversorgung und -nachfrage. Diese Liste ist absehbar nicht abschliessend. Nur eine vollständige Abkehr von Öl, Gas und Kohle in den nächsten paar Jahrzehnten kann die Erwärmung auf deut-

lich unter zwei Grad begrenzen: das Klimaziel, das sich alle Regierungen 2015 in Paris gesetzt haben. Netto null CO₂ bis 2050 bedeutet, dass bis dann alles, was noch ausgestossen wird, anderswo wieder eingelagert werden muss. Die Wissenschaft ist sich einig, die Regierungen haben mit wenigen Ausnahmen das Übereinkommen von Paris ratifiziert. Teile der Politik debattieren und zögern, aber Millionen von Menschen gehen auf die Strasse und fordern mehr Massnahmen.

Köppels Insel der Glückseligen

Nur Roger Köppel und seine Verbündeten versuchen auf ihrer Insel der Glückseligen, der *Weltwoche*, ihr Weltbild zu retten. In der Ausgabe vor einigen Wochen gab es eine Auflistung von «unbestrittenen Fakten», zum Beispiel in der Kategorie «Gibt es nicht»: Da wird be-

hauptet, bei einigen kiribatischen Inseln steigt der Meeresspiegel gar nicht. Die Frage, ob das global repräsentativ ist, wird nicht gestellt. In der Kategorie «Ich war es nicht» steht: «Der Einfluss der Sonne auf die Klimaentwicklung wird möglicherweise grandios unterschätzt.»

Möglicherweise? Unbestrittene Fakten tönen anders. CO₂ sei nicht das wichtigste Treibhausgas, Wasserdampf sei «viel bedeutsamer». Das wissen die Physiker seit über hundert Jahren, und die Klimamodelle simulieren es seit fünfzig Jahren. Aber dass Änderungen in Wasserdampf und Wolken eine Folge der Erwärmung, also eine Rückkopplung sind, die wir über das CO₂ kontrollieren, bleibt auf der Strecke. Oder dass 97 Prozent der CO₂-Flüsse natürlich seien. Das ist korrekt, aber völlig irrelevant, weil sie sich kompensieren. CO₂ wird gebunden durch Photosynthese, wenn der Salat wächst. Wenn ich ihn esse und das CO₂ ausatme oder der Salat verfault, ist das CO₂ wieder da, wo es vorher war. Aber das fossile CO₂ ist eben zusätzliches CO₂, und der beobachtete Anstieg des CO₂ ist voll menschengemacht.

In der Kategorie «Nicht so schlimm»: Die Erwärmung als Folge des CO₂-Ausstosses sei laut einem dänischen Forscher «nur halb so gross wie angenommen», obwohl weit über 95 Prozent der Studien zu anderen Resultaten kommen. Und schliesslich in der Kategorie «Man kann nichts machen», dass «der Klimawandel ein unvermeidbarer, weil natürlicher Vorgang» sei. Tatsächlich verändert sich das Klima aufgrund von Änderungen in der Erdbahn, der Sonne, von Vulkanen. Nur weil etwas früher schon mal da war, bedeutet das nicht, dass es heute die gleiche Ursache hat. Die derzeitige Diskussion des Artensterbens illustriert den logischen Fehlschluss: Die Dinosaurier sind ohne menschliches Zutun ausgestorben, aber kaum jemand würde behaupten, dass das heutige Artensterben darum auch natürlich ist.

Polemik gegen die Wissenschaft

Die angeblich «unbestrittenen» Argumente sind also eine bunte Mischung von selektiver Datenauswahl, Überinterpretationen, logischen Fehlschlüssen und simplen Fehlern. Ein Münsterchen? Roger Köppels kolportiertes Zitat eines früheren NZZ-Kollegen, dass man «sechs Milliarden Windturbinen» brauchen würde, um den Weltenergiebedarf zu decken, ist falsch. Das ergäbe fast eine Turbine pro Erdenbürger. Dass diese Zahl rund um einen Faktor tausend danebenliegt, hätte sowohl dem Autor wie auch der Redaktion der *Weltwoche* auffallen müssen.

Wenn es mit den Fakten nicht klappt, bleibt immer noch der polemische Vorwurf, die Wissenschaft sei gekauft. Klimatologen seien «Druiden», «Päpste», «moderne Klima-Schamanen» und «Klima-Alarmisten», die «hochfahrenden Unsinn» schreiben und «absurde Forderungen» stellen würde, so der O-Ton von



Kognitive Dissonanz: Klimapolitik in der Weltwoche.

Herrn Köppel. Süffig und unterhaltsam geschrieben, offenbaren die Texte aber weit mehr: Wem die sachlichen Argumente ausgehen, der greift zu persönlicher Beleidigung, unterstellt Inkompetenz oder Interessenkonflikte. Bei der *Weltwoche* hat das Tradition.

Und irgendwann kommt dann die «Kostenwirklichkeit» oder der «klima- oder energiepolitische Wahnsinn». Damit stösst man zum Kern der Sache im Weltbild des Politikers Köppel. Die vorgeschlagenen Massnahmen zum Klimaschutz stehen für Teile der SVP und FDP im Widerspruch zu ihrer Überzeugung von Freiheit, minimalem Staat und uneingeschränktem Wachstum. Die globalen langfris-

Die «unbestrittenen» Argumente sind eine bunte Mischung von selektiv ausgewählten Daten.

tigen Herausforderungen einer Gesellschaft stellen damit das eigene Weltbild in Frage. Aber statt das eigene Verhalten und die eigenen Werte zu hinterfragen, mokierte man sich lieber über die Wissenschaft.

Für die Politik fatal

Die Aussage, dass die CO₂-Emissionen in ein paar Jahrzehnten auf null müssen, ist also keine politische Einmischung der Wissenschaft, sondern eine simple Konsequenz der Klimaziele, welche die Schweiz ratifiziert hat. Die Schweiz kann allein natürlich wenig ausrichten. Es ist nur möglich, wenn alle Länder ihren Beitrag leisten. Dafür gibt es in der Uno den Begriff der «gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung». «Gemeinsam» bedeutet, dass es keine Trittbrettfahrer geben darf. «Differenziert» hat zwei Kriterien: Wer einerseits mehr verur-

sacht, der soll mehr beitragen. Das ist das Verursacherprinzip, das bei Umweltfragen üblich ist. Und wer andererseits mehr Möglichkeiten wie Innovation oder Geld hat, der soll mehr beitragen, wie etwa bei der Steuerprogression. Wie auch immer man diese Kriterien gewichtet, die Schweiz trägt mit ihrem Fussabdruck und ihren Möglichkeiten eine grosse Verantwortung. Wenn wir sagen, dass wir das nicht lösen können oder wollen, dann ist es schwer, andere davon zu überzeugen, dass sie es machen sollen.

Als Wissenschaftler können wir Grundlagen erarbeiten, Lösungen entwickeln und Vorteile und Risiken von Szenarien aufzeigen. Wir haben auch die Pflicht, darauf hinzuweisen, wenn Fakten verzerrt oder instrumentalisiert werden. Es ist nicht Aufgabe der Wissenschaft, zu entscheiden, mit welchen politischen Instrumenten wir auf netto null CO₂-Emissionen kommen, das ist ein demokratischer Aushandlungsprozess.

Aber ein Blick in die Geschichte zeigt, dass bei ähnlichen Problemen keines allein durch Eigenverantwortung und Marktmechanismen gelöst wurde: Abfall, Abwasser, Luftreinhaltung, Ozonloch – all das hat man durch klare und für alle geltende Regeln in den Griff bekommen. Das Klimaproblem ist lösbar, aber unvergleichlich schwieriger, weil es weltweit ist, alle Sektoren betrifft und die grössten Probleme erst in Jahrzehnten sichtbar werden. Das System «Erde-Mensch» ist ohne Zweifel komplex. Deshalb ist es verlockend, eine Scheindebatte auszulösen und das Gegenüber zu verwirren. Als Wissenschaftler hinterfragen wir unsere Resultate jeden Tag. Aber die relevanten Fragen und Unsicherheiten betreffen die genauen lokalen Auswirkungen des Klimawandels und deren Risiken; nicht (mehr), ob der Mensch das CO₂ überhaupt reduzieren müsse.

Die Messung eines Thermometers oder die Physik der Atmosphäre sind politisch weder links noch rechts, es sind naturwissenschaftliche Fakten. Wir kennen nicht alle Details, aber genug, um zu entscheiden. Wie wir entscheiden, darüber können und müssen wir debattieren, aber die Fakten zu verneinen, ist für die Politik fatal. Tragfähige Lösungen können nur entstehen, wenn wir die Grundlagen ernst nehmen, auf Augenhöhe diskutieren und bereit sind, der Zukunft der nächsten Generationen mehr Gewicht zu geben als den eigenen Ideologien und Profiten. Der beste Zeitpunkt zum Handeln wäre vor über dreissig Jahren gewesen, als unsere Generation das Problem erkannt hatte. Der zweitbeste Zeitpunkt ist jetzt. Die jungen Menschen haben es erkannt.



Reto Knutti, Klimatologe, ist Professor für Klimaphysik an der ETH Zürich und war einer der Leitautoren beim Vierten und Fünften Sachstandsbericht des Weltklimarates IPCC.



Etablierung einer Hierarchie: Lausanner Bundesrichter.

Schweiz

Richterspruch im Eigeninteresse

Von Urs Paul Engeler — Ein Volksentscheid wird annulliert – ein demokratiepolitischer Dammbbruch. Das bedenklich dürftig begründete Urteil des Bundesgerichts bewirkt nur eines: den Machtzuwachs für die Richter selbst.

In Grossbritannien zerrn die unterlegenen «Remainers» Boris Johnson dieser Tage vor Gericht, weil er im Vorfeld der Brexit-Abstimmung (23. Juni 2016!) unrichtige Zahlen über die Geldtransfers des Landes an die EU verbreitet haben soll. In Deutschland sinniert die bedrängte CDU-Chefin und Wahlverliererin Annegret Kramp-Karrenbauer über eine staatliche Kontrolle der Kommentatoren in den sozialen Medien: «Welche Regeln gelten eigentlich für den digitalen Bereich?» In der Schweiz hebt das Oberste Gericht die Volksabstimmung über eine gescheiterte CVP-Initiative von 2016 auf, weil der Bundesrat falsche Daten zu den Folgen des Begehrens publiziert habe.

Die Koinzidenz mag Zufall sein; doch die breit lancierten Bestrebungen haben System. Hohe Wächter sollen im politischen Prozess die «Wahrheit» festlegen und diese gegen «Falschaussagen» durchsetzen. Was viele Leicht- und Gutgläubige hoffen lässt, dass ihre

Wahrheit offizielle Wahrheit wird, mündet faktisch ins Ende der freien Demokratie. Es droht auf allen Ebenen der politischen Auseinandersetzung die Verabsolutierung einer behördlichen Political Correctness. Etabliert wird, definiert durch eine Instanz, die sich unfehlbar nennt, ein Katechismus verbindlicher Denkmuster und Glaubenssätze, etwa in Debatten über Migrationsströme, Kosten des Energieregimes oder über die Ursachen der Klimaerwärmung.

Erstaunlich vager Ausdruck

Es war ein politischer Knall, eine Novität in der Geschichte des Bundesstaats. Am 10. April haben fünf Bundesrichter entschieden, dass der negative Entscheid des Stimmvolkes über die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» (50,8 Prozent Nein- gegen nur 49,2 Prozent Ja-Stimmen) nachträglich für ungültig erklärt werde. Sie folgten damit

flächendeckend eingereichten CVP-Beschwerden, die monierten, das Eidgenössische Finanzdepartement, damals noch unter der Leitung von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP), habe die Zahl der fiskalisch «bestraften» Doppelverdiener-Ehepaare mit 80 000 viel zu niedrig angegeben, diese Fehlinformation ins Abstimmungsbüchlein gesetzt und weiterhin aktiv kommuniziert. In Wirklichkeit, so eine spätere Schätzung im Jahr 2018, wären wohl um die 454 000 Paare von dieser Steuerregelung betroffen gewesen.

Die Richter folgten den Argumenten der schlechten Verlierer und liessen per Communiqué knapp verlauten: Es sei «möglich», dass diese Unregelmässigkeiten einen Einfluss auf den Ausgang der Abstimmung gehabt hätten. «Möglich» ist ein erstaunlich vager Ausdruck zur Begründung eines derart gravierenden Eingriffs in den demokratischen Prozess. Ist die Wirkung auf das Urnenresultat nur theo-

retisch denkbar, rein hypothetisch oder tatsächlich, nachvollziehbar und nachweisbar, wie es für einen Richterspruch mit Präzedenzcharakter erforderlich ist?

Nun liegt, ausformuliert, das schriftliche Urteil vor. Die vom Entscheid überraschte Öffentlichkeit erwartet darin Antworten auf drei Fragen: Welche der vielen Zahlen ist unzweifelhaft wahr? War die Nennung der Zahl von 80 000 betroffenen Paaren wirklich der entscheidende Faktor zur Verwerfung der Initiative? Und wie wird die nach Ansicht der Richter zu Unrecht verworfene Initiative nun doch umgesetzt?

Bundesrat immer unverfrorener

Die Darlegungen der Richter enttäuschen. Auf das generelle Ärgernis, dass der allen Bürgern, Parteien und Organisationen verpflichtete Bundesrat sich immer unverfrorener als Partei ins Abstimmungsgetümmel wirft und die Urnengänge PR-mässig von oben lenkt, gehen sie gar nicht ein. Die «wahre» Zahl der Betroffenen, das gestehen sie indirekt selbst ein, kennt niemand im Land. Die Daten zu den individuellen Einkommen und Abzügen jedes einzelnen Ehegatten müssten gemäss einem Gutachten, Jahr für Jahr, jeweils in den 26 kantonalen Steuerverwaltungen herausgesucht, zusammengetragen und aufbereitet werden. Zudem verändert jede Revision eines Steuergesetzes das Verhalten der Menschen. Trotz dieser Erkenntnislücken erklärt das Oberste Gericht, ohne jeden Beleg, die Zahl 454 000 für richtig. Das ist der erste Lausanner Willkürakt.

Noch absurder wird's, wenn das Quintett nachweisen will, dass die falsche Zahl das entscheidende Argument zur Ablehnung der Initiative gewesen sei. Eine Wirkungsanalyse wird nicht präsentiert. Immerhin erwähnt das Gremium eine Nachbefragung zu den Motiven der Ja- und Nein-Sager, die sogenannte

Vox-Analyse, erstellt von Mitarbeitern der Universität Genf. Allerdings spielte gemäss dieser Untersuchung, die auf Interviews mit 1509 Personen basiert, bei den Urnengängern die Zahl der Betroffenen überhaupt keine Rolle. Zu Fall brachte die Initiative, neben andern Beweggründen, vor allem der absolut gefasste traditionelle Ehebegriff als «Lebensgemeinschaft von Mann und Frau». Die Genfer Politologen stellen fest: «Am meisten Unterstützung fand das Hauptargument der Initiativgegner, das Volksbegehren schlage

Warum wagen die erfahrenen Juristen sich aufs Feld der wilden und anfechtbaren Spekulationen?

eine enge Ehedefinition vor, die gleichgeschlechtliche Paare diskriminiere.» Und sie folgern: «Aus diesem Ergebnis und der Betrachtung der Ablehnungsgründe lässt sich schliessen, dass einige Gegner wohl ein Ja zur CVP-Initiative eingelegt hätten, wenn die Kontroverse hinsichtlich der engen Ehedefinition nicht bestanden hätte, womit die Initiative angenommen worden wäre.»

Selbstherrlich wischen die Richter den Befund der Forscher vom Tisch und behaupten, ohne einen einzigen Beleg oder halbwegs plausiblen Hinweis zu nennen: «Auch wenn gewisse Stimmberechtigte die Initiative wegen der engen Ehedefinition ablehnten, wird für andere gleichwohl auch die anscheinend geringe Zahl betroffener Zweiverdienerhepaare ausschlaggebend gewesen sein.» Damit hat Lausanne die zweite Stufe der Arroganz erklimmen.

Nach unbegründeter richterlicher Ansicht wäre die Initiative also angenommen worden, hätte im Abstimmungsbüchlein die Zahl 454 000 gestanden. Warum aber wagen die

erfahrenen Juristen sich aufs Feld der wilden und anfechtbaren Spekulationen? Das Bemühen, den Anliegen der CVP zum Durchbruch zu verhelfen, kann die Triebfeder nicht gewesen sein. Die Partei selbst hat längst realisiert, dass ihr Anliegen nicht wegen der Zahlen, sondern aufgrund der apodiktischen Ehedefinition gescheitert ist und nie mehr mehrheitsfähig sein wird. Sie bringt ihre Initiative darum nicht mehr vors Volk. Sachpolitisch entfaltet der zweifelhafte Richterspruch keine Wirkung; er ist somit nicht nur unbegründet, unlogisch und unverständlich, sondern realpolitisch ineffektlos.

Institutionelle Machtverschiebung

Mit ihrem Eifer zielen die Richter denn auch auf eine ganz andere Ebene, auf die der institutionellen Machtverschiebung. Ein Grossteil ihrer Erörterungen befasst sich mit der Relativierung der politischen Instanzen und demokratischen Basisentscheide – und mit dem Vorrang des Bundesgerichts, dem das letzte Wort im Staate zukomme. Wenn alle Stimmen ausgezählt sind und der Bundesrat in seinem «Erwahrungsbeschluss» das Resultat als gültig ins Bundesblatt setzt, so ist nach Ansicht der Richter lediglich die rein formelle, «notarielle» Seite eines Urnengangs erledigt. Inhaltlich und damit abschliessend seien sie und nur sie zuständig, um die Rechtmässigkeit einer Volksabstimmung zu beurteilen. In Tat und Wahrheit ging es am 10. April gar nicht um die bereits gegenstandslose CVP-Initiative, sondern um die Etablierung einer Hierarchie.

Man kann den Entscheid im Eigeninteresse der Richter nur als Aufforderung lesen, nun munter Beschwerden nach Lausanne zu senden, damit die öffentlich-rechtlichen Kammern ihre neue Befehlsgewalt regelmässig ausspielen, die politischen Wahrheiten setzen und das Stimmvolk leiten können.

Wohneigentum

sanieren: Das müssen

Sie beachten.

Diese Woche:
Den Immobilienwert erhalten.



www.handelszeitung.ch | Kostenloser Newsletter | Jeden Donnerstag am Kiosk | Als mobile App für iPad und iPhone | Digital-Abo zum Kennenlernen

Zur Wirtschaft. Zur Sache.

Handelszeitung

Schweizer «Art of the Deal»

Von *Florian Schwab* — In den letzten Jahren haben sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und den USA prächtig entwickelt – ganz ohne Freihandelsabkommen. Warum ein solcher Vertrag trotzdem eine hervorragende Idee ist.

Die Entwicklung der Exporte nach Amerika ist reich an Superlativen. Seit der Jahrtausendwende hat der Wert der jährlichen Schweizer Güterausfuhren in die USA von 14,7 Milliarden Franken auf 37,9 Milliarden Franken zugenommen. Die Vereinigten Staaten sind damit unangefochten der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz. Und die Exporte wachsen viel dynamischer als jene in die Europäische Union. Schreibt man die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte in die Zukunft fort, dann könnten die USA bereits in fünfzehn Jahren die EU als grössten Exportmarkt für die Schweizer Wirtschaft entthront haben.

Zölle sind im Handel zwischen den beiden Ländern relativ unwichtig. Beide Volkswirtschaften ermöglichen einander alles in allem beinahe zollfreie Einfuhren. In den USA beträgt der durchschnittliche nach dem Handelsvolumen der einzelnen Güter gewichtete Zollsatz 2,4 Prozent. Für Importe in die Schweiz liegt der entsprechende Satz gemäss Welthandelsorganisation (WTO) bei 1,9 Prozent. Freihandelsabkommen werden geschlossen, um Schranken zu beseitigen und den ungehinderten Fluss von Waren zu ermöglichen. Wenn es im gegenseitigen Handel sowieso nur geringe Zölle gibt und der Handel sich auch ohne Freihandelsvertrag hervorragend entwickelt: Wozu überhaupt den politisch steinigsten Weg zu einem Freihandelsabkommen Schweiz–USA unter die Füsse nehmen?

Es geht nicht nur um Zölle

Laut Jan-Egbert Sturm, Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, ist der Wert eines Freihandelsabkommens schwierig in Franken und Rappen auszudrücken. Zumal dann, wenn die entsprechenden Verträge noch nicht einmal im Entwurf existieren. Es sei aber unter Ökonomen «unbestritten, dass Freihandelsabkommen einen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben». Vieles spreche dafür, dass dies verstärkt für den Austausch Schweiz–USA gelte, denn «die USA sind für die Schweizer Wirtschaft ein wichtiger Wachstumsmarkt». Unabhängig von der in einem Vertrag vereinbarten Beseitigung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen gäben schon die Verhandlungen «einen zusätzlichen Kick für neue Geschäftsbeziehungen»: Firmen würden dazu angeregt, zu überlegen, wie sie ihre Chancen im jeweils anderen Land noch besser wahrnehmen können.



Wer verhandelt zuerst? Präsidenten Trump, Maurer, am 16. Mai in Washington.

Vor zehn Jahren kam eine Studie des Peterson Institute for International Economics in Washington, D.C. zum Ergebnis, dass ein Freihandelsabkommen Schweiz–USA das Bruttoinlandsprodukt in der Schweiz um 0,5 Prozent erhöhen würde. Das würde pro Kopf der Bevölkerung rund 400 Franken jährlich ausmachen. Laut Ökonom Sturm sind Werte «von 0,5 oder 1 Prozent nicht unrealistisch».

Für Martin Naville, Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer (Amcham), geht es für die Schweiz vor allem darum, der Europäischen Union bei einem solchen Vertrag zuvorzukommen. «Wenn die EU zuerst mit den Amerikanern ernsthaft verhandelt,

bleibt uns nichts anderes übrig, als irgendwie als Drittpartei an diesen Vertrag anzudocken.» Andernfalls sei die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Firmen auf dem US-Markt gegenüber ihren Konkurrenten aus der EU gefährdet. Auch wenn die Zollsätze insgesamt relativ niedrig seien, gebe es durchaus einzelne Güter mit spürbaren Importzöllen von über 5 Prozent. Bei solchen Produkten drohten Schweizer Hersteller ins Hintertreffen zu geraten.

Naville geht davon aus, dass die USA über kurz oder lang «alle wichtigen Länder und Handelsblöcke zu bilateralen Freihandelsabkommen» zwingen würden, namentlich auch die EU. Solange aber zwischen der EU und den USA eine

handelspolitische Eiszeit herrsche, könne die Schweiz dies ausnutzen und mit den Amerikanern massgeschneiderte Bedingungen aushandeln, anstatt einfach die Regeln aus einem grossen Deal zwischen der EU und den USA nachzuvollziehen.

Etwas anders sieht es Henrique Schneider, stellvertretender Direktor beim Schweizerischen Gewerbeverband (SGV). Die Schweizer Handelsdiplomatie solle nicht aus Angst vor der EU handeln, sondern nüchtern die Chancen und Probleme des Freihandelsvertrags bewerten. Er kommt zum Ergebnis, dass ein Deal mit den USA positiv wäre. «Die Strategie, mit verschiedenen Ländern Freihandelsabkommen abzuschliessen, hat sich für die Schweiz auszahlt.»

Schneider verweist darauf, dass die amerikanische Volkswirtschaft in den letzten Jahren deutlich stärker gewachsen sei als die schwei-

«Der amerikanische Markt wird für Schweizer Hersteller attraktiver.»

zerische. Damit stiegen erfahrungsgemäss auch die Einkommen der Amerikaner, wodurch deren Nachfrage nach qualitativ hochstehenden Produkten tendenziell zunehme. Kurz: «Der amerikanische Markt wird für Schweizer Hersteller attraktiver.»

Insbesondere für kleine und mittelgrosse Schweizer Unternehmen (KMU) seien die Zollformalitäten mit den USA heute ziemlich abschreckend. «Wenn man hier eine Vereinfachung hinbekommt, dann rückt der Riesemarkt USA stärker in die Reichweite vieler Schweizer KMU.» Besonders stark sind während der letzten Jahre die Exporte der pharmazeutischen Industrie in die USA gewachsen. «Für die Schweizer Pharmaindustrie machen die USA bereits 21 Prozent der weltweiten Exporte aus», rechnet René Buholzer vom Branchenverband Interpharma vor. Es habe sich eine regelrechte Achse USA-Schweiz mit sehr grossen gegenseitigen Investitionen entwickelt. Schweizer Medikamentenhersteller



Investition: Peter Spuhler (r.) in Salt Lake City.

würden das Gros ihrer Forschungsausgaben zwischen den USA und der Schweiz aufteilen. Und etliche namhafte amerikanische Pharmaunternehmen haben wichtige lokale Niederlassungen in der Schweiz. Der wichtigste direkte Vorteil eines Freihandelsabkommens bestünde laut Buholzer im Abbau technischer Handelshemmnisse, etwa bei der gegenseitigen Akzeptanz von Inspektionen und Zertifizierungen von Produktionsanlagen. Zudem sieht er die Chance einer Allianz zwischen der Schweiz und den USA für die Vertretung gemeinsamer Interessen beim Schutz des geistigen Eigentums gegenüber Ländern wie Indien und China.

Klumpenrisiko EU

Buholzer sieht in einem allfälligen Freihandelsabkommen mit den USA für die Schweiz auch «eine Art Versicherung im internationalen Handelskrieg». Durch einen solchen Vertrag könnte ausgeschlossen werden, dass mögliche zukünftige Zollerhöhungen seitens Washingtons auch Schweizer Exporte in die USA direkt treffen. Eine geopolitische Dimension des Freihandelsabkommens erkennt auch Henrique Schneider vom Gewerbeverband. Er beurteilt die Europäische Union, die nach wie vor rund 50 Prozent der helvetischen Ausfuhren ausmacht, als ein «Klumpenrisiko für die Schweizer Wirtschaft». Weiterhin wachsende Exporte in die USA könnten dazu beitragen, diese offene Flanke zu schliessen. Amcham-Direktor Naville sieht in einem Freihandelsabkommen mit den USA ebenfalls ein «Abwehrmittel gegen die Begehrlichkeiten der EU».

Vergleichsweise zurückhaltend äussert sich das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), welches auf Schweizer Seite für die Vorbereitungen der Verhandlungen mit den USA zuständig ist. Nach möglichen Chancen für die Schweiz durch einen Deal mit den USA gefragt, sagt Chefökonom Eric Scheidegger, es sei «verfrüht für eine materielle Auskunft». Der ökonomische Stellenwert eines möglichen Abkommens mit den USA werde «von dessen konkretem Inhalt bestimmt, der naturgemäss noch offen ist». Er verweist zudem darauf, dass die Amerikaner beim Thema Landwirtschaft «offensive Interessen» verfolgen. Sofern das Seco klare Ziele hat, was es für die Schweizer Wirtschaft in den Gesprächen mit den USA erreichen will, dann weiss es diese gut zu verbergen. Kenner des Seco äussern die Befürchtung, dass die Behörde das Amerika-Geschäft nur halbherzig verfolge, um die Europäische Union nicht zusätzlich zu brüskieren. Von politischer Seite sind die Vorgaben allerdings klar: Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) treibt seine Leute zur Eile an. Und der Ständerat hat mit grosser Mehrheit einer Motion von Konrad Graber (CVP) zugestimmt, welche den Bundesrat beauftragt, ein Freihandelsabkommen mit den USA anzustreben.

Politik

Angriff aus Paris

Für Finanzminister Ueli Maurer wird es ungemütlich.

Zähneknirschend hat das Schweizer Volk im Mai der Steuervorlage mit AHV-Finanzierung (Staf) zugestimmt. Das neue Gesetz wurde mit neuen Regeln der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris begründet.

Jahrelang hiess es, es gehe der OECD nicht darum, den Steuerwettbewerb zwischen den Ländern zu beseitigen. Dieser solle lediglich nicht mehr in Form von verwinkelten internationalen Konzernstrukturen spielen, sondern neu sogenannten fair über Gewinnsteuersätze erfolgen.

Am Wochenende werden diese Beteuerungen zu Makulatur. Dann treffen sich die Finanzminister der G-20-Staaten in Fukuoka, Japan. Dort legt die OECD ihre im Auftrag der G-20 angefertigten Pläne für die «Besteuerung der digitalen Wirtschaft» vor. Was ursprünglich dazu gedacht war, Internet-Multis stärker zu besteuern, hat sich zu einem neuen Schlag gegen den internationalen Steuerwettbewerb entwickelt.

Die Grossen unter Druck

Die Gewinne sollen nicht mehr ausschliesslich am Ort der Wertschöpfung besteuert werden – also in der Regel am Hauptsitz eines Unternehmens –, sondern auch am Ort des

Eine Art Strafsteuer für Firmen aus Ländern mit tieferen Gewinnsteuersätzen.

Konsums. Dazu soll eine Untergrenze bei den Steuersätzen gezogen werden: Firmen aus Ländern mit tieferen Gewinnsteuersätzen müssen eine Art Strafsteuer am Ort ihrer Umsatzerzielung zahlen. Der Mechanismus scheint wie gemacht, um international erfolgreiche Wirtschaftsstandorte mit relativ kleinem eigenem Absatzmarkt auszutrocknen. Von Banken bis Pharma: Alle grossen Schweizer Exportsektoren kommen unter Druck.

Für Finanzminister Ueli Maurer ist es die grosse Bewährungsprobe. Das mit der Staf verbundene OECD-Steuerproblem hatte er noch von Vorgängerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) geerbt. Bei der neuen Stufe aber könnte die Schweiz bei der OECD ein Veto einlegen und damit dem Projekt den Stecker ziehen. (fsc)

Wir kriminellen Schweizer

Von Christoph Mörgeli

Selbstverständlich war es wieder mal ein Schweizer: «Ein 60-jähriger Schweizer brachte gestern Morgen eine 34-Jährige und eine 38-Jährige in seine Gewalt.» Er nahm die beiden Frauen als Geiseln, ermordete sie und dann sich selber. Der «Schweizer» Täter heisst Ante S. Nun gibt es in der Schweiz keinen Vornamen Ante. Wohl aber in Kroatien und Mazedonien. Doch in der Statistik hat einmal mehr ein «Schweizer» einen Doppelmord begangen. Denn wir Schweizer bürgern die Ausländerkriminalität einfach ein.

Dieses Versteckspiel von Behörden, Polizeisprechern und Medien nervt. Für wie dumm verkaufen sie eigentlich die eigentlichen Schweizer? Wir lesen über den Prozess wegen Mordversuchs eines «heute 51-Jährigen», der mit einem Messer 28 Mal auf seine schwangere Ex-Partnerin eingestochen hat. Der Täter ist Eritreer. Vor Gericht stehen ein «Spanisch-Schweizer» und ein zweiter Mann «mit Schweizer Wurzeln» wegen eines islamistisch motivierten Mordes an zwei Skandinavierinnen in Marokko. Wetten, dass beide keine «Schweizer Wurzeln» haben?

Wenn die Sonne sinkt, steigt die Kriminalität. Bilanz eines Stadtzürcher Wochenendes: Mehrere Personen wurden wegen Stich- oder Schnittwunden ins Spital eingeliefert: «Eine tätliche Auseinandersetzung zwischen mehreren Männern.» Konkret bekriegt sich zwei Gruppen von je zwanzig Jugendlichen auf dem Sechseläutenplatz. Wie viele waren wohl Schweizer? Eine Horde von zehn Männern belästigte eine Frau und stach deren Beschützer in den Arm. Wie viele waren Schweizer? Jetzt jammert der *Tages-Anzeiger*: «Schwere Körperverletzungen durch Stichwaffen nehmen zu.» Das Wort «Ausländer» kommt im langen Artikel exakt null Mal vor. Aktivisten machen in Bern fünfzehn Tatorte sichtbar, an denen Frauen Opfer von Gewalttaten wurden. Das Wort «Ausländer» wird sorgfältig vermieden.

Es geht auch ehrlich: «Ein 32-jähriger Kolumbianer stürzt aus einem Haus neun Meter in die Tiefe. [...] Drei Männer wurden im Zuge dieses Verfalls verhaftet: zwei Brasilianer und ein Italiener.» Im Waadtland hat ein tot aufgefundener «Portugiese (24)» seine Schweizer Freundin mit einem Messer schwer am Hals verletzt. Längst bilden die Ausländer die Existenzgrundlage für unsere Polizisten, Staatsanwälte und Richter. Die kriminelle Energie gewisser Ausländer ist die einzige, die nicht knapp wird.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Löst Habeck Kanzlerin Merkel ab?

Von Peter Bodenmann — Andrea Nahles weg. AKK im Funkloch. Angela Merkel auf Tauchstation. Wenig Frauenpower.



Der coole Sirup, auf den Deutschland derzeit steht: Grüne Annalena Baerbock und Robert Habeck.

Der Trost: Noch nie sah es für Grün-Rot-Rot so gut aus wie letzte Woche. Sie können es schaffen, wenn sie es wollten.

Deutschland war, ist und bleibt der Nabel Europas. Eine Partei, die gewinnen will, muss sich inhaltlich halbwegs richtig aufstellen. Und attraktives Bodenpersonal haben. CDU und CSU haben keine Antworten auf die grossen Fragen, die sich die Menschen heute stellen. Und mit AKK eine neue Präsidentin, die sich innerhalb von sechs Monaten selber demontiert hat.

Die SPD droht wie einst die Sowjetunion zu implodieren. Sie bietet sozial und ökologisch zu wenig. Und Andrea Nahles hat das Handtuch geworfen.

Die Grünen haben das optimale Bodenpersonal. Das Duo Robert Habeck und Annalena Baerbock sind der coole Sirup, auf den Deutschland derzeit steht. Sie sind ein bisschen sozial, ein bisschen grün, alles möglichst ungenau, und zudem nachdenklich. Niemand muss vor ihnen Angst haben, viele projizieren ihre Wünsche in diese grüne Traumwelt.

Umfragen sind Umfragen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Politik war, ist und bleibt Mathematik: Schon lange sah es für Rot-Rot-Grün – genauer für Grün-Rot-Rot – in Deutschland nicht mehr so gut aus wie am letzten Wochenende. Grüne, SPD und Linke kommen zusammen auf 46 Prozent der Stim-

men, die AKK-Union zusammen mit der Lindner-FDP nur auf lächerliche 34 Prozent. Und mit der Zahl der schrumpfenden Schmuttkinder von der AfD will und wird sicher niemand koalieren.

Grosse Koalitionen sind toxisch. Wie die neuesten Zahlen zeigen, sowohl für die Union wie für die SPD. Obwohl die eigentlich gar nicht so schlecht regieren. Deshalb haben Grüne und CDU kein Interesse, nach Neuwahlen in das gleiche Bett zu steigen. Sonst bekommt die SPD die Chance, sich in der Opposition zu revitalisieren.

In der Politik gilt: Drei von hundert Wählerinnen und Wählern wollen immer bei den absehbaren Siegern sein. Zu oft entscheiden diese Opportunisten Wahlen. Deshalb haben Habeck und Baerbock in diesen volatilen Zeiten noch Luft nach oben – vorab wenn die Schrecknadeln Gauland und Höcke die AfD in der ehemaligen DDR zur stärksten Partei machen.

Ist die Schweiz stabiler? Vielleicht täuschen wir uns. Vielleicht machen Grüne und Grünliberale mehr Stimmen als die SP-Genossinnen und -Genossen. Die Grünen drohen die CVP zu überholen. Levrat und Pfister sind gemeinsam unter Druck. In Sachen Gesundheitswesen. In Sachen klimaneutrale Schweiz 2030. In Sachen Rahmenabkommen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Die Moral, die zweifache

Von Kurt W. Zimmermann — Beim Persönlichkeitsrecht wird die Doppelmoral der Medien besonders schön sichtbar.

Anfang Mai ging es um Jolanda Spiess-Hegglin. Die Journalisten vom *Blick*, so das Urteil des Kantonsgerichts Zug, hatten 2014 ihre Persönlichkeit verletzt. Ringier musste zahlen.

Ende Mai ging es um Carl Hirschmann. Die Journalisten von *20 Minuten* und in geringem Mass vom *Tages-Anzeiger*, so der Vergleich der Parteien, hatten 2009 seine Persönlichkeit verletzt. Tamedia musste zahlen.

Es waren zwei ähnliche Fälle, und in beiden Fällen ging es um Sex. Doch die Reaktion der Journalisten war wie Tag und Nacht. Zu Spiess-Hegglin überschlugen sich die Medien mit Kritik am *Blick*. Zu Hirschmann und *20 Minuten* erschienen bloss ein paar kleinere Artikel.

Persönlichkeitsrecht ist Geschmackssache. Spiess-Hegglin ist eine Frau, sie ist links, sie hat wenig Geld. So jemandem fliegen die Journalistenherzen zu. Hirschmann hingegen ist ein Mann, er ist bürgerlich, er ist Millionenerbe. So jemanden mögen die Journalisten nicht.

Es lohnt sich darum, etwas hinter den Fall Hirschmann zu schauen. Er beleuchtet die Doppelmoral der Medienbranche.

Der Hauptverantwortliche für die Persönlichkeitsverletzung von Hirschmann ist der Journalist Hansi Voigt, eine bekannte Boulevardgurgel in der Branche. Er war damals Chefredaktor von *20 Minuten* online. Voigt fuhr eine Kampagne gegen Hirschmann und heizte sie mit Schlagzeilen von unterhalb der Gürtellinie an. «Wie Hirschmann Mädchen flachgelegt haben soll», titelte er etwa.

Vor zwei Wochen nahm Voigt am «Medienclub» des Schweizer TV zum Fall Spiess-Hegglin teil. Voigt präsentierte sich dabei als publizistischer Erzengel, eine Art unbefleckter Verkünder der Medienethik, und wies mit erhobenem Moralfinger den verwerflichen *Blick* in die Schranken.

Als ihn der Moderator fragte, ob er im Fall Hirschmann auch so sittenstreng urteile, sagte Voigt, das gehe ihn «wenig» an, denn: «Das war eine Print-Geschichte.» Er meinte damit, dass seinerzeit die gedruckten *20 Minuten* und nicht er als Online-Chef die Hirschmann-Hatz betrieben habe.

Es war schwer geschwindelt. Voigt war der Haupttäter. Es gibt ein Zwischenurteil des Bundesgerichts zur Klage von Hirschmann gegen Tamedia. Von den sechs als widerrechtlich erklärten Artikeln, die *20 Minuten* publizierte, stammen vier aus Voigts Online-Küche



Zitat des heiligen Paulus: Journalist Voigt.

und nur deren zwei aus dem gedruckten Blatt. Das Bundesgericht bescheinigte *20 Minuten* online «schwere, unwahre Vorwürfe».

Das Bundesgerichtsurteil war Basis des Vergleichs, den Tamedia und Hirschmann nun abschlossen. Das Medienhaus entschuldigte sich öffentlich.

Ich habe Doppelmoralist Voigt darum nochmals gefragt, wie er seine Rolle im Fall Hirschmann nun sehe. Nun kam eine interessante Wende. «Ich übernehme als damals verantwortlicher Chefredaktor die volle Verantwortung», sagte Voigt, «ich entschuldige mich hiermit persönlich und nachträglich.»

Da beging einer den fließenden Übergang vom Saulus zum Paulus.

Neo-Paulus konnte nicht gut anders. Denn Hirschmann ist von den zwei aktuellen Beispielen der klarere Fall. Bei der Politikerin Spiess-Hegglin ging es um eine öffentliche Person und um mögliche Übergriffe an einer öffentlichen Veranstaltung. Hier können sich Medien mit gutem Grund auf ein öffentliches Interesse berufen. Beim Unternehmer Hirschmann ging es um eine private Person und um mögliche Übergriffe im privaten Rahmen. Hier gilt kaum ein öffentliches Interesse.

So enden wir mit einem Zitat des heiligen Paulus: «Niemand kann sich herausreden. Die ganze Menschheit ist vor Gott schuldig.»

SPD-GmbH

Von Henryk M. Broder — Ewiger Neuanfang.

Vor einer Woche stand die SPD noch am Abgrund. Heute ist sie schon einen Schritt weiter, und alles, was ich am Dienstagmorgen über die Lage der «ältesten deutschen Partei» schreibe, wird am Donnerstag, wenn diese Ausgabe der *Weltwoche* erscheint, von der Wirklichkeit überrollt sein. Deswegen will ich nicht spekulieren, sondern nur auf dreierlei hinweisen.



Erstens: Die SPD steckt nicht in einer temporären Krise, sie verkörpert eine Krise, die das ganze Land befallen hat. Politik ist nicht mehr die Kunst des Möglichen, sondern die Flucht vor und aus der Realität. Das gilt für Unternehmen wie VW, Deutsche Bank, Bayer und Daimler, die sich kräftig verspekuliert haben, ebenso wie für die folgenreiche Erfindung einer «Willkommenskultur», deren Protagonisten sich die Seele aus dem Leib freuten, dass «wir jetzt plötzlich Menschen geschenkt» bekommen. Nicht nur in der Flüchtlingspolitik, auch in der Klimafrage präsentiert sich Deutschland als eine postfaktische Supermacht, die der ganzen Welt ein moralisches Vorbild sein will.

Zweitens: Die SPD ist nur noch dem Namen nach eine sozialdemokratische Partei, die sich um die Interessen der «kleinen Leute» kümmert. Sie ist eine breitaufgestellte Holding aus Dutzenden von Unternehmen mit angeschlossenem Parteibetrieb. Das beachtliche Immobilienvermögen der Partei wird von einer GmbH mit dem lustigen Namen «Konzentration» verwaltet. Wahlerfolge sind für die SPD nur insofern wichtig, als sie bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen für jede Stimme ein vom Staat ausgelobtes «Kopfgeld» bekommt; die Einzelheiten regelt das Parteiengesetz.

Drittens: Seit der Wende 1989/90 hat die SPD dreizehn Parteivorsitzende verschlissen. Und jeder wurde wie ein Messias gefeiert, der die Partei aus der Not erlösen, «neu aufstellen» und in eine bessere Zukunft führen sollte. Vor Andrea Nahles war es der Totalversager Martin Schulz, der noch am Vorabend der Wahlen von 2017, als sich das Debakel bereits klar abzeichnete, unbeirrt behauptete, er habe «gute Chancen, die kommende Regierung anzuführen». Damals stimmten immerhin noch 20,5 Prozent der Wähler für die SPD. Heute würden es nur noch 14 Prozent tun. Und das ist noch nicht das Ende des ewigen Narrativs vom Neuanfang. Die Konzentration geht weiter.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als Mann gewisse TV-Kanäle auf die hintersten Sendeplätze umprogrammieren, damit man den Fernsehabend mit der Frau nach eigenem Gusto geniessen kann?

André Schlittler, Reichenburg

Ja, aber warum nach hinten? Es ist allgemein bekannt, dass anrühige Formate wie «Bachelor», «Dschungelcamp» oder «Bauer, ledig, sucht...» vor allem von Akademikern konsumiert werden. Sie brauchen sich also nicht zu genieren, im Gegenteil. *Alex Baur*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Das Problem liegt darin, dass die Gedanken nur so lange frei sind, bis man sie ausspricht.» *Kurt Baumann*

Gewisses Verständnis

Nr. 22 – «Man muss wieder aufstehen»; Interview mit Heinz-Christian Strache von Roger Köppel

Strache gibt selber zu, dass er naiv und unachtsam war, als er in diesen gemeinen politischen Hinterhalt geriet. Ob die Redseligkeit mit Drogen oder Alkohol manipuliert wurde, spielt eigentlich keine Rolle. Für seine Gedankenspiele kann man aber ein gewisses Verständnis haben. Strache und seine FPÖ wurden jahrelang von den Medien in die Pfanne gehauen. Wenn nun ein potenzieller Zeitungskäufer auftritt, von dem man sich eine eher positive Berichterstattung verspricht, ist es nicht so abwegig, diesen Käufer nach Möglichkeit zu unterstützen. Das Problem liegt jedoch darin, dass die Gedanken nur so lange frei sind, bis man sie ausspricht. Sicher ist nur: «Der grösste Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.»

Kurt Baumann, Seelisberg

Strache ist kein Opfer, denn die Ansätze, die im Ibiza-Video zu sehen sind, sind der Normalfall für so manche FPÖ-Politiker. Als Beispiel kann man die «Part-of-the-Game-Affäre» des ehemaligen FPÖ-Politikers Uwe Scheuch heranziehen, bei der einem russischen Investor gegen allfällige Parteispenden die Staatsbürgerschaft angeboten wurde. Vom Fehlverhalten anderer Mandatäre, etwa der Finanzierung einer Privatsekretärin mit zweckentfremdeten Geldern, nicht zu reden. Das alles ist bekannt und ausjudiziert. Ein österreichischer Nationalratsabgeordneter hat den Zyklus der FPÖ so genannt: «Opposition, Koalition, Korruption – und dann wieder von vorne.» Das trifft es sehr gut. *Heinz Rometsch, Meilen*

Wir profitieren nicht

Nr. 21 – «Ich war immer Anti-Nationalist»; Interview mit Corrado Pardini von Erik Ebnetter

Im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit wird stets kolportiert, dass unsere Sozialversicherungen von der Einwanderung profitierten. Beim grössten Sozialwerk, der AHV, hat die starke Zuwanderung zwar dazu beigetragen, dass es erst ein paar Jahre später ins Defizit gerutscht ist. Dies aber nur, weil die Zugewanderten ja alle noch jung und erwerbstätig sind. Wenn sie dann ins Rentenalter kommen, werden die Ausgaben umso höher. Man muss wissen, dass nur etwa 5 Prozent der Versicherten in ihrem Erwerbsleben mehr in die AHV einzahlen, als sie später beziehen. Zudem wird etwa ein Viertel der AHV-Leistungen



Gedankenspiele: FPÖ-Politiker Strache.

durch Steuergelder finanziert. Die Einwanderer bringen also der AHV langfristig gar nichts, im Gegenteil. Bei der IV ist es ähnlich; die öffentliche Hand trägt hier sogar mehr als die Hälfte der Kosten. Migranten beziehen häufiger IV-Leistungen. Dies mag zwar zum Teil daran liegen, dass Migranten häufiger in körperlich stärker fordernden Berufen tätig sind. Es gibt aber auch Fehlanreize wie zum Beispiel überhöhte Kinderrenten, die dazu führen, dass Bezüger mit mehreren Kindern höhere Leistungen erhalten als vorher aus ihrem Erwerb. Bei der beruflichen Vorsorge sollte es vom System her keine Umverteilung geben. Weil aber die Pensionskassen unterfinanziert sind, ist das heute dennoch der Fall. Hier liegt die Ursache in der verschleppten Anpassung durch die Politik. *René Meier, Bern*

Andere Einschätzungen

Nr. 22 – «Über den Handelskrieg hinaus»; Beat Gygi über Huawei

Es ist mir schleierhaft, warum der Autor in seinem Artikel den Status von Huawei als «private Firma» dermassen penetrant betont. Die Professoren Christopher Balding und Donald Clarke sind in ihrem Paper «Who Owns Huawei?» genau dieser Frage nachgegangen und zu etwas anderen Einschätzungen gekommen: — Huawei Technologies Co. Ltd. ist zu 100 Prozent Eigentum von Huawei Investment & Holding. Diese Holding hat zwei Aktionäre, der Gründer Ren Zhengfei hält etwa 1,14 Prozent der

Aktien, die restlichen gehören dem Huawei Investment & Holding Trade Union Committee; — Die Aktien der Mitarbeiter sind in Wirklichkeit vertraglich zugesicherte Anteile am Gewinn von Huawei, ohne Eigentums- oder Mitbestimmungsrechte, die nicht übertragbar sind und bei Austritt des Mitarbeiters verfallen;

Geht man in der Hierarchie dieser Trade Unions bis ganz nach oben, landet man bei der All-China Federation of Trade Unions, deren Vorsitzender, Wang Dongming, einen Sitz im Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas hat und ein enger Vertrauter von Xi Jinping ist. Ob es plausibel ist, dass ein kommunistischer Einparteiensstaat eine so wichtige Firma wie Huawei in Eigentum und Kontrolle von privaten Aktionären belässt, sei dem Leser zur Beurteilung überlassen. *Lukas Steinmann, Schlieren*

Neue Lernformen

Nr. 22 – «Wie schlecht sind unsere Schüler?»;
Kommentar von Alain Pichard

Die Berner Bildungsdirektorin liegt völlig falsch, wenn sie nach dem zweifelhaften Schulleistungsvergleich versucht, dem Lehrplan 95 die Schuld in die Schuhe zu schieben. Sie muss anderswo suchen. Aufmerksame Beobachter befürchten nämlich, dass nun bereits damit begonnen wird, «schwere Aufgaben» zu orten, um die Niveausenkung, welche mit dem Lehrplan 21 und dessen untauglichen neuen Lernformen unweigerlich kommen wird, zu kaschieren. *Hans-Peter Köhli, Zürich*

Chapeau!

Nr. 22 – «Das schlimmste Kompliment»;
Kolumne von Tamara Wernli

Als Männerversteherin mit spitzer Feder lehrt Tamara Wernli auf erhellend humorvoll-attraktive Weise einige Feministinnen das Fürchten. Chapeau! *Stefan Hiltbrunner, Winkel*

Nur Unheil

Nr. 22 – «Gottlose Religion»;
Kolumne von Peter Ruch

Seit Tausenden von Jahren haben die verschiedenen Religionen nur Unheil, Kriege und menschliche Verbrechen erzeugt. Wann hört denn dieser Wahnsinn endlich auf, und wann wird endlich der unselige Name «Gott» durch den richtigen Begriff «Schöpfer» ersetzt?

Robert O. Renfer, Raperswil

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen.

Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Ich leide unter Islamophobie. Ich habe Vorurteile gegenüber Angehörigen dieser Religion, ja, geradezu Abwehrreflexe. Muss ich mich schämen? Mich behandeln lassen? *Martin F., Bellach*

Sie leiden unter «Islamophobie». Ich weiss zwar nicht recht, wie sich das äussert. Aber ich kann mir vorstellen, dass man Vorurteile oder sogar Urteile gegenüber Angehörigen dieser Religion haben kann und Abwehrreflexe vorhanden sind. Schämen brauchen Sie sich deshalb nicht. Ich wüsste auch nicht, wie Sie sich «behandeln» lassen könnten.

Hier hilft eigentlich nur eine nüchterne Beurteilung. Fragen Sie sich mal, warum Sie diese Vorurteile oder Abwehrreflexe haben. Der Islam ist Ihnen wahrscheinlich fremd. Das äussert sich in vielen Dingen, die Sie nicht gutheissen (zum Beispiel die Verschleierung der Frauen, die Vorrechte des Mannes et cetera).

Aber fragen Sie sich einmal: Muss Sie das stören, wenn andere mit einer anderen Religion Sitten und Gebräuche haben, die

Ihnen nicht gefallen oder die nach Ihrer Meinung verwerflich sind? Ich meine, solange Sie das nicht übernehmen müssen, kann Ihnen das ja eigentlich gleichgültig sein. Es handelt sich ja bei den Muslimen um erwachsene Frauen und Männer, die selbst entscheiden können.

Eine andere Sache ist es allerdings, wenn uns – und damit auch Ihnen – von den Muslimen Lebensformen und Sitten aufgezwingt werden, die wir innerlich ablehnen. Darum gilt es, sich politisch klar zu verorten: Jede Religionsgemeinschaft hat die hier geltende Rechtsordnung und die Umgangsformen zu respektieren, und hier müssen Grenzen gesetzt werden, was die Schweiz zum Beispiel mit dem Verbot der Minarette tut oder was mit Kleidervorschriften in der Öffentlichkeit oder Vorschriften in öffentlichen Schulen gemacht werden muss.

Es kann Ihnen niemand vorschreiben, dass Sie alle Leute lieben oder dass Sie den Islam gut finden. Aber eine freie und demokratische Gesellschaft muss dafür sorgen, dass man auch die Leute, die man nicht liebt, respektiert und sie auch entsprechend behandelt. Das ist keine Haltung des Herzens – sondern eine des Verstandes.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Ruf Lanz

Don Giovannis Life

Für Frauen, die ihr Glück nicht von einem Mann abhängig machen wollen: Individuelle Vorsorge- und Finanzberatung für ein selbstbestimmtes Leben.

SwissLife 

Das privilegierte Leben der Schweizer Frauen

Die Promotorinnen des Frauenstreiks vom 14. Juni zeichnen ein düsteres Bild vom Frausein hierzulande. Es ist – zum Glück – falsch. Schweizer Mädchen und Frauen haben heute alle Chancen und Möglichkeiten. Und einige gewichtige Vorteile. *Von Philipp Gut*



Den Schweizer Frauen ging es noch nie so gut wie heute. Trotzdem fühlen sich viele von ihnen benachteiligt und wollen auf die Strasse gehen, ja sogar streiken. Es ist paradox, aber offenbar gilt: Je emanzipierter eine gesellschaftliche Gruppe ist, desto lieber kapriziert sie sich auf die Opferrolle. Die Organisatorinnen des Frauenstreiks vom 14. Juni beklagen eine andauernde «Ungleichheit» und stellen einen bunten Katalog von Forderungen auf: Sie bekämpfen die Anhebung des Frauenrentenalters, verlangen «Lohnkontrollen und Sanktionen im Gleichstellungsgesetz», eine Arbeitszeitreduktion («weil wir bis zur Erschöpfung arbeiten»), «Wahlfreiheit in Fragen der Sexualität und der sexuellen Identität», ein «Bleiberecht» für Frauen im Asylverfahren etc. pp. Hinter diesen disparaten Forderungen – insgesamt neunzehn an der Zahl – stecken die Gewerkschaften, namentlich der Schweizer Gewerkschaftsbund (SGB), PVBP, Schweizer Syndikat Medienschaffender, Syna, Syndicom, Unia und VPOD. Auf der Website Frauenstreik2019.ch verkünden sie: «Frau kann am 14. Juni auf unzählige Arten mitmachen. Von Arbeitsniederlegungen über verlängerte Pausen am Arbeitsplatz, Koch- und Putzstreiks zu Hause, das Hängen von Fahnen und Besen aus den Fenstern bis zum Tragen symbolischer Frauen*streik-Zeichen – für alle Frauen ist etwas dabei.»

Tatsächlich entsteht der Eindruck, das Anliegen werde über die gewerkschaftlichen Zirkel hinaus gehört. Rechtzeitig stellten am Montag die FDP-Frauen vor den Medien in Bern eine «nationale Dachkampagne» gegen «Diskriminierung und Stigmatisierung der Frau» vor. Dass auch bürgerlich eingestellte Frauen und liberale Politikerinnen auf den Zug aufspringen, erstaunt, wenn man das der Aktion zugrundeliegende «Manifest für den feministischen Streik/Frauen*streik» genauer anschaut. «Wir sind auf die eine oder andere Art Sexismus, Diskriminierungen, Stereotypen und Gewalt ausgesetzt, am Arbeitsplatz, zuhause und auf der Strasse», heisst es darin. Die teilnehmenden Frauen wehrten sich «gegen jede Instrumentalisierung unserer Kämpfe, insbesondere für rassistische Ziele». Wer den Feminismus rassistisch nutzen will,

bleibt offen. Klar aber ist die linksorientierte Stossrichtung des Ganzen: Das Manifest geisselt den «Aufstieg der neoliberalen Politik» und, ganz generell, die «kapitalistische Ökonomie»: «Die Frauen* sind die ersten, die darunter leiden, als prekarierte Arbeitnehmerinnen, Migrantinnen oder auch als Mütter, die in vielen Fällen alleine für Haushalt und Kinder verantwortlich sind.» Kurzum: Das sechsseitige Papier erweckt den Anschein, als sei das Frausein in der Schweiz im Jahr zweitausendneunzehn nach Christi Geburt von Unrecht, Drangsal und permanentem Leidensdruck an allen Fronten gekennzeichnet.

Die Frage sei erlaubt: Widerspiegelt dieses Bild tatsächlich die Lebensrealität der angesprochenen Frauen? Warum so düster? Oder könnte es nicht sogar sein, dass die Mehrheit der Schweizerinnen – Ausnahmen gibt es selbstverständlich immer –, weit entfernt

Schweizer Frauen haben – wie keine Generation vor ihnen – die Freiheit der Wahl.

davon, systematisch benachteiligt zu sein, ein ziemlich privilegiertes Leben führt? Anzeichen und Argumente dafür gibt es einige, auch abgesehen vom offenkundigen Vorteil der Frauen, keinen Militärdienst leisten und im Ernstfall das Leben fürs Vaterland riskieren zu müssen.

Frau hat die Wahl — Eine der Hauptforderungen der neufeministischen Bewegung ist die Totalintegration der Frau in die Arbeitswelt. Zwar wird überall nach Teilzeitmodellen gerufen, die den spezifisch weiblichen Bedürfnissen entgegenkämen. Zugleich aber wird moniert, dass die Schweizer Frauen im internationalen Vergleich – und erst recht im Vergleich mit den Männern – weniger Vollzeitstellen besetzten. «Wir fordern eine deutliche Arbeitszeitverkürzung, um aus der Teilzeitfalle herauszukommen», heisst es im Frauenstreikmanifest. Aber ist es wirklich eine Falle? Es könnte auch einer der grössten Vorteile der Schweizer Frauen sein. Sie haben – wie keine Generation vor ihnen und anders als ihre Geschlechtsgenossinnen in weniger wohl-



Schweizer Frauen haben mehr vom Leben:

habenden Weltgegenden – die Freiheit der Wahl. Die meisten von ihnen können voll arbeiten, wenn sie wollen, aber sie müssen nicht. Männer können sich das oft weniger leisten. Von ihnen erwartet man, dass sie die Partnerin und erst recht die Familie ernähren. Von dieser Freiheit profitieren Frauen auch gerne, wenn sie Kinder kriegen. «Die Schweizerinnen nehmen sich, sobald sie Mütter werden, aus dem Rennen», schreibt die auf Geschlechterthemen spezialisierte NZZaS-Journalistin Nicole Althaus. «Sie können es sich leisten, wegen der Kinder kürzerzutreten oder eine Branche aus-



Frauenstreik, 1991.

zuwählen, in der tiefere Löhne gezahlt werden – weil sie davon ausgehen, dass sie nicht für Miete und Krankenkasse, sondern bloss für Ferien und ihre Schuhsammlung aufkommen müssen.» Diese Wahlfreiheit, bei der Frauen selbstverständlich die Unterstützung der Männer annehmen, sei «gleichstellungstheoretisch ein Fluch, alltagspraktisch aber ein grosses Privileg». Viele Frauen wissen es zu nutzen.

Längeres Leben — An diesem Punkt müssen wir ganz kurz philosophisch werden. Das

Wertvollste am Leben ist zweifellos das Leben selbst – und die Schweizer Frauen haben mehr davon. Zu den Zahlen und Fakten: Bei den Männern liegt die Lebenserwartung bei Geburt bei 81,4 Jahren, bei den Frauen bei 85,4. Das sind ganze vier Jahre mehr. Frauen leben nicht nur länger und gesünder als Männer, sie scheiden auch viel seltener freiwillig aus dem Leben. «Die Suizidrate der Männer ist insgesamt rund dreimal so hoch wie die der Frauen», weiss das Bundesamt für Statistik. Diese Verhältnisse finden sich auch in anderen europäischen Staaten, wobei die Schweizer sich –

Gleichstellung

Handfeste Nachteile

Auch für Männer gäbe es gute Gründe, am 14. Juni auf die Strasse zu gehen. Hier die wichtigsten.

Militärdienst — Bis heute betrifft die Militärdienstpflicht (und der Wehrpflichtersatz) alleine die Männer - dies mit dem Segen des Bundesgerichts, das die Ungleichbehandlung von Mann und Frau unter anderem mit physiologischen und biologischen Unterschieden rechtfertigt. Alle politischen Anläufe, die Frauen in die Gesamtverteidigung einzubinden, blieben bis anhin erfolglos. Als Frau ist man darüber nicht unglücklich, wengleich auch erstaunt, wie bereitwillig sich die Schweizer Männer mit ihrer Extrapflicht abfinden.

AHV und Witwenrente — Frauen erhalten heute mit 64 Jahren die AHV-Rente, ein Jahr früher als die Männer. Das Rentenalter-Privileg wird gerne mit der angeblichen Lohndiskriminierung der Frauen in Verbindung gebracht. Klar ist: Bei der AHV stehen die Frauen auf der Gewinnerseite: Sie bezahlen 34 Prozent der Beiträge an die AHV und beziehen 55 Prozent der Leistungen, die Männer bezahlen 66 Prozent und erhalten 45 Prozent (Jahr 2018). Zudem sind Frauen bei der Witwenrente deutlich bessergestellt als Witwer.

Lebenserwartung — Die Privilegierung beim Rentenalter ist aus Männersicht umso stossender, als die Frauen im Durchschnitt länger leben als sie selber. 65-jährige Frauen haben eine Lebenserwartung von 22,5 Jahren, bei den gleichaltrigen Männern sind es 19,7 Jahre (Jahr 2017). Ein Teil der Geschlechterdifferenz dürfte allerdings selbstverschuldet sein, so liegt etwa die Zahl der tabakbedingten Todesfälle bei Männern höher als bei Frauen.

Berufsunfälle — Von den fast 270 000 Berufsunfällen, die 2017 in der Schweiz zu verzeichnen waren, entfielen knapp 200 000 auf Männer, ein Grossteil der Verunfallten waren Bauarbeiter. Bei den beruflich bedingten Krankheitsfällen sieht das Verhältnis ähnlich aus. Männer sind also häufiger Führungskräfte als Frauen, handkehrum üben sie aber auch gefährlichere Berufe aus. Wer hat schon wieder in Tschernobyl und Fukushima aufgeräumt?

Katharina Fontana

Weibliche Perspektive

Womit beschäftigt sich das Fach «Gender Studies»? Studien aus den letzten Jahren.

«Verorten – verkörpern – verunsichern. Eine Geschlechtergeografie der Schweizer Sicherheits- und Friedenspolitik».

«Geschlechtergleichstellung durch Wirtschaftsnutzendiskurs? Eine qualitative Untersuchung (un)gleichheitsgenerierender Mechanismen in der Umsetzung des Schweizerischen Gleichstellungsgesetzes aus diskursiver und geschlechtersensibler Perspektive».

«Klimawandel und Gender. Zur Bedeutung von Intersektionalität für die soziale Vulnerabilität in überflutungsgefährdeten Gebieten».

«Weisse Fantasien von schwarzem Neid. Eine postkoloniale Affektstudie».

«Alpentunnel und Geschlecht. Forschungsseminar zur Geschlechterdimension der Tunnelbaustellen am Gotthard und Lötschberg: interdisziplinär, interuniversitär, regionenübergreifend».

«Nicht mehr männlich und weiblich ... ? Ekklesiologie und Geschlecht im ökumenischen Horizont».

«Das «Kindeswohl» im Rahmen von «Regenbogenfamilien»-Politiken».

«Frauen und Diaspora. Zur Konstitution weiblicher Subjektivität in der Diaspora am Beispiel der sino-helvetischen Autorin Zhao Shuxia».

«Das fundamentale Geschlecht. Überlegungen und Materialien zu einer begrifflichen Neubestimmung des weiblichen Menschen».

«Geschlecht, Macht, Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit».

«Kolonialität und Geschlecht im 20. Jahrhundert. Eine Geschichte der weissen Schweiz».

«Implizite Homosexualität und Sex-Gender-Ambivalenz in Konrad von Würzburgs «Trojanerkrieg»».

gemessen am EU-Durchschnitt – etwas weniger oft selber umbringen als ihre Geschlechtsgenossen. Auch für sie gibt es also *good news*.

Frauen erhalten mehr Geld vom Staat — Während die Pionierinnen der Frauenrechtsbewegung gegen reale rechtliche Benachteiligungen ankämpften, geht es den linken Promotorinnen des Frauenstreiks und ihren Sympathisantinnen aus allen Lagern heute darum, angeblich immer noch bestehende Benachteiligungen in sublimeren Sphären zu beseitigen. Die Frage ist nur, wo es solche gibt. «17 Jahre nach dem grossen Frauenstreik in der Schweiz ist es an der Zeit, in der Frage der Verteilung von Macht und Geld klare Fakten auf den Tisch zu legen», forderte die SP-Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi schon 2008. Urs Paul Engeler hat die Forderung damals in der *Weltwoche* aufgenommen und nachgerechnet. Sein Befund: Die von Bernasconi verlangte «geschlechterspezifische» Aufschlüsselung des Geldtransfers in Sozialwerken und Krankenkassen erweist sich als «feminines Eigentor». Jährlich fliessen zwischen fünfzehn und zwanzig Milliarden Franken von den Männern zu den Frauen. Am offensichtlichsten ist die Privilegierung der weiblichen Bevölkerung bei der AHV. Obwohl sie deutlich länger leben, dürfen Frauen noch immer ein Jahr früher in Rente gehen. Finanziell ist die AHV ein eindrückliches Umverteilungsprogramm von den Männern zu den Frauen (siehe Artikel S. 29).

In der Bildung sind Mädchen und Frauen vorn — Noch vor einer Generation war es hierzulande üblich, dass Mädchen bei der Bildung stark benachteiligt wurden. Wollte eine junge Frau Lehrerin, Ärztin oder Anwältin werden, hiess es schnell einmal: «Warum sollst du studieren? Du wirst eh heiraten und Kinder kriegen.» Die Drahtzieherinnen des Frauenstreiks behaupten, dies sei heute noch so («Die Schule ist ein Ausdruck der patriarchalischen Gesellschaft»).

Die Aussage zielt komplett an der Realität vorbei. Mädchen und junge Frauen dominieren seit Jahren an Gymnasien und Hochschulen. Das lässt sich messen: «Die Maturitätsquote der Frauen erreicht 44,9 Prozent, während sie für Männer mit 34,6 Prozent um 10 Punkte niedriger ist», schreiben die Bundesstatistiker. Auch bei den Abschlüssen an universitären Hochschulen haben die Frauen die Nase vorn, mit 52 Prozent bei den Bachelor- und 51 Prozent bei den Master-Abschlüssen. Auf Stufe Doktorat beträgt der Frauenanteil immer noch hohe 45 Prozent. Gewisse Fachrichtungen wie Angewandte Linguistik (80 Prozent), Gesundheit (86 Prozent) oder Sonderpädagogik (über 90 Prozent) sind beinahe ganz in Frauenhand. Dasselbe gilt für die Volksschulen. Der Jugendpsycho-

loge und Buchautor Allan Guggenbühl sieht die Mädchen im heutigen Schulsystem «nicht benachteiligt, im Gegenteil»: Es sei auf die besonderen Fähigkeiten von Mädchen zugeschnitten, etwa durch die starke Ausrichtung auf die Sprache. Auch könnten Mädchen besser «Beziehungen lesen». Das verschaffe ihnen den Vorteil, genauer zu erfassen, was die Lehrkräfte von ihnen wollten. Im Gegensatz zu Buben könnten Mädchen auch erfolgreiche Schulkarrieren hinlegen, wenn ihnen das «intrinsische Interesse am Stoff» fehle. «Dass Schülerinnen streiken, hat keinen Sinn», so Guggenbühl. «Warum sollten sie denn auf die Strasse gehen? Um ihre Privilegien abzuschaffen?»

Fördern, fördern, fördern — Es gibt wohl kaum einen Lebens- und Arbeitsbereich, wo die feministische Ideologie stärker Fuss gefasst hätte als an den Hochschulen und Universitäten. Diese tun aber so, als sei der gesellschaftliche Wandel und die erfolgreiche Bildungs Emanzipation, die den Mädchen und Frauen die Überholspur in die Akademie gebahnt haben, unbemerkt an ihnen vorbeigezogen. Jedenfalls gibt es nirgends mehr Frauenförderungsprogramme als an den Unis. Bleiben wir konkret und nehmen wir das Beispiel der Universität Zürich (UZH; in Bern oder Basel ist es nicht anders). Sie leistet sich eine Abteilung Gleichstellung und Diversität, führt regelmässig ein Gleichstellungsmonitoring durch und beschäftigt überdies eine Gleichstellungskommission. Verschiedene Stellen bieten Beratungen und Hilfeleistungen bei «Lohndiskriminierung» an. Nur: Eine solche gibt es gar nicht. Die Löhne an der UZH sind für Männer und Frauen völlig gleich, wie das vor drei Jahren durchgeführte «Aktionsplanprojekt: Forschungsausstattung, Sozialkapital und Gender an der UZH» ergeben hat. Die Studie, geleitet von der Soziologin Katja Rost (siehe Artikel Seite 50) und von Betriebsökonom David Seidl, wollte «vorhandene Ungleichheiten» aufdecken und deren Ursachen erforschen – fand aber nichts: «Es konnte ermittelt werden, dass es keine geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Löhnen und den Forschungskrediten der Professorinnen und Professoren an der Universität Zürich gibt», so das Resultat. «Wir waren überrascht», gaben die Studienautoren damals zu Protokoll. Zwar gibt es an der Uni Zürich – wissenschaftlich erwiesen – keine Geschlechterdiskriminierung, zumindest nicht zu Lasten der Frauen, aber die entsprechenden Verwaltungsstellen arbeiten munter weiter, als gäbe es sie. Man könnte darüber lachen, wenn der teure Leerlauf nicht mit Steuermillionen finanziert wäre.

In manchen Punkten, etwa bei Stellenausschreibungen, werden Frauen im akademischen Betrieb systematisch bevorzugt (oder «positiv diskriminiert»). Die Uni Linz in Österreich machte vor Jahren Schlagzeilen, als

sie reine «Frauenstellen» ausschrieb. Männliche Bewerber waren nicht zugelassen. So weit gehen allerdings die wenigsten. Verbreitet ist hingegen die Praxis, Inserate folgendermassen zu formulieren: «Frauen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Auf Wunsch kann eine Teilzeitbeschäftigung ermöglicht werden.» Unmittelbar darauf folgt häufig die Aussage, dass auch «schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber» eine Bevorzugung erfahren. Demselben Ziel dienen auch die Frauenbeauftragten der Universitäten, die heute praktisch bei jedem Berufungsverfahren dabei sind. An der Universität Bern wirkt «jeweils eine Vertretung der Abteilung für die Gleichstellung als BeobachterIn ohne

Ökonom Eichenberger: «Die Hausarbeit ist bevorzugt, denn sie wird nicht besteuert.»

Stimmrecht mit». Gemäss Anstellungsreglement kommt dazu noch «eine mit Gleichstellungs- und Genderaspekten betraute Person der Fakultät» hinzu. Einer breiteren Öffentlichkeit dürfte der Umstand, dass gleich zwei feministische Aufpasserinnen jedes Berufungsverfahren begleiten, kaum bekannt sein. Es mutet schon fast so skurril an wie bei Friedrich Dürrenmatt, der einst vom «Beobachten des Beobachters der Beobachter» geschrieben hatte.

Steuerfreie Hausarbeit — Eine weitere politische Forderung der Streikenden ist die Aufwertung und sozialversicherungstechnische Anerkennung der Hausarbeit. Der Freiburger Ökonom Reiner Eichenberger kann das nicht nachvollziehen: «Die Hausarbeit ist bevorzugt, denn sie wird nicht besteuert», sagt er. Dies führe zu einer «riesigen Verzerrung gegenüber Arbeit auf dem Arbeitsmarkt». Zu Ende gedacht, könne die Forderung nach staatlichem Zugriff auf die Hausarbeit dazu führen, dass nicht nur das Spaghetti-Kochen, sondern sogar der eheliche Sex bewertet werde. Schliesslich werde neuerdings bereits der gewerbliche Liebesdienst ins Bruttosozialprodukt eingerechnet. «Das wäre dann eine Wertschöpfung von beiden Seiten.»

Fazit: Ohne den Blick durch die lila Brille sind die Schweizer Frauen heute nicht nur nicht benachteiligt, sondern in entscheidenden Bereichen sogar privilegiert. Ihnen stehen alle Chancen und Möglichkeiten offen. Längst haben sie vormals den Männern vorbehaltenen Welten erobert, ohne dabei auf die Annehmlichkeiten der Galanterie verzichten zu müssen, wie etwa das Türeinaufhalten oder Begleichen der Rechnung in Bars und Restaurants. Zum Klagen besteht kein Grund. Der 14. Juni ist vielmehr ein Tag zum Feiern – für Frauen wie Männer. ○

Jugend

Wenn uns Männer nachpfeifen

Frauenstreik? Das klingt altbacken. Geht das uns 20-Jährige überhaupt etwas an?

Von Yaël Meier

Feminismus ist nur ein Hype», verkündete ein Freund, 22, kürzlich. Wir beide sassen zusammen mit einer Freundin und einem weiteren Freund zu viert bei mir zu Hause am Esstisch, vor uns je ein Glas Wein. Die daraufhin entfachte Diskussion verdeutlicht ziemlich akkurat, was eine Generation über die reichlich abgehandelte Feminismusdebatte denkt.

Der 22-Jährige ist ein Gegner der Bewegung. In der Schweiz seien wir bezüglich der Gleichberechtigung der Geschlechter an einem so fortgeschrittenen Punkt angelangt, dass die Frauenrechtsdebatte in diesem Ausmass unberechtigt sei. Feministinnen assoziiert er mit hypermaskulinen Frauen, die im Gespräch beinahe jedes Wort falsch auffassen. Wenn er an den Feminismus denkt, sieht er Schlagzeilen wie «Sexismus-Vorwürfe gegen den Sommerhit <079>» vor sich. Ausserdem, findet er, müssten Frauen nie den ersten Schritt machen und schafften es im Gegensatz zu Männern in jeden Klub rein, so dass es also durchaus Vorteile gebe, weiblich zur Welt gekommen zu sein. «Ganz ehrlich, euch Frauen geht's doch super in der Schweiz. Hört jetzt auf, so schwanger zu tun.»

Der zweite Gesprächspartner, 21, repräsentiert eine weitere Ansicht unserer Generation. Er ist gegenüber der Debatte total gleichgültig. Er denkt nur darüber nach, wenn er wie an dieser Tafel gerade in die Diskussion hineingezogen wird, sich dabei zurücklehnt und sich von den guten Argumenten beider Seiten überzeugen lässt.

Meine Freundin, 19, in der Runde kenne Feminismus vor allem aus den sozialen Medien. Seit das Model Emily Ratajowski mit seinem Aktivismus für Aufruhr gesorgt habe, habe sie sich dafür zu interessieren begonnen. Der Hintergrund dazu ist, dass die sich auf Instagram oft freizügig präsentierende Ratajowski sich für Frauenrechte einsetzt und ihr deshalb Pseudo-Engagement unterstellt wird. Meine Freundin redet sich in Fahrt, schliesslich habe niemand Frauen vorzuschreiben, wie sie sich und ihre Sexualität zu präsentieren hätten. Sie selbst sammle Zitate für Frauenrechte auf Instagram und folge einem Account, der unzensurierte Fotos von männlichen und weiblichen Brustwarzen pos-

tet, weil sie nicht einsehe, warum nur die weiblichen Nippel von der Plattform verbannt werden sollten. Ob ihre feministische Reise am Frauenstreik vorbeiführe, wisse sie nicht.

Selbstverständlich gleichgestellt

Feminismus ist wie philosophieren. Keine Meinung ist falsch, aber nur die eigene richtig – auch bei uns Jungen. Und von diesen gibt es wiederum so viele wie gesellschaftlich interessierte Jugendliche.



Autorin Meier.

Womöglich sind wir in der Schweiz beim Thema Gleichberechtigung viel weiter als in vielen anderen Teilen der Welt. Sollten wir uns nun aber mit einer beinahe gleichgestellten Schweiz zufriedengeben? Und woher kommen die Abneigung und die Gleichgültigkeit vieler gegenüber dem Feminismus?

Wenn ich im Ausgang, aber auch im Alltag die Strasse entlanglaufe und mir Männer nachpfeifen, zeigt das für mich, dass wir auch in der Schweiz nicht an dem Punkt der Gleichstellung angelangt sind, den wir noch erreichen wollen. Auch wenn ich in Alltagssituationen aufgrund meines Geschlechts bevormundet werde, sehe ich ein Problem in unserer Gesellschaft. Und am wütendsten macht es mich, wenn man mir nicht Gleiches zutraut, weil ich eine Frau bin.

Beim Frauenstreik geht es um Themen wie Lohngleichheit und das Ende sexueller Übergriffe. Dass wir darüber reden, zeigt, dass ein Problem da ist. Auch junge Leute erkennen dies, und ich finde mich oft in angeregten Diskussionen mit Freunden vor. Heute kann jeder und jede ein Feminist und eine Feministin sein.

Wir alle am Tisch betrachten Frauen und Männer als ebenbürtig. Mit der Selbstverständlichkeit, dass Frausein kein Hindernis darstellt, ist unsere Generation aufgewachsen. Möglicherweise machen sich junge Leute deshalb weniger Gedanken über die Gleichstellung, weil sie zwar in den jungen, aber nicht in allen Köpfen der Gesellschaft gefestigt ist. Es ist womöglich der Grund, weshalb mir meine Freundin gerade geschrieben hat: «Ich glaub', ich gehe doch zum Frauenstreik.»

Yaël Meier, 19, ist SchauspielerIn, SRF-MitarbeiterIn und *Blick*-RedaktorIn.

Das Gerechtere von der Lohndiskriminierung

Die Bundesverwaltung stellt einen Teil der Lohndifferenz zwischen Frau und Mann immer wieder als unerklärbar dar. Das fördert die Empörung über die angebliche Benachteiligung der Frauen. Genauere Zahlen zeigen: Die Vorwürfe sind haltlos. *Von Beat Gygi*



Zum Glück hat der Frauenstreik nicht vor dem 22. Februar stattgefunden, sonst hätten die Frauen quasi in ihrer unbezahlten Zeit einen Tag fürs Streiken einsetzen müssen, die Aktion wäre auf ihre eigenen Kosten gegangen. Wie kommt man auf dieses Datum und zu diesem Schluss? Stichwort ist der sogenannte Equal Pay Day, ein internationaler Aktionstag, der vor Augen führen soll, wie gross die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern ist, wenn man Geld in Zeit umrechnet. Nach den Darlegungen der Frauenorganisationen Business and Professional Women (BPW) sowie AllianceF beträgt die Lohndifferenz zwischen Frau und Mann in der Schweizer Wirtschaft gemäss Daten des Bundes 14,6 Prozent – oder eben, in Zeit ausgedrückt, 37 Arbeitstage, bezogen auf ein Jahrespensum. Diese Situation sei so, wie wenn die Frauen im laufenden Jahr vom 1. Januar bis zum 22. Februar gratis arbeiten und erst danach bezahlt werden würden, wogegen die Männer durchgehend den vollen Lohn erhielten. In Österreich fiel der Equal Pay Day dieses Jahr auf den 26. Februar, in Deutschland auf den 18. März.

Bundesverwaltung als Verbündete

Die Interpretation der Lohndifferenz zwischen Frau und Mann ist eine zentrale Kampfzone in der Geschlechterdebatte. Die Empörung über ungleiche Löhne und der Vorwurf der Diskriminierung gehören zu den Emotionen, die Bewegungen wie den Frauenstreik antreiben. Die Business and Professional Women setzen voll auf Angriff und stufen den beobachteten Lohnunterschied im Prinzip zu 100 Prozent als Diskriminierung der Frauen ein, nach dem Motto: Jeder Unterschied ist schlecht. Schaut man die Lohnstrukturerhebung 2016 des Bundes an, könnte diese Argumentation sogar noch einen Zacken schärfer sein, denn beim Durchschnittslohn pro Vollzeitstelle ist die Kluft sogar noch etwas grösser als beim Medianwert, der für den Equal Pay Day herangezogen wird. Beim Medianwert liegt die eine Hälfte der Personen darunter und die andere darüber, sehr hohe Löhne wiegen so weniger. Beim durchschnittlichen Bruttomonatslohn machte die Differenz für eine Vollzeitstelle laut Lohnstrukturerhebung 2016 gar 18,3 Prozent aus; Männer erhielten 7946 Franken, Frauen 6491 Franken, die Differenz war 1455 Franken.

Die Bundesverwaltung zählt in der Diskriminierungsdebatte zu den wichtigsten Verbün-



Sympathie in höchsten Stellen: Bundesrätin Sommaruga beim Besuch einer Schoggi-Fabrik.

deten der Frauenbewegungen, vor allem mit dem von Sylvie Durrer geführten Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, aber auch mit einigen anderen Stellen. «Die Lohnabrechnung der Frauen ist im Durchschnitt jeden Monat um 1455 Franken tiefer als jene der Männer», heisst es beim Gleichstellungsbüro zur Einführung in die offizielle Dokumentation über Lohngleichheit in der Schweiz. Das tönt nüchtern, sogleich wird aber emotionaler Treibstoff beigefügt: Nur 56 Prozent dieses Unterschieds seien er-

klärbar durch objektiv feststellbare Einflussfaktoren wie berufliche Stellung, Dienstjahre oder Ausbildungsniveau, schreibt die Bundesinstanz und fügt an: «44 Prozent des Lohnunterschieds können nicht erklärt werden und enthalten eine potenzielle Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechts.»

Damit wären rund 8 Prozent Lohnunterschied dem Verdacht auf Diskriminierung der Frauen ausgesetzt. Die entsprechende These, die Frauen erhielten systematisch weniger Lohn, weil sie Frauen seien, wird von der Bun-

desverwaltung also teilweise gestützt. Dabei ist das bereits eine revidierte Haltung der Behörden. Früher hatte der Bund noch militantere feministische Positionen vertreten. Im Sommer 2013 hatte das Gleichstellungsbüro mit totaler Bestimmtheit geschrieben: «Der nicht erklärte Teil ist auf eine Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechts zurückzuführen. Diese Lohndiskriminierung widerspricht der Bundesverfassung und verletzt das Gesetz.» Dieser Tonfall schlug damals auch durch bei den Formulierungen des Bundesamts für Statistik, das eigentlich objektiv über Sachverhalte orientieren und den Informationen nicht einen politischen Drall verleihen sollte. Erst nach längerer Gegenwehr aus der Wirtschaft wurden ab 2014 die Formulierungen der Statistiker insofern nüchterner, als der «unerklärte» Teil der Lohndifferenzen jetzt nur noch «potenziell» eine Diskriminierung der Frauen darstellt.

Die Diskriminierungsthese findet weiterhin Sympathie auch in höchsten Stellen der Verwaltung, etwa bei Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die immer wieder die 7 bis 8 Prozent Lohndifferenz zur Sprache bringt, wenn sie andeuten will, die Wirtschaft benachteilige die Frauen am Arbeitsplatz und müsse deshalb strenger reguliert werden. Die jüngste Gelegenheit ergab sich Ende 2018, als das Parlament beschloss, die grösseren Firmen zur obligatorischen Messung und Meldung der Lohndifferenzen zu verpflichten. Die Nationalrätinnen Martina Munz (SP) und Aline Trede (Grüne) kritisierten die systematische Diskriminierung der Frauen.

Gegen die eigenen Interessen

Wie gelangt der Bund überhaupt zum Befund, dass nur etwa 10 Prozent Lohnunterschied «erklärbar», fast 8 Prozent jedoch «nicht erklärbar» seien? Das geht so: Die staatlichen Statistiker untersuchen mit statistischen Methoden, wie weit objektiv erfassbare Einflüsse zur Erklärung der Lohndifferenz dienen können. Folgende Einflussgrössen wurden identifiziert: ausgeübter Beruf einer Person und deren Kompetenzniveau, Dienstjahre und Alter, berufliche Stellung in der Firmenhierarchie, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Grossregion und einer bestimmten Wirtschaftsbranche sowie Unternehmensgrösse.

Ausser Acht blieben dabei weitere Faktoren, die für die Qualifikation einer Person aus Sicht des Arbeitgebers sehr wesentlich sein können, so etwa die tatsächliche Berufserfahrung. In den Modellen des Bundes werden nur Alter und Dienstalter als Indiz dafür herangezogen. Eine 45-jährige Ingenieurin mit zehn Jahren Berufstätigkeit und zehn Jahren Berufsunter-

bruch wäre gemäss Modell also einem vierzigjährigen Ingenieur mit fünfzehn Jahren ununterbrochener Berufserfahrung überlegen. Jeder Chef aus der Wirtschaft sagt in diesem Zusammenhang sogleich, dass die Zeitskala kein brauchbarer Massstab für Erfahrung sei. Unterbrüche in der Erwerbstätigkeit sind in der Realität besonders relevant, im Bundes-



Sylvie Durrer.



Aline Trede.



Martina Munz.

modell aber nicht berücksichtigt. Eine 45-jährige Person wird gleich bewertet, ob sie nun bis dahin durchgearbeitet oder eine Kinderpause von einigen Jahren gehabt hat.

Ausgeblendet werden auch Arbeitszeitmodelle, die mehr oder weniger Freiheit in der Zeitgestaltung erlauben, des Weiteren die Frage, welche Ausbildungsabschlüsse in welchen

Seit den 1980er Jahren sind die Löhne der Frauen um rund 50 Prozent gestiegen.

Fächern vorliegen, welche Weiterbildungen und welche sogenannten Soft Skills wie Fremdsprachen, IT-Kenntnisse oder psychologische Eigenschaften mitgebracht werden. Noch schwieriger wird es für eine statistisch-schematische Lohnbeurteilung, wenn die Übernahme von mehr oder weniger Verantwortung, das Verhalten der Mitarbeiter im Arbeitsalltag, die individuelle Risikoneigung, die Leistungsbereitschaft oder das Auftreten bei der Stellensuche und in Lohnverhandlungen zur Diskussion stehen.

All das weist darauf hin, dass der sogenannte unerklärte Teil der Lohndifferenz durchaus erklärt werden kann, wenn die Dutzende von lohnrelevanten Facetten berücksichtigt werden. So hat der Branchenverband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, Swissmem, mit einer Beratungsfirma ein eigenes Beurteilungssystem eingerichtet, in dem 86 000 Löhne in 300 Unternehmen auf Geschlechterdifferenzen hin untersucht werden. Pro Arbeitsverhältnis werden 26 Einflussgrössen berücksichtigt, und laut den Angaben liegt die «nicht erklärbare» Lohndifferenz zwischen Frau und Mann bei rund 2 Prozent. Auch andere Untersuchungen kommen auf Quoten unter 5 Prozent.

Damit kommt man mit einer sorgfältigen Aufschlüsselung der Löhne grundsätzlich zum gleichen Schluss, wie wenn man ganz einfach aus der wirtschaftlichen Vernunft heraus argumentiert: Es kann nicht sein, dass in einer markt- und wettbewerbsorientierten Wirtschaft die Löhne weiblicher Mitarbeiterinnen systematisch und ohne stichhaltige Begründung niedriger sind als die der männlichen Mitarbeiter für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Die Arbeitgeber, die Eigentümer der Firmen würden ihre eigenen Interessen verletzen, wenn sie akzeptierten würden, dass Frauen allein wegen ihres Geschlechts gedrückte Löhne haben. Sofort wären sie daran interessiert, Arbeitnehmerinnen anzustellen, da diese ja gleiche oder gleichwertige Arbeit günstiger erledigen würden als

die relativ hoch bezahlten Männer. Oder anders ausgedrückt: Männern einen zu hohen Lohn zu zahlen, würde die Firma mit der Zeit ruinieren. Der Arbeitsmarkt wirkt automatisch so, dass sich eine Lohnangleichung zwischen Frau und Mann ergibt – wenn wirklich die gleiche Arbeit geleistet wird, wenn die Produktivität gleich ist. Diskriminierung nach Geschlecht würde nicht nur Verfassungsartikel und Gesetze verletzen, sondern auch den gesunden Menschenverstand. Die Lohnentwicklung passt ins Bild: Seit den 1980er Jahren sind die Löhne der Frauen um rund 50 Prozent gestiegen, die der Männer um etwa 30 Prozent.

Hauptverdiener und Innenminister

Das heisst nicht, dass die Lohndifferenzen verschwinden werden, denn die Wahl von Ausbildung, Beschäftigung und Karriere ist durch persönliche Vorlieben, die Arbeitsteilung in der Familie, Wertvorstellungen und gesellschaftliche Traditionen geprägt und geschieht freiwillig. Die Rollenverteilung in der Familie mit einem Partner als Hauptverdiener und dem andern als Innenminister und allenfalls Zuverdiener dient nach wie vor etwa drei Vierteln der Haushalte als Orientierung. Das heisst aber auch, dass der Vorwurf der Gegenseite laut bleiben wird: Die Lohndifferenzen seien eine Diskriminierung, da die Rollenwahl nicht einfach freien privaten Entscheiden folge, und deshalb politisch zu flankieren sei. Als das Parlament Ende 2018 beschloss, dass grössere Unternehmen obligatorisch Tests auf Lohngleichheit durchführen müssten, wurde das bundeseigene Programm Logib als Messinstrument stark empfohlen. Dessen Analyse ist derart grob, dass immer ein beträchtlicher Teil der Lohndifferenz «unerklärt» bleiben wird, was Treibstoff für die Diskriminierungsbekämpfer ist. ○



«Lieber Lohnleichheit als ein Sternchen»: Politikerin Fetz.

«Ladys, wir machen das zusammen»

Als junge Feministin bekam Anita Fetz von SP-Präsident Helmut Hubacher eine Ohrfeige. Seither hat sich viel getan: Die Gleichberechtigung ist gesetzlich verankert, Fetz längst Ständerätin. Jungen Frauen empfiehlt sie trotzdem: Kämpft knallhart! *Von Erik Ebnetter*



Anita Fetz ist mit schwerem Gepäck aus Bern nach Basel zurückgereist. In einem Rollkoffer transportiert sie amtliche Akten, die so vertraulich sind, dass sie nicht elektronisch verschickt werden dürfen. Fetz, einst in der linksalternativen Poch aktiv, gilt heute als gemässigte Sozialdemokratin und sitzt seit 2003 für Basel-Stadt im Ständerat. Im Hotel «Euler», gleich beim Bahnhof, erzählt sie, wie sie von der feministischen Aktivistin zur staatstragenden Politikerin wurde – und weshalb es wieder einen Frauenstreik braucht.

Frau Fetz, was machen Sie am 14. Juni 2019?

Wir haben eigentlich Session, aber an diesem Tag behandeln wir kein Geschäft. Das habe ich eben erfahren. Ich bleibe deshalb in Basel und beteilige mich am Streik.

Waren Sie 1991 schon beim ersten Frauenstreik dabei?

Natürlich, mit meiner ganzen Firma. Wir waren damals ein neunköpfiges Team, darunter zwei Männer. Wir gingen zusammen zu den Aktionen in der Stadt, und weil es im Programm eine Lücke gab, organisierte ich spontan eine Führung zu den Orten, die für die neue Frauenbewegung wichtig waren.

Wie wurden Sie zur Feministin?

Eigentlich schon als Mädchen in der katholischen Kirche. Ich durfte nicht ministrieren, was ich nicht verstehen konnte. Ich bin mit zwei Schwestern aufgewachsen, und wir kannten das nicht: dass etwas nicht möglich sein soll, nur weil man ein Mädchen ist. Später zogen wir von Basel-Stadt nach Baselland, und das war wie ein Kulturschock für mich. Der Lehrplan war anders, die ganze Stimmung konservativer. Die Mädchen durften in der Schule zum Beispiel keine Hosen tragen, sondern nur Röcke.

Und Sie haben sich geweigert?

Anfänglich dachte ich nicht weiter darüber nach. Ich trug gerne Röcke. Aber eines Tages kam ein Mädchen mit Hosen in die Schule. Es war neu bei uns und wurde vom Lehrer nach Hause geschickt, um sich umzuziehen – so erfuhr ich von dem Verbot. Ich war empört. Meine Freundinnen und ich gingen dann demonstrativ mit Hosen in die Schule, und die Schulleitung lenkte ein.

Das ging so schnell?

Man konnte dieses Verbot einfach nicht mehr verteidigen. Das war völlig aus der Zeit gefallen, auch die Eltern unterstützten uns.

Sind Sie politisch stark von Ihrem Elternhaus geprägt?

Nein, auch nicht negativ. Meine Eltern hatten ein Radio- und TV-Geschäft, wobei mein Vater für das Technische und meine Mutter für das Kaufmännische zuständig war. In meiner Familie haben die Frauen immer gearbeitet, auch die Grossmütter.

Als Gewerbler waren Ihre Eltern wahrscheinlich bürgerlich.

Mein Vater war eher anarcho-liberal. Er war auch nicht im Gewerbeverband, sondern schimpfte über den Filz dort. Ein Linker war er trotzdem nicht. Was ich von ihm übernommen habe, ist das Praktische.

Sie waren nicht von Theorie geprägt wie viele junge Linke damals?

Sie meinen Marx und die Frage nach dem Nebenwiderspruch? Nein, das hat mich wenig interessiert. Das war auch in den meisten linken Organisationen schnell vorbei. Wir Frauen stellten lieber intern die Machtfrage. Es ist kein Zufall, dass Frauen in linken und grünen Parteien im Parlament sehr gut vertreten sind.

Gab es damals in der Linken wirklich so viele Machos, wie es heute rückblickend heisst?

Aber natürlich! Und das war anstrengend für uns Frauen. Wir mussten lernen, uns durchzusetzen. Wir haben das richtig trainiert.

Wie denn?

Wir machten Rollenspiele und lernten mit der Zeit, wie man eine Gruppe beeinflusst:

«Ich kam zum Nationalratsmandat wie die Jungfrau zum Kind.»

indem man eben nicht in einer Ecke zusammensitzt, sondern sich im Raum verteilt und sich in den Voten aufeinander bezieht und gegenseitig unterstützt. Und wir lernten, wie wichtig es ist, sich zu vernetzen und eigene Aktionen durchzuziehen.

Erinnern Sie sich an eine bestimmte Aktion?

Das bekannteste Beispiel ist der 1. Mai 1980. Wir durften nicht an der Kundgebung sprechen, obschon der Frauenblock im Umzug fast der grösste war. Ich war wild entschlossen, eine Rede zu halten, und das ging nur,

wenn wir das Podium stürmten. Weil ich fand, wir Mittelstandsfrauen der Frauenbewegung seien zu wenig schlagkräftig, ging ich zu den Sponti-Frauen und sagte ihnen: «Ladys, wir machen das zusammen.» Helmut Hubacher und die ganze Gewerkschafts-Corona wollten das natürlich verhindern. Ich bekam im Handgemenge eine Ohrfeige, ich glaube sogar von Hubacher, aber am Schluss konnte ich meine Rede halten.

SP-Präsident Hubacher verpasste Ihnen eine Ohrfeige?

Oder einen Box, ich weiss es nicht mehr genau.

Wenn Christian Levrat heute Tamara Funciello schlagen würde, wäre er morgen nicht mehr SP-Präsident.

Es hat sich zum Glück viel verändert. Die Gewerkschaften waren damals eine Macho-Truppe. Aber wie gesagt, das war gar nicht schlecht, denn so lernten wir, uns durchzusetzen. Helmut Hubacher förderte mich später übrigens stark. Ich verdanke ihm viel.

Zuerst gingen Sie aber in die Poch, die links von der SP politisierte.

1983 kandidierte ich für den Nationalrat. Da ich in Basel schon ziemlich bekannt war, landete ich auf dem Ersatzplatz. Und weil Ruth Mascarin zwei Jahre später zurücktrat, konnte ich nachrutschen, was ich nie erwartet hatte. Ich kam zum Nationalratsmandat wie die Jungfrau zum Kind. Und man bearbeitete mich, das Amt nicht anzutreten.

Warum?

Einige Männer sagten mir, ich sei noch zu jung, aber sie wollten wohl selber nach Bern. Und sie bewirkten damit genau das Gegenteil. Ich war selber unsicher, ob ich das kann. Ich hatte erst gerade die Uni abgeschlossen und wollte eigentlich Berufserfahrung sammeln. Aber je mehr mich die Typen bearbeiteten, desto klarer war für mich, dass ich das Amt annehmen würde. Als Erstes verlor ich dann meine Praktikumsstelle.

Weil Sie in die Politik gingen?

Weil ich in der Poch war. Mein Chef fand, ein linkes Aushängeschild wie die Fetz könne man sich nicht leisten. Es war Kalter Krieg, da gab es nur zwei Optionen: sich anpassen oder «Moskau einfach». Ich machte mich dann mit einer Kollegin selbständig. Wir gründeten eine Beratungsfirma für Personalentwicklung und Frauenförderung. Dafür

brauchte ich einen Kredit, denn ich hatte ja kein Geld.

Sie hatten doch eine Entschädigung für das Nationalratsmandat.

Aber davon musste ich 80 Prozent an die Partei abgeben. Das war auch richtig, denn anders kann sich eine kleine Partei nicht finanzieren. Und ich konnte so auch nicht in Versuchung geraten, von der Politik zu leben. Ich musste mir also überlegen, wie ich zu Geld komme, um die Firma zu gründen. Bei den Banken konnte ich es vergessen. Ich fragte deshalb meinen Vater, und dieses Gespräch werde ich nie vergessen.

Erzählen Sie.

Als Erstes sagte er mir: «*Los emol*, dich hätte ich also auch rausgeworfen. Eine solche *Schnurre*, wie du sie hast, das erträgt kein Chef.» Ich sagte ihm: «Du bist aber ein *räuser* Vater.» Er fuhr dazwischen: «*Nüt!* Was willst du?» Ich sagte ihm, ich brauche 30 000 Franken. Er studierte meinen Businessplan. Nach zäher Verhandlung landeten wir bei zwei Prozentpunkten unter dem Bankenzins. Danach sagte er mir: «Das war jetzt Lektion Nummer eins. Wenn du dich selbständig machen willst, musst du verhandeln können. Darum habe ich dich so hart rangenommen.» Im Nachhinein fand ich das stark.

Ein paar Jahre später traten Sie als Nationalrätin zurück. Wie kam es dazu?

Wenn Sie eine Firma aufbauen und nebenher im Nationalrat sind, arbeiten Sie

«*Gopfriedli*, jetzt muss ich mich auch noch für die Ehe einsetzen – das interessiert mich ja gar nicht.»

sieben Tage die Woche. Eines Nachts wachte ich auf und dachte: Ich will wieder mehr leben. Da beschloss ich, das Amt aufzugeben.

Und was hat Sie später in die Politik zurückgezogen?

Ich bin ein Herausforderungsmensch. Die Firma lief super, ich verdiente gut, und ich fand, es müsse etwas Neues kommen. Ich wollte nicht die nächsten zwanzig Jahre gleich weitermachen. Es gab zwei Möglichkeiten: Ich gehe wieder in die Politik, oder ich eröffne im Ausland einen Ableger. Es wurde dann die Politik.

1997, ungefähr zu dem Zeitpunkt, als Sie in die Politik zurückkehrten, sagten Sie in einem Interview: «Diese Woche ist das Gleichstellungsgesetz in Kraft getreten – ein wirklich grosser Erfolg unserer Generation. Wir waren von A bis Z daran beteiligt, vom Sammeln der Unterschriften bis zur Umsetzung im Parlament. Doch welche Ziele kann die Frauenbewegung in der <offiziellen> Gleichstellungsdebatte

in Zukunft noch verfolgen? Heute geht es in die Detailfragen, um das hartnäckige Umsetzen des Gleichstellungsgesetzes vor Ort, Schritt für Schritt.»

Das ist ja geradezu prophetisch!
Seither sind mehr als zwanzig Jahre vergangen...

...und es hat sich genau so entwickelt. Als wir antraten, kämpften wir noch gegen gesetzliche Ungleichheiten. Ich war schon dreissig, als das Eherecht endlich reformiert wurde. *Gopfriedli*, dachte ich, jetzt muss ich mich auch noch für die Ehe einsetzen – das interessiert mich ja gar nicht. Aber das war so ungerecht. Die Frau war praktisch das Eigentum des Mannes.

Und wie lief es mit dem «hartnäckigen Umsetzen des Gleichstellungsgesetzes vor Ort»?

Ein paar wichtige feministische Ziele konnten verwirklicht werden: Wir haben heute eine Mutterschaftsversicherung, es gibt Betreuungsgutschriften in der AHV und mehr Lohngleichheit, die Frauen zahlen nicht mehr höhere Krankenkassenprämien, die Abtreibung ist legalisiert und die Vergewaltigung in der Ehe eine Straftat, es sind Häuser für geschlagene Frauen entstanden, viel mehr Kindertagesstätten und anderes mehr.

Gibt es denn noch gesetzliche Ungleichheiten?

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für viele Frauen immer noch ein Problem. Und es herrscht noch keine volle Lohngleichheit.

Wenn das stimmt, ist das aber keine Frage der gesetzlichen Ungleichbehandlung.

Der Vollzug, wie man so schön sagt, funktioniert nicht. Es gibt zudem eine unbewusste Wahrnehmungsverzerrung. Das ist inzwischen sehr gut untersucht, aber in der Öffentlichkeit praktisch unbekannt. Kennen Sie das John-and-Jane-Experiment?

Nein.

Studentinnen und Studenten mussten eine Führungsposition besetzen. Sie erhielten dafür zwei Bewerbungen, haargenau gleich bis auf das letzte Komma – nur die Namen waren anders: einmal John, einmal Jane. Die Mehrheit der Studenten, aber auch die Mehrheit der Studentinnen trauten John diese Führungsposition eher zu. Das hat man inzwischen in fast allen Branchen und in ganz vielen Ländern untersucht. Und das Ergebnis ist fast immer dasselbe.

Was schliessen Sie daraus?

Dass wir es mit verinnerlichten Rollenbildern zu tun haben. Unbewusst bewerten wir gleichwertige Leistungen von Frauen weniger gut. Das kann man nicht einfach per Gesetz verbieten.

Ist Streik das richtige Mittel, wenn es darum geht, gesellschaftliches Umdenken anzustossen?

Ich bin überzeugt, dass der Frauenstreik von 1991 wichtig war, um frauenpolitische Forderungen durchzusetzen. Der Streik mobilisierte eine halbe Million Frauen und bewirkte einen Energieschub für die nächsten zehn, fünfzehn Jahre. Er motivierte viele, sich weiter zu engagieren, auch beim Marsch durch die Institutionen. Man darf nicht unterschätzen, wie viel Kraft das braucht, wenn man immer wieder für dieselben Sachen kämpfen muss.

Heute treten Frauen anders auf. Auf den Flyern für den Streik steht «Frauen*streik».

Ich sage gerne: Gebt dieses Sternchen den Männern. Wenn ich es richtig verstehe, bezeichnet es alle Personen, die irgendwie

«Am Schluss soll jede Generation machen, was sie für richtig hält.»

vom Patriarchat unterdrückt werden. Für die Frauen gibt es aber noch genug zu tun. Lieber Lohngleichheit als ein Sternchen.

Sie sind noch eine klassische Materialistin?

Ich bin einfach eher für die praktische Dimension. Aber wenn ich finde, etwas sei ungerecht, kann ich *hardcore* sein. Ich will den Jungen das Sternchen nicht vorwerfen. Am Schluss soll jede Generation machen, was sie für richtig hält.

Wo müssen denn die Frauen noch *hardcore* sein?

Bei der Vereinbarkeitsfrage, bei der Lohnfrage – oder beim Steuersystem. Ich weiss aber inzwischen, dass man für grosse Würfe einen historisch günstigen Moment braucht. Vielleicht gibt es diesen Moment jetzt, aber ich gehe nicht mehr voraus. Das wäre auch nicht richtig. Jetzt sind die Jungen dran.

Ihre politische Karriere startete mit der Frauenbewegung. Jetzt, pünktlich zum zweiten Frauenstreik, ziehen Sie sich aus der nationalen Politik zurück. Schliesst sich da ein Kreis?

Das habe ich mir so nie überlegt. Es ist ein schöner Zufall.

Sie sind nicht die einzige Frau, die im Herbst aus dem Ständerat zurücktritt. Fürchten Sie, der Einfluss der Frauen im Parlament könnte abnehmen?

Ich bin zuversichtlich, dass der Anteil der Frauen im Ständerat nicht zurückgeht. Und ich bin überzeugt, dass es im Nationalrat eine Frauenwelle geben wird.

Wie jüngst in Zürich bei den Kantonsratswahlen?

Ich spüre das, es liegt in der Luft. Das war bei der Frauenbewegung immer so: zwei Schritte vor, einen zurück, zwei vor, einen zurück. Das geht in Wellen. Und ich kann eigentlich nur sagen: Frauen, jetzt ist eure Zeit! Legt los! Legt wieder los!

Ein akademischer Streik

Wer genau alles am Frauenstreik teilnehmen wird, kann niemand voraussagen. Es gibt aber Indizien dafür, dass es vor allem eine akademische Elite mit sitzenden Tätigkeiten sein wird. Von Claudia Wirz



«Frauenstreik»? Der Begriff entlockt Nicole Geisser ein herzhaftes Lachen. «Noch nicht einmal für einen Gedanken daran habe ich übrige Zeit.» Die junge Frau steht kurz vor dem Abschluss ihrer dreijährigen Lehre. Sie «macht Metzger», wie es im Jargon der Berufsschule heisst, und hat schon mehr erreicht als manche Gleichaltrigen vom Gymnasium. Die Metzgerei Berwert AG in Oberurnen im Kanton Glarus, ihre Arbeitgeberin, ist nämlich nicht nur für ihre Feinkostspezialitäten, sondern auch für ihre vorbildliche Lehrlingsausbildung bekannt.

Der Sinn für handwerkliche Exzellenz hat sich auf Nicole Geisser übertragen. Sie will nicht nur nach Noten, sondern auch nach ihrer Hände Arbeit beurteilt werden. So hat sie das Gymnasium abgebrochen, um eine Lehre als Metzgerin zu machen. Mit ihrer Könnerschaft im Fleischplattenlegen – der Königsdisziplin in ihrem Fachgebiet – schaffte sie es schon mehrfach bei Meisterschaften aufs Podest. Zuletzt erreichte sie an den Schweizer Meisterschaften im Rahmen der «Swiss Skills» den zweiten Platz. Jetzt steht die Qualifikation für die Europameisterschaft an.

Leistung statt Streik

Nicole Geisser ist eine couragierte junge Frau. Auch sie findet es inakzeptabel, wenn Frauen für gleichwertige Arbeit weniger Lohn erhalten als Männer. Aber muss man deswegen mit Trillerpfeife und Pussyhat auf die Strasse? «Ich mache lieber mit positiven Nachrichten auf mich aufmerksam als mit destruktiven Aktionen», sagt sie. Dem Anspruch auf Lohngleichheit verleiht sie durch Leistung Nachdruck und nicht durch Streik. «Im Handwerk zählt die Leistung, ganz gleich, ob Mann oder Frau.» Echte Anerkennung kann man eben nur erarbeiten, nicht erjammern.

Anders erscheint die Gemütslage in der Bundesverwaltung. Hier, wo die Löhne ansehnlich und die Akademiker zahlreich sind, kann es zur grössten Herausforderung des Arbeitstags werden, die langen Stunden bis zum Feierabend mit Nichtstun durchzuhalten. Das ist nicht eine böswillige Unterstellung der

Schreibenden, sondern eine kurze Wiedergabe der Schilderungen von einer, die es wissen muss. Die heute freischaffende Autorin Sibylle Stillhart erzählt in ihrem neuen Büchlein «Schluss mit gratis», wie sie ihre Tage als Kommunikationsbeauftragte beim Bund zubrachte. Es gab nichts zu tun, auch nicht für ihre Juristen- und Ökonomenkollegen, die alle nur so taten, als seien sie geschäftig. Mit langweiligen Sitzungen, Ferienplanungen, Zeitunglesen,



Gutbezahlte Arbeitslosigkeit: Autorin Stillhart.

Internetsurfen und Kaffeepausen brachte man die leeren Stunden hinter sich.

Der Ordnung halber schämt sich die Autorin fast ein wenig, dass sie viel mehr verdiente als ihre Putzfrau, der sie gerade einmal 30 Franken pro Stunde bezahlt. Doch das war's

Es ist schon starker Tobak, wenn sich Frauen in privilegierten Positionen besonders diskriminiert fühlen.

dann auch mit dem klassenkämpferischen Gerechtigkeitssinn. Die Autorin war ganz froh über ihre gutbezahlte Arbeitslosigkeit. In den ruhigen Bürostunden hatte die mehrfache Mutter Zeit, um sich zu erholen und sich darüber zu echauffieren, dass ihr der Staat für die viel anstrengendere Familien-

arbeit keinen Hausfrauen- und Mutterlohn bezahlt. Schliesslich sei das doch ein grosser Dienst an der Gesellschaft.

Wütende Studentinnen

Es kommt nicht von ungefähr, dass der linksintellektuelle Limmat-Verlag Stillharts Streitschrift mitsamt einschlägiger Etikettierung justament zum Frauenstreik herausgibt. Linksintellektuelle Frauen in privilegierten

Positionen dürften es auch sein, die sich am meisten von den Ideen des Frauenstreiks angezogen fühlen. Auf einschlägigen sozialen Plattformen wimmelt es nur so von wütenden Studentinnen, Akademikerinnen und Medienfrauen, die im Chor ihre mannigfaltigen Diskriminierungserfahrungen beklagen.

Unter anderem wird am 14. Juni an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern gestreikt. Man fordert nichts weniger als «die Beseitigung von Unterdrückung und Ausbeutung», man will «gerechte und sichere Arbeitsverhältnisse an der Universität», einen «Lehrstuhl für Gender Legal Studies» und Quoten bei Professuren. An der Universität Zürich tönt es nicht anders. «Wir wollen selbst über unser Leben bestimmen», zitiert die *Zürcher Studierendenzeitung* aus dem «offiziellen Manifest», als ob auch nur irgendjemand gezwungen wäre, an der Universität auf Kosten der Allgemeinheit zu studieren.

Dass auch der vermeintlich gutbürgerliche Schweizerische Katholische Frauenbund (SKF) beim Streik mitmacht, verwundert nur auf den ersten Blick. Bürgerlich ist der SKF schon lange nicht mehr; mit einer ehemaligen VPOD-Sekretärin und einer Amnesty-International-Aktivistin als Geschäftsführerinnen im Jobsharing hat er längst einen parteipolitischen Einschlag.

Es ist schon starker Tobak, wenn sich ausgerechnet Frauen in privilegierten akademischen Positionen besonders diskriminiert fühlen. Was machen eigentlich die Metzgerinnen, wenn die Studentinnen streiken? «Wir glauben nicht, dass unsere Frauen da mitmachen», heisst es beim Fleischfachverband. Nicole Geisser jedenfalls wird arbeiten. «Wir haben zu tun. Denn auch an diesem Tag haben die Leute Hunger.» ○

Ikonen der Schweizer Frauenbewegung

Am Anfang der Emanzipation der Schweizer Frauen standen mutige Kämpferinnen, die bereit waren, für ihre Ziele persönliche Opfer auf sich zu nehmen. Eine Würdigung von sechs Pionierinnen, die sich entscheidend eingesetzt haben. *Von Beatrice Schlag*



Emilie Kempin-Spyri (1853–1901)

— Die Nichte der «Heidi»-Autorin Johanna Spyri war die erste Schweizerin, die ein Jusstudium absolvierte, und die erste Frau in Europa mit einem Diplom als Doktorin der Rechte. Dass die Urkunden sie in Zürich zu gar nichts berechtigten, erfuhr Emilie Kempin-Spyri, Pfarrerstochter aus Altstetten und selber Ehefrau eines



Kühne Berufspläne: Emilie Kempin-Spyri.

Pfarrers, der sie trotz drei gemeinsamen Kindern zu ihren kühnen Berufsplänen ermutigt hatte, als sie erstmals als Anwältin antreten wollte. Sie stand unmittelbar vor dem Studienabschluss. Der Vertreter der Gegenseite, bis vor kurzem Wirt, bestritt, dass sie das Recht habe, vor Gericht aufzutreten.

Er hatte recht. Anwalt war noch kein rechtlich geschützter Titel. Aber der Ex-Wirt war im Gegensatz zu ihr Aktivbürger, er hatte das Wahlrecht. Auf Kempin-Spyris Beschwerde antwortete das Bundesgericht, es sei ausserordentlich kühn, aus der Formulierung, jeder Schweizer sei vor dem Gesetz gleich, auf die volle Gleichstellung der Geschlechter zu schliessen. Das könne nicht gebilligt werden.

Sie wanderte mit ihrer Familie nach New York aus und eröffnete mit Spendengeldern eine Law School für Frauen. Ihr Mann und die Kinder fanden sich nicht zurecht in New York und fuhren in die Schweiz zurück. Sie ging mittellos nach Berlin, als eines der Kinder krank wurde, weil sie dort als Dozentin Geld verdienen konnte. Nach einem Nervenzusammenbruch wurde sie 1898 entmündigt und in die Basler Klinik Friedmatt überwiesen. Im gleichen Jahr wurden Frauen an Zürcher Gerichten als Anwältinnen zugelassen. Emilie Kempin-Spyri starb drei Jahre später an Krebs, allein und verarmt. Ob sie psychisch krank war, ist bis heute unklar.

Marthe Gosteli (1917–2017) — Unter den Pionierinnen der Schweizer Frauenbewegung war sie in der Öffentlichkeit die leiseste. Und dabei eine der erfolgreichsten. Die Bauern-

tochter aus Worblaufen BE kam aus einer gutbürgerlichen Familie mit ungewöhnlich fortschrittlichen Ansichten. Mutter Johanna war Mitglied des Berner Frauenstimmrechtsvereins. «Der Wunsch nach Gleichberechtigung



«In die Hosen»: Marthe Gosteli.

war für sie zentral», sagte Gosteli. Ihren Vater Ernst beschrieb sie als «Konservativen, der sich der Frau anpasste. Er war ein kluger Mann.»

Das Frauenstimmrecht wurde Marthes grosses Ziel. «Aber wenn ihr Pionierarbeit leisten wollt, müsst ihr in die Hosen», sagte sie in einem Interview kurz vor ihrem Tod, «schaffe, schaffel!» Für sie bedeutete es: keinen Mann, keine Kinder, sonst gelingt das nie. Während des Zweiten Weltkriegs arbeitete sie in der Presseabteilung des Armeestabs, später beim Informationsdienst der US-Botschaft in Bern. Ihre Freizeit gehörte der bürgerlichen Frauenbewegung und der Überzeugungsarbeit bei Mann für Mann, denn Letztere würden an der Urne über das Frauenstimmrecht entscheiden. Gosteli und ihre bürgerlichen Mitstreiterinnen hielten nichts von lauten Demos, aber viel von Verhandlungen. Ein grosser Anteil an dem Ja der Männer 1971 zum Frauenstimmrecht ist ihnen zu verdanken.

Danach begann Marthe Gosteli, die Geschichte der Schweizer Frauenbewegung zu archivieren, wofür sie von der Universität 1995 mit einem Ehrendoktor gewürdigt wurde. Lieber wäre ihr gewesen, die Schulen hätten ein Lehrmittel zur Schweizer Frauengeschichte eingeführt. Denn Gleichstellung müsse nicht nur rechtlich und politisch, sondern auch in den Köpfen stattfinden. «Aber das», sagte sie, «werde ich nicht mehr erleben.»

Iris von Roten (1917–1990) — Ihr erstes und

einziges Buch, «Frauen im Laufgitter», überforderte bei seinem Erscheinen 1958 auch die fortschrittlichsten Frauenrechtlerinnen. Die Reaktionen darauf würde man einen Shitstorm nennen, hätte es die Social Media schon gegeben. Das Buch kam dreissig Jahre zu früh. Iris von Roten forderte darin Dinge wie sexuelle Freiheit für Verheiratete, Kinderkrippen



Gnadenlos und scharfzüngig: Iris von Roten.

und die Befreiung der Frauen von Kocherei und Hausarbeit, «die, wie jede Zwangsarbeit, nicht bezahlt ist». Es hätte weniger Aufsehen erregt, wenn die Autorin auf Fotos nicht so unverschämt schön und sinnlich gewesen wäre. Aber eine begehrenswerte Frau, die gnadenlos und scharfzüngig aufzeigte, woran Frauen litten – und viele Männer auch, wie sie eingestand, wenn sie einen ehrlichen Moment hatten –, musste bestraft werden. Die erste nationale Abstimmung über das Frauenstimmrecht stand in wenigen Monaten bevor, und selbst progressive Frauenorganisationen hüteten sich, das Bild der Frau als Hausfrau und Mutter grundsätzlich in Frage zu stellen, um das männliche Stimmvolk nicht zu verärgern. Die Abstimmung ging dennoch bachab.

Die Basler Juristin Iris Meyer, verheiratet mit dem Walliser Anwalt und konservativen Politiker Peter von Roten, verglich ihre harschen Kritiker mit «Schweinen, die gern grunzen». Ausser ihrem Mann, mit dem sie eine grosse, unkonventionelle Liebe verband, fühlte sie sich nichts und niemandem zugehörig. Sie war weder rechts noch links, sondern eine radikale Einzelkämpferin. Nach den Verrissen ihres Buches liess sie öffentlich vom Thema Gleichstellung ab. 1990 beging sie Selbstmord. Sie war fast blind geworden, litt an Arthrose und Schlaflosigkeit. In einem

Gespräch kurz vor ihrem Tod hatte sie gesagt: «Wie ein Gast wissen muss, wann es Zeit ist, zu gehen, so sollte man sich auch rechtzeitig vom Tisch des Lebens erheben.» Ein Jahr später wurde ihr Buch neu aufgelegt. Es zählt heute zu den wichtigsten deutschsprachigen Büchern über Feminismus.

Lilian Uchtenhagen (1928–2016) — Was sie berühmt machte, war die Kungelei, die als «Nacht der langen Messer» in viele Schweizer Geschichtsbücher einging. 1983, nach dem plötzlichen Tod von SP-Bundesrat Willi Ritschard, kürte die Sozialdemokratische Partei Lilian Uchtenhagen zur alleinigen Kandidatin für dessen Nachfolge. Die SP-Nationalrätin, die zu den ersten Schweizerinnen gehört hatte, die 1971 nach der Einführung des Frauenstimm-



«Zweifellos qualifiziert»: Lilian Uchtenhagen.

rechts in den Nationalrat gewählt wurden, war zweifellos qualifiziert dafür, erste Bundesrätin des Landes zu werden.

Die Oltnerin hatte in Basel und an der London School of Economics Wirtschaft und Staatswissenschaft studiert, ehe sie nach Zürich zog. Die Argumente der Bürgerlichen gegen sie waren die ewig gleichen, die überall gegen erfolgreiche Frauen vorgebracht wurden und werden: psychisch nicht belastbar, arrogant, zu emotional, mode- und verschwendungssüchtig. Im SP-Hinterbänkler Otto Stich fand die FDP einen genehmeren Kandidaten. Von der eigenen Partei zum Rücktritt aus dem Nationalrat gedrängt, sagte Stich den Bürgerlichen zu, allenfalls die Wahl anzunehmen. Er wurde im ersten Wahlgang mit 124 Stimmen gewählt, die offizielle SP-Kandidatin erhielt nur 96.

Die grösste Niederlage in Uchtenhagens politischem Leben prägte sie nicht: «Ich war nicht sauer. Ich konnte ja ohnehin nicht mit der Wahl rechnen. Ich trat wohl zu vielen auf die Füsse.» Frauen im ganzen Land waren schockiert über ihre Nichtwahl. Sie machte einfach weiter. Denn sie war in der Partei nach wie vor nicht irgendwer: Sie gehörte neben Parteipräsident Helmut Hubacher, VPOD-Präsident Walter Renschler und dem Juristen Andreas Gerwig zur intellektuellen «Viererbande», die in den siebziger und achtziger Jahren die SP moderni-

sierte und dem Mittelstand näherbrachte. Erst acht Jahre nach ihrer Nichtwahl trat sie als Nationalrätin zurück. Das Wichtigste, sagte die Mutter dreier Adoptivkinder rückblickend, sei ohnehin die Familie. «Und ich habe einen tollen und gescheiterten Mann.»

Emilie Lieberherr (1924–2011) — Es war eine kurze Rede – und eine unvergessliche: «Wir stehen hier nicht als Bittende, sondern als Fordernde. Wir fordern alle Bürger unseres Landes auf, zu bedenken, dass unsere Demokratie ohne die Mitwirkung der Frauen unvollkommen und einseitig ist. Jetzt nehmt alle eure Trillerpfeifen heraus und pfeift den Bundesrat aus.»

Es war der 1. März vor fünfzig Jahren. Die Frauen hatten noch immer kein Stimm- und



«Nehmt eure Trillerpfeifen»: Emilie Lieberherr.

Wahlrecht. Das Pfeifgetöse der Demonstrantinnen auf dem Bundesplatz in Bern war imposant. Danach kannte plötzlich die ganze Schweiz die energische Frau mit dem roten Mantel und dem rollenden R. Wenig später klopfte die SP Zürich an: Ob sie nicht als Stadträtin kandidieren wolle? Sie war eigentlich parteiunabhängig, aber sie wollte und trat in die SP ein. Im März 1970 wird die 46-Jährige als erste Frau in den Stadtrat gewählt und übernimmt das Sozialdepartement, dem sie die nächsten 24 Jahre vorstehen wird.

Als erstes Geschäft setzt sie die Alimentenbevorschussung alleinerziehender Mütter durch. Unter Zürichs Stadträten und ihren Parteigenossen ist «s Emilie» nicht ganz so beliebt wie bei der Bevölkerung: Die Politikerin, die den Bau zahlreicher Altersheime, Jugendtreffs, das Frauenhaus und eine ganz neue Drogenpolitik in Zürich durchsetzt, kann starrköpfig und herablassend sein. Ab 1978 macht sie als erste Ständerätin der deutschen Schweiz auch in Bern Politik.

Als das neue Eherecht 1988 in Kraft tritt, für das sie sich vehement eingesetzt hat, ist sie bereits wieder zurückgetreten. 1990 wird sie wegen «mangelnder Parteisolidarität» aus der SP ausgeschlossen. Dass sie ihr Leben seit Jahrzehnten mit Partnerin Minnie Rutishauser teilt, wird erst in den Nachrufen nach ihrem Tod

2011 öffentlich erwähnt. Ein Geheimnis war es nicht. Beachtlich ist, dass es auch vor fünfzig Jahren nie gegen sie vorgebracht wurde.

Christiane Brunner (geb. 1947) — Als sie 1991 den ersten Schweizer Frauenstreik organisierte, hatte Christiane Brunner, damals Zentralsekretärin des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes (Smuv), keine Ahnung, wie viele Frauen daran teilnehmen würden. Fritz Reimann, damals Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), sagte wenige Tage vor dem 14. Juni: «Christiane, wenn das ein Flop wird, bist du schuld.» Das heilige Kampfmittel der Arbeiter für einen «Hausfrauenstreik» einzusetzen, schien vielen Gewerkschaftern frevelhaft. Es streikten nahezu eine halbe Million Frauen. Zwei Jahre



«Brunner-Effekt»: Christiane Brunner.

später, als die SP die Genfer Juristin, inzwischen Nationalrätin, als Ersatz für den abtretenden Bundesrat René Felber vorschlug, rechnete sie sehr wohl damit, dass das nicht gelingen könnte. Der Wahl war eine widerliche Schlammschlacht vorausgegangen, bis hin zu Gerüchten über Nacktfotos von ihr, die nie zum Vorschein kamen. Gewählt wurde der Neuenburger Francis Matthey, der auf Druck seiner Partei die Wahl ablehnte. Zu wütend hatten nicht nur linke und bürgerliche Parlamentarierinnen reagiert, sondern auch Demonstrantinnen in vielen Städten.

Eine Woche später schlug die SP neben Christiane Brunner auch Ruth Dreifuss vor, die die Wahl gewann. Wie falsch die männerdominierte Bundesversammlung die Reaktion der Frauen auf Brunners Nichtwahl eingeschätzt hatte, zeigte der darauffolgende «Brunner-Effekt»: Der Druck von Feministinnen auf Parteien, Verbände und Gewerkschaften, sich mit Frauenthemen auseinanderzusetzen, wuchs. Jahre später sagte Christiane Brunner über ihre Nichtwahl: «Ich habe eine Bewegung ausgelöst. Es ist heute nahezu undenkbar, dass keine einzige Frau in den Bundesrat gewählt wird.» Nachdem sie 1995 in den Ständerat gewählt worden war und im Jahr 2000 das SP-Präsidium übernommen hatte, zog sie sich 2007 aus der Politik zurück. ○

Säbeln an der Männerbastion

Die Schweizerinnen brauchten für den Kampf um gleiche Rechte einen langen Atem, das letzte männliche Privileg fiel erst 2013. Rückblick auf die Erfolge der Schweizer Frauenbewegung.
 Von Katharina Fontana



Man sollte frühere Zeiten nicht aus der heutigen Perspektive beurteilen. Doch blickt man zurück auf die Anfänge des 20. Jahrhunderts, darf man wohl sagen, dass es für freiheitsliebende Frauen damals nicht einfach war. «Dem Mann der Staat, der Frau die Familie», lautete die gängige Devise, und die Schweizerinnen blieben für lange Zeit in der «Kinder, Küche, Kirche»-Rolle gefangen. Nicht alle waren damit zufrieden, nicht alle zeigten sich nur duldsam. Es gab viele Frauen, die versuchten, die Dinge zu ändern und das geschlossene System von Unterordnungen und Benachteiligungen, dem sie sich gegenübersehen, Stück für Stück aufzubrechen. Dazu brauchten sie einen langen Atem, denn die Widerstände waren massiv.

Es gibt eine Jahreszahl, welche die Emanzipationsgeschichte der Schweizerinnen in ein Vorher und in ein Nachher teilt: 1971, als der Durchbruch beim eidgenössischen Frauenstimmrecht erzielt wurde und die Schweizer Männer sich dazu durchrangen, ihre demokratischen Privilegien zu teilen und die Frauen für politisch mündig zu erklären. 1959, zwölf Jahre zuvor – es war die Zeit, als Iris von Rotens feministisches Manifest «Frauen im Laufgitter» für Aufruhr sorgte –, hatten sie noch nichts von politisierenden Frauen wissen wollen und das Anliegen an der Urne mit sattem Mehr verworfen.

Nach 1971 führten reihum auch die Kantone das kantonale Frauenstimmrecht ein – mit Ausnahme der beiden Appenzell, die sich gegenüber den neuen Zeiten noch lange störrisch zeigten. Erst 1989 gaben die Ausserrhodener klein bei und verliehen ihren Frauen die politischen Rechte, und bei den Innerrhodern musste gar das Bundesgericht 1990 nachhelfen.

Das Familienoberhaupt wird abgesetzt

Auch wenn die Schweizerinnen vor 1971 auf eidgenössischer Ebene keine politisch verbrieften Rechte hatten, machten sie ihren Einfluss auf vielfältige Weise geltend. Schon im 19. Jahrhun-

In rechtlicher Hinsicht gibt es für Schweizerinnen heute nichts mehr zu kritisieren.

dert organisierten sie sich, zunächst in lokalen Vereinen, später in überregionalen Verbänden, und versuchten, die Fraueninteressen zu bündeln und beispielsweise auf die Ausgestaltung des Zivilgesetzbuches einzuwirken, die damals anstand. Ein wichtiges Ziel wurde 1952 erreicht, als auf Druck von Frauenorganisationen das Bürgerrechtsgesetz revidiert und es Schweizerinnen ermöglicht wurde, ihr Bürgerrecht zu behalten, wenn sie einen Ausländer heirateten.

Mit der Gewährung des Stimm- und Wahlrechts, so dachten Anfang der 1970er Jahre viele, sei das Thema Gleichberechtigung erledigt und seien die Schweizerinnen zufriedengestellt. Gerade auch bürgerliche Frauenrechtlerinnen tendierten dazu, es vorerst dabei zu belassen und nicht unverzüglich weitere Forderungen zu stellen – man wollte die Männer, die sich 1971 gerade erst so gönnerhaft gezeigt hatten, nicht gegen sich aufbringen. Doch für die neue autonome Frauenbewegung, die im Zuge der 1968er Jahre entstanden war, kam eine solche Zurückhaltung, wie sie die ältere Generation vorlebte, überhaupt nicht in Frage. Selbstbewusst und mit viel Lust an der Provokation rannten die jungen Feministinnen gegen das Patriarchat an und gegen die Rolle, die der Frau und dem Fräulein damals zugeordnet war. Sie sorgten mit ihrer Radikalität nicht nur bei den Männern für Empörung, auch vielen bürgerlichen Frauen, die die traditionelle Gesellschaftsordnung eigentlich ganz in Ordnung fanden, ging diese Art von Feminismus zu weit.

Im Jahr 1975 kann es am nationalen Frauenkongress dann zu einem Schulterschluss der unterschiedlichen Aktivistinnengruppen: Gemeinsam wurde die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» lanciert. Das Begehren wurde von Bundesrat und Parla-



Gleichstellung in der Bundesverfassung.

1981



Neues Sexualstrafrecht: Vergewaltigung in der Ehe wird unter Strafe gestellt.

1992

1971



Zeitenwende: Durchbruch beim Frauenstimmrecht.

1988



Ja zum partnerschaftlichen Eherecht.

1996



Das Gleichstellungsgesetz tritt in Kraft.

ment mit einem Gegenentwurf etwas abgeschwächt und hatte in dieser Form Erfolg: Am 14. Juni 1981 stimmten Volk und Stände der Vorlage zu. Seither steht in der Bundesverfassung: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

Der Gleichstellungsartikel war zweifellos ein Meilenstein auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Frau. Konkret verändert und verbessert wurde die Situation der Frauen allerdings erst durch die Gesetzesänderungen, die im Laufe der Folgejahre beschlossen wurden. Ganz entscheidend war dabei das neue Ehegesetz von 1988, das die gleichberechtigte Partnerschaft als Basis für die Ehe ins Gesetz schrieb. Bis dato – also noch bis vor gut dreissig Jahren – galt der Mann von Gesetzes wegen als das Haupt der ehelichen Gemeinschaft. Er bestimmte die eheliche Wohnung und hatte «für den Unterhalt von Weib und Kind in gebührender Weise Sorge zu tragen». Die Frau war seine Gehilfin, die ihm «mit Rat und Tat» zur Seite stehen musste, zur Haushaltsführung verpflichtet war und nur mit seiner Einwilligung berufstätig sein durfte.

Kampffeld Sexualität

Das neue Ehegesetz machte mit dieser Rollenenteilung Schluss und setzte den Ehemann als Familienoberhaupt ab. Schon zehn Jahre zuvor hatte das neue Kindesrecht dafür gesorgt, dass die Mutter bei der elterlichen Sorge dem Vater gleichgestellt wurde und dass diesem bei Uneinigkeit nicht mehr der Stichentscheid zukam. Die Einsicht, dass die Frau mehr ist als

bloss das Anhängsel des Mannes und als eigenständiges Rechtssubjekt behandelt werden muss, setzte sich unter dem Druck der Frauenorganisationen schrittweise auch auf anderen Gebieten durch.

So brachte die 10. AHV-Revision in den 1990er Jahren einen gleichstellungspolitischen Systemwechsel, indem die Ehefrau ihre Rente nicht mehr via ihren Mann bezog, sondern einen eigenen Rentenanspruch erhielt und dank des Einkommens-Splittings im Scheidungsfall bessergestellt wurde.

Auch die Sexualität wurde zum Kampffeld der Frauenbewegung. Ab den 1970er Jahren sorgten die sexuelle Selbstbestimmung und das Recht der Frau, über ihren Körper zu entscheiden, für heftige Auseinandersetzungen; das 1975 veröffentlichte Buch der deutschen Feministin Alice Schwarzer «Der kleine Unterschied und seine grossen Folgen», in dem Frauen über die ganz normale alltägliche und sexuelle Unterdrückung sprachen, wirkte auch in der Schweiz wie ein Katalysator. Als Französinen und Deutsche sich öffentlich dazu bekannten, dass sie abgetrieben hatten, entbrannte auch hierzulande eine heftige Diskussion über die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs.

Doch für die «Mein Bauch gehört mir»-Haltung war die Schweiz noch lange nicht reif: 1977 erlitt eine Volksinitiative für die Fristenlösung an der Urne eine Abfuhr. Es dauerte weitere 25 Jahre, bis die Stimmberechtigten die Legalisierung der Abtreibung innert der ersten zwölf Wochen guthiessen.

2013 fiel dann, nach mehreren Anläufen, die letzte rechtliche Männerbastion: der Familienname. Seither besitzen die Männer kein gesetzliches Vorrecht mehr, ihren Namen an

Frau und Kinder weiterzugeben, sondern müssen mit ihrer Partnerin aushandeln, wie die Familienmitglieder heissen sollen.

Fördern und beschützen

In rechtlicher Hinsicht gibt es für Schweizerinnen heute nichts mehr zu kritisieren: Sie sind den Männern gleichgestellt, ja in mancher Hinsicht sogar bevorteilt, wenn man an die Militärdienstpflicht denkt oder an die Sozialversicherungen, wo sich weibliche Privilegien wie eine ausgebautere Witwenrente oder ein tieferes Rentenalter gehalten haben. Dennoch sind frauenpolitische Anliegen so aktuell wie eh und je, nur geht es jetzt um anderes: um staatliche Massnahmen, mit denen Frauen gefördert und vorangebracht werden sollen, im Beruf, in der Politik, im Privatleben.

So können beispielsweise weibliche Angestellte ihr Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit schon lange vor Gericht einklagen; dennoch wird nun eine Art Lohnpolizei eingeführt, die ihnen unter die Arme greifen soll. Dasselbe gilt für Quoten: Sie sollen den Frauen den Weg zu den Chefesseln öffnen. Mit einem Vaterschafts- oder Elternurlaub will man die traditionelle Mutterrolle aufbrechen, und mit Behördenkampagnen werden Paare ermuntert, sich die Haus- und Erziehungsarbeit «gerecht» zu teilen, ja selbst von einem Lohn für Hausfrauen ist neuerdings die Rede.

Man kann es durchaus als Ironie der Geschichte ansehen: Die Schweizerinnen mussten besonders lange und hartnäckig für ihre Gleichbehandlung kämpfen. Heute, wo sie endlich dieselben Rechte besitzen wie die Männer, scheinen sich viele damit schwerzutun und rufen nach der schützenden Hand des Staates. ○



Ja zur 10. AHV-Revision.

1997



Häusliche Gewalt wird Offizialdelikt.

2004



Inkrafttreten des neuen Namensrechts.

2013

2002



Ja zur Fristenregelung.

2005



Müttergeld:
Einführung der
Mutterschafts-
entschädigung.

Sie hat nie die Achtungstellung geklopft

Wenn sie im unscheinbaren blauen Anorak in der Runde der Generäle steht, könnte man Bundesrätin Viola Amherd für eine Hilfskraft halten. Doch die Bekränzten stehen stramm. Sie haben begriffen, dass sie parieren müssen. *Von Luzius Theler*



Viola Amherd gehört nicht zum kleinen Zirkel der grossen Briger Geschlechter. Sie kommt aus Glis. Dort leben die Kleinunternehmer, die Schäfer, die Arbeiter, die Handwerker, die Proleten, das gemeine Volk eben. Die Noblen und Notabeln aus dem benachbarten Brig kaschieren ihren Hochmut kaum: Sie blicken von den Höhen der drei Schlosstürme eher verächtlich auf die einfachen Leute ihres Vororts hinab. Fusioniert wurde erst 1973, als Brig allen Boden verbaut hatte. Brig, das ist die Brigades, das reiche Brig, das Städtchen mit den mächtigen Familien. Es sind die selbstbewussten Abkömmlinge jener stolzen Bürger, die den grossen Handelsherrn und Söldner-Seelenverkäufer Kaspar Jodok von Stockalper mehr aus Neid denn aus Freiheitsdrang stürzten und ins nahe italienische Exil verjagten.

Erst kurz vor dem Tod kehrte er in sein Schloss zurück und starb einsam, verbittert, verarmt. Die bedeutenden Briger Familienclans sitzen entweder am Sebastiansplatz, dem Zentrum Brigs, oder dann an der Bahnhofstrasse: die Perrig, die Guntern, die Bodenmann, die Carlen, die Escher – daneben ein paar zugezogene Emporkömmlinge. Erst als die junge Juristin bei einer Anwaltskanzlei an erster Adresse unterkam, begann ihre Karriere in Beruf und Politik. Dort, bei Alfred Escher, dem bauernschlauhen Sohn des ersten Walliser Bundesrats Josef Escher, lernte Viola Amherd einmal das juristisch-notarielle Handwerk und dann die Kniffe des politischen Ränkespiels, der Mauschelei, des Kalküls und die hohe Kunst der niederen fiesen Schmutzeleien.

Madame fuhr die Krallen aus

Neben fehlender Fortüne und Bitterkeit ob dem totalen Machtverlust wie beim Grossen Stockalper gehören Zank und Zoff zum Briger Schloss, in dem seit dem endgültigen Niedergang der lokalen Aristokratie die Exekutive der Simplonstadt residiert. Am schmiedeeisernen Geländer am Aufgang zur schweren Holztüre prangt der Wahlspruch Stockalperts: «Nihil solidum nisi solum», frei gesagt: Nur Grund und Boden hat Bestand – und die Intrige, wäre anzufügen. Im prunkvollen Bau aus dem 17. Jahrhundert spielten sich Jahrhunderte nach dem Drama Stockalperts wüste Szenen ab: Die amtierende und kurz vor dem Rücktritt stehende Stadtpräsidentin Viola Amherd und ihr Parteikollege und Finanzchef Louis Ursprung gerieten sich zünftig in die Wolle

und bekriegten sich, wo sie nur konnten. Ursprung dreckelte gegen Amherd. Sie revanchierte sich mit bösen Bemerkungen zu seinen schwach ausgeprägten Fähigkeiten jenseits der Zahlenakrobatik und bescheinigte ihm genüsslich fehlende Eignung für das Stadtpräsidium. Madame kann durchaus die Krallen ausfahren, wenn sie denn will.

Der parteiinterne Zwist endete damit, dass Amherd Nationalrätin blieb; Ursprung und mit ihm der rechte Flügel der eben noch tonangebenden Briger Christlichdemokraten wechselten zur SVP. Sie eroberten das Stadtpräsidium, und die SVP wurde mit drei Sitzen im siebenköpfigen Stadtrat stärkste Kraft im Briger Schloss. Das haben manche der machtgewohnten CVPler nicht verwunden und lasteten Amherd die desaströse Kommunalwahl an. Immerhin genoss die frischgewählte Bundesrätin eine wunderbare Revanche: Als sie in

Was sie auszeichnet, ist laut Weggefährten ihre Gelassenheit: eine «force tranquille».

ihrer Heimatgemeinde empfangen wurde, musste ihr Erzrivale als Stadtpräsident lauter Artigkeiten über die einstige Gegnerin absondern. Dabei wirkte er, als bräche die sorgfältig einstudierte und ab Blatt gelesene Grussbotschaft ihm das Zungenbein. Im Kleinkrieg der Exekutive der Kleinstadt am Simplonpass hat sich Viola Amherd jene Dickfelligkeit zu eigen gemacht, an der Kritik und Hämie abperlen wie Wasser von einem gutgefetteten Entenhintern.

Devote Lobeshymnen

Die Wahl zur Bundesrätin lief perfekt. Die Parteifreunde, die eben noch Gerhard Pfister als starken Mann gegen die Frauenansprüche ins Spiel bringen wollten, frassen Kreide. Es ertönten laute Lobgesänge auf «unsere» neue Bundesrätin. Sie nahm es gelassen, wohlwissend, dass hinter ihrem Rücken von CVP-Granden in die Welt gesetzt worden war, dass die Partei unweigerlich unter 8 Prozent absacken müsse, wenn nochmals eine Frau für sie in den Bundesrat gehe. Die, welche ihr im Vorfeld der Wahl nach Kräften Bananenschalen unter die Füsse geschmissen hatten, schwangen nun das Weihrauchfass am eifrigsten. Die Huldigungen gipfelten kürzlich in einer Kolumne in der parteieigenen Seite im *Walliser Boten* von Stän-

derat Beat Rieder, dem immer wieder Sympathien für Pfister nachgesagt worden waren: «Viola steigt die Treppe im Bundeshaus hinauf. Es geht aufwärts. Wie so oft bei ihr. Irgendwie beschleicht mich das Gefühl, Viola sei schon immer Bundesrätin gewesen.» Der Kolumnist lässt wohl unfreiwillig offen, ob ihm die Zeit schon jetzt lange vorkommt. Vordergründig ist die Welt zwischen der CVP-Bundesrätin und dem Ständerat des deutschsprachigen Kantonsteils wieder heil: «Sie tritt aus der Gruppe, kommt zu mir. Ein herzliches «Salü», ein kurzer Gedankenaustausch, und weiter geht es die Treppe hinauf. Ihre Idee besticht. Wieder einmal», süzte Rieder. Und Gerhard Pfister strahlte kürzlich bei einem Parteitag der Welschwalliser CVP wie ein Maikäfer: Mehrere hundert Getreue füllten den Saal. Das Bad in der Menge genoss der sonst nicht mit Ovationen verwöhnte Parteipräsident sichtlich. Seine arg gebeutelte Partei will nun an der populären Bundesrätin genesen. Im Fanklub der CVP-Würdenträger wird jetzt schon eifrig am Mythos der Landesmutter gestrickt. Ein wenig wie die Dreifuss sei sie halt schon, die Viola, und irgendwie erinnere sie an die deutsche Kanzlerin, nur um Himmels willen bitte ohne Raute ...

Feines Gespür für Symbolik

Was Bundesrätin Amherd auszeichnet, ist laut Weggefährten neben ihrer Exekutiverfahrung ihre Gelassenheit: eine «force tranquille», wie ein altgedienter Politiker es formuliert. Ihre ruhige Kraft gründe auf Verlässlichkeit, Unaufgeregtheit und Solidität. Wenn sie sich einmal festlege, dann stehe sie zu ihrer Meinung, dann könne man auf sie zählen. Dazu kenne sie ihre Dossiers bis in die feinen Verästelungen hinein. Sie verabscheue Schaulaufen vor den Medien und wirke meist lieber im Hintergrund. Darum werde sie nicht selten krass unterschätzt, loben diejenigen, die sie kennen. Das sagt man von vielen grauen Mäusen. Aber bei Amherd hat die Zurückhaltung System – mit Ausnahmen. Sie weiss um die Bedeutung des Symbolhaften. Als sie sich kurz nach Amtsantritt per Drehflügler der Armee ans Weltwirtschaftsforum nach Davos fliegen liess, wählte sie eine reine Frauencrew aus und posierte stolz mit den Luftkutscherinnen. Es wäre nicht verwunderlich, wenn sie für die Stelle des neuen Armeechefs eine Frau aus dem Hut zaubern würde, etwa Brigadier Germaine Josephine Françoise Seewer. Sie führt als erste Be-



Mythos der Landesmutter: Bundesrätin Amherd.

rufsoffizierin eine ausgewachsene Brigade und stammt aus dem Oberwallis, aus Leuk-Stadt. Sie verströmt Stallgeruch. Die studierte ETH-Chemikerin wurde 2013 zum Brigadier befördert und übernahm 2018 das Kommando über eine Führungsunterstützungsbrigade. Solche Zielstrebigkeit, gepaart mit einer robusten Resoluthet, imponieren der neuen VBS-Chefin. Und hat sie nicht zum Anlass ihres Davoser Damenausfluges zu Protokoll gegeben, dass es mehr Frauen in der Armee brauchte, und zwar in wichtigen Funktionen?

Generäle kriegen Ohrensausen

All die ambitionierten Divisionäre und Korpskommandanten vernahmen die ungewöhnliche Kunde vom neuen Frauenbild in der obersten Etage der bewaffneten Neutralität mit schierem Grausen. Amherd hat im Gegensatz zu ihren Vorgängern nie militärische Unter-

Kann durchaus sein, dass sie sogar die Kampfjets durchbringt.

ordnung erduldet. Darum fehlt ihr eine Grunderfahrung der meisten dienstleistenden Bundesräte im Verteidigungsressort. Diese verfielen nicht selten in eine Art von geistiger Achtungstellung und wirkten dann wie Befehlsempfänger in der Schockstarre. Bundesrätin Amherd, Bürgerin und Zivillistin, legt



«Herzliches «Sali!»»: Ständerat Rieder.

nicht gleich im Geiste die Hände an die Hosennaht, wenn bekränzte Häupter auftauchen. Strategie und Taktik hat sie drauf: Nachdem die schmerzende Hüftarthrose des Armeechefs erst einmal öffentlich gemacht war, complimentierte sie – ganz die Chefin – den höchsten Offizier zügig in den vorzeitigen Ruhestand.

Den Ober-Spesenritter vom Orden der Puma-Golfer versenkte sie auf eine untergeordnete Position, wo er seinen Sport künftig kaum mehr als angenehme Nebenerscheinung schweizerischer Wehrhaftigkeit betreiben kann. Das imponiert mächtig. Wenn Am-

herd im einfachen blauen Anorak mit ihren Generälen in der Runde steht, dann könnte sie für eine kleine Frauenhilfsdienstleisterin aus den guten alten Männerzeiten durchgehen. Doch sie ist der Chef. Sie gibt den Tarif durch, und sie bestimmt, wie der Hase läuft. Und vor allem: Ihr unbekümmerter, aber durchaus magistraler Umgang mit den Problemen der Armee und deren leitenden Köpfen kommt beim Volk gut an. Kann durchaus sein, dass sie sogar die Kampfjets durchbringt. Dann wäre sie fein heraus und bei der nächsten Rochade im bundesrätlichen Wunschkonzert glänzend positioniert.

Starke Frau im Rücken

Viola Amherd hat es mit starken Frauen. Da ist einmal ihre Familie – ihre sichere Festung: ihre Mutter, eine Schwester, deren Nachwuchs. Vielleicht hat das mit ihrer frühen Einsicht zu tun, dass auf Frauen eher Verlass ist. Gelegentlich blitzt bei ihr ein Anflug von Feminismus auf. Das rührt wahrscheinlich von der Erfahrung her, dass in ihrer Jugend Mädchen weit weniger galten als Knaben. Wenige Jahre vor ihrer Maturität hatten sich junge Frauen im Wallis den Zugang zur Mittelschule noch auf dem Gerichtsweg erstreiten müssen. Darum auch macht sie sich für gesellschaftspolitische Offenheit und Postulate stark wie die Liberalisierung der Abtreibung oder die Ehe für alle. Weil sie sich für den straflosen Schwangerschaftsabbruch ausgesprochen hatte, wurde sie zusammen mit Brigitte Hauser-Süess in einer üblen Kampagne als Kindesmörderin verunglimpft. Das hat beide Frauen geprägt.

Seit dieser Zeit gehört die frühere Langlaufsportlerin und Grossrätin Hauser-Süess untrennbar zu Amherds politischer und persönlicher Welt. Hauser-Süess wurde später bei einem Anlauf zu einer Ständeratskandidatur von CVP-Männerseilschaften ziemlich ruppig ausgebootet. Sie ging nach Bern, hinter die Kulissen der Politik. Mit der Zeit entwickelte sie einen untrüglichen Instinkt für politische Fragen, für deren Irrungen und Wirrungen. Als Beraterin und Stütze von Eveline Widmer-Schlumpf stand sie im brutalen politischen Gegenwind. Weniger solide Naturen hätte dieser nie endende Tsunami glatt aus den Socken gehauen. Sie biss sich durch – eine starke Frau hinter einer starken Frau, damals. Hauser-Süess ist nach der Wahl Amherds eilends aus dem eben erst angetretenen Ruhestand zurück und steht jetzt firm und fest als graue Eminenz und Beraterin hinter «ihrer» ganz persönlichen Bundesrätin.

Tüchtig für sich selber

Die Affäre um zu viel einkassierte Mieteinnahmen vom regionalen Ableger eines grossen Stromkonzerns und der in erster Instanz verlorene Zivilprozess spielen jetzt kaum mehr eine Rolle. Das war alles vor dem Tee, Bestand-

teil eines hinter den Türen hart ausgetragenen Wahlkampfes und ist nicht mehr weiter von Belang. Die wenigen Kritiker, die inzwischen nicht in Ehrerbietung erstarrt sind, listen indes eine prächtige Reihe von Unterlassungen und Fehlern in der VBS-Chefin früheren und neueren Laufbahn auf. Statt der Symbolpolitik mit Damenwahl beim Heli-Fliegen hätte sie besser die vom VBS nun schon ewig lange hin-



Graue Eminenz: Widmer-Schlumpf, Hauser-Süess.

tertriebene Sicherung und Sanierung der verrottenden und brandgefährlichen Tonnen von Sprengstoff bei Kandergrund subito an die Hand genommen.

Aus früheren Jahren an der Spitze der Stadtgemeinde lasten ihr Gewerbetreibende und Detailhändler an, dass sie ein grosses Einkaufszentrum in der Peripherie durchdrückte und damit die schleichende Verlüderung der Briger Innenstadt beschleunigte. Amherd wurde später in den Verwaltungsrat des Grossverteilers aufgenommen. Als Nationalrätin habe sie es versäumt, sich für günstigere Autoverladerate am Lötschberg einzusetzen, bemängeln andere. Das musste der Preisüberwacher erledigen; sie ging in den BLS-AG-Verwaltungsrat. Bei der Erschliessung der Randgebiete für die moderne Kommunikation habe sie überdies total versagt: Das 5G-Netz sei wichtiger als Jugendschutz, wird gemäkelt.

Selbst in der eigenen Partei wurde Amherd vorgehalten, dass sie zu lange aus politischer und persönlicher Nähe und falscher Solidarität die chronisch rand- und berggebietsfeindliche Politik von Doris Leuthard mitgetragen habe: Die miserable Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative, die lamentable Revision des Raumplanungsgesetzes, der Versuch, die Wasserzinsen zu senken, und der Schmusekurs gegenüber dem Wolf bilden das Sündenregister Leuthards aus Berglersicht. Wenigstens bei den Grossraubtieren könnte die VBS-Chefin punkten: Warum bietet sie nicht zum Schutz der Schafe vor dem aus Italien einwandernden Isegrim nächstens ihre Armee zur Grenzsicherung auf? ○

Typologie des männlichen Feministen

Es gibt Männer, die Wert darauf legen, zugleich als fortschrittlich und selbstlos zu gelten. Sie setzen sich für Frauen ein und glauben, die Frauen würden es ihnen danken. Welch ein Irrtum!

Eine Glosse von Linus Reichlin



Schauen wir uns mal das tragische Schicksal des Feministen Kuno an (wahre Geschichte): Kuno arbeitete 2012 bei einer Entwicklungshilfeorganisation in Bern. Als in der Geschäftsleitung ein Posten vakant wurde, hätte eigentlich Kuno ihn bekommen müssen. Denn es handelte sich um das Ressort «Entwicklungszusammenarbeit», und Kunos exzellentes Fachwissen auf diesem Gebiet war unumstritten. Aber Kuno, so gern er das Ressort auch geleitet hätte, setzte sich persönlich für seine Konkurrentin Carmen ein. Warum? Weil Kuno es an der Zeit fand, dass in der Geschäftsleitung endlich mehr Frauen als Männer sassen. Er sagte, das sei ein wichtiges Zeichen gegen die Benachteiligung der Frauen. Also rückte Carmen in die Geschäftsleitung auf, wogegen im Grunde nichts einzuwenden ist. Nur verringerte sich dadurch die Benachteiligung der Frauen in keiner Weise.

Denn Carmen war keine rechtlose afghanische Bäuerin, die in einer patriarchalen Gesellschaft unter Androhung von Gewalt ein Leben als Mensch zweiter Klasse führte. Carmen war die einzige Tochter eines grünliberalen Juristen, sie war im Bewusstsein aufgewachsen, dass sie etwas ganz Besonderes ist. Die Gesellschaft, in der sie lebte, trug sie auf Händen und ermunterte sie täglich, sich nur ja von einem Mann nichts gefallen zu lassen. Die Männer, denen sie begegnete, versuchten, ihr die Wünsche von den Augen abzulesen, denn sie wusste, dass sie am kürzeren Hebel sassen.

Schönes, nachvollziehbares Motiv

Carmen war in ihrem Leben bisher nur ein einziges Mal diskriminiert worden, in Tunesien, als ihr der Zugang zu einem Teehaus verboten wurde. Sie hat diese Unterdrückung aber überlebt. Schon nach nur zwei Jahren in der Geschäftsleitung kündigte Carmen, um eine Gesangsausbildung bei einer Privatlehrerin in London zu absolvieren; Carmen war nämlich überzeugt, dass in ihr eine Opernsängerin steckte. Mit anderen Worten: Kunos Selbstaufopferung war für die Katz gewesen. Es war, als habe er einem Milliardär einen Hunderter geschenkt.

Aber so ist der Feminist: Er setzt sich für Leute ein, die es nicht nötig haben. Niemand wird zurzeit von der Gesellschaft so leidenschaftlich bevorzugt wie die Frauen. Aber der Feminist macht sich trotzdem an jeder Party lächerlich, indem er über die Lohnungleichheit in manchen Branchen spricht wie über Umerziehungslager, in denen Frauen bei Wasser und Brot

Steine schleppen müssen. Ist es nicht furchtbar, dass in Ruderbooten immer noch hauptsächlich die Männer rudern? Frauen an die Ruder! Wenn nötig, muss der Gesetzgeber eine Frauenrunderquote einführen! Über das skandalöse Fehlen solcher Gesetze (die Nazis verhindern sie!) kann der Feminist sich ausufernd aufregen.

Als männlicher Zeuge seiner Empörung fragt man sich dann immer, was er sich von seinem Einsatz für die Frauen eigentlich erhofft. Denkt er, dass die Frauen, denen er erzählt, wie übel ihnen mitgespielt wird, in ihm einen verständnisvollen Sexualpartner sehen? Wenn es so ist, hat er sich getäuscht: Keine Frau will mit einem Mann ins Bett, der für ihre Rechte kämpft. Der



Der Feminist ist zur bedrohten Knilch-Art geworden.

Feminist ist überflüssig: Die Frauen kämpfen, wenn schon, dann selbst für ihre Rechte, und wenn sie erschöpft von diesem Kampf sich der erotischen Entspannung hingeben, wollen sie einen Typ, der sie auf den Bauch dreht und die Dinge in die Hand nimmt, und zwar ohne Diskussion. Der Feminist ist schon zu oft von einer Party allein nach Hause gegangen, als dass er in seinem Feminismus einen Paarungsvorteil sehen könnte: Warum also gibt er sein Feministentum nicht auf? Ist das Befriedigende an der Sache für ihn vielleicht das Gefühl, ein fortschrittlicher und gleichzeitig selbstloser Mensch zu sein, der bereit ist, um der Gerechtigkeit willen gegen seine eigenen Interessen zu handeln? Oder ist er ganz einfach ein Dummkopf, der tatsächlich glaubt, dass sich endlich jemand um die Rechte der westlichen Frau kümmern muss, vor allem an den Universitäten, wo männliche Physikprofessoren Frauen gezielt vom Physikstudium ab-

halten? (Anders ist die niedrige Frauenquote im Fach Physik nicht zu erklären!)

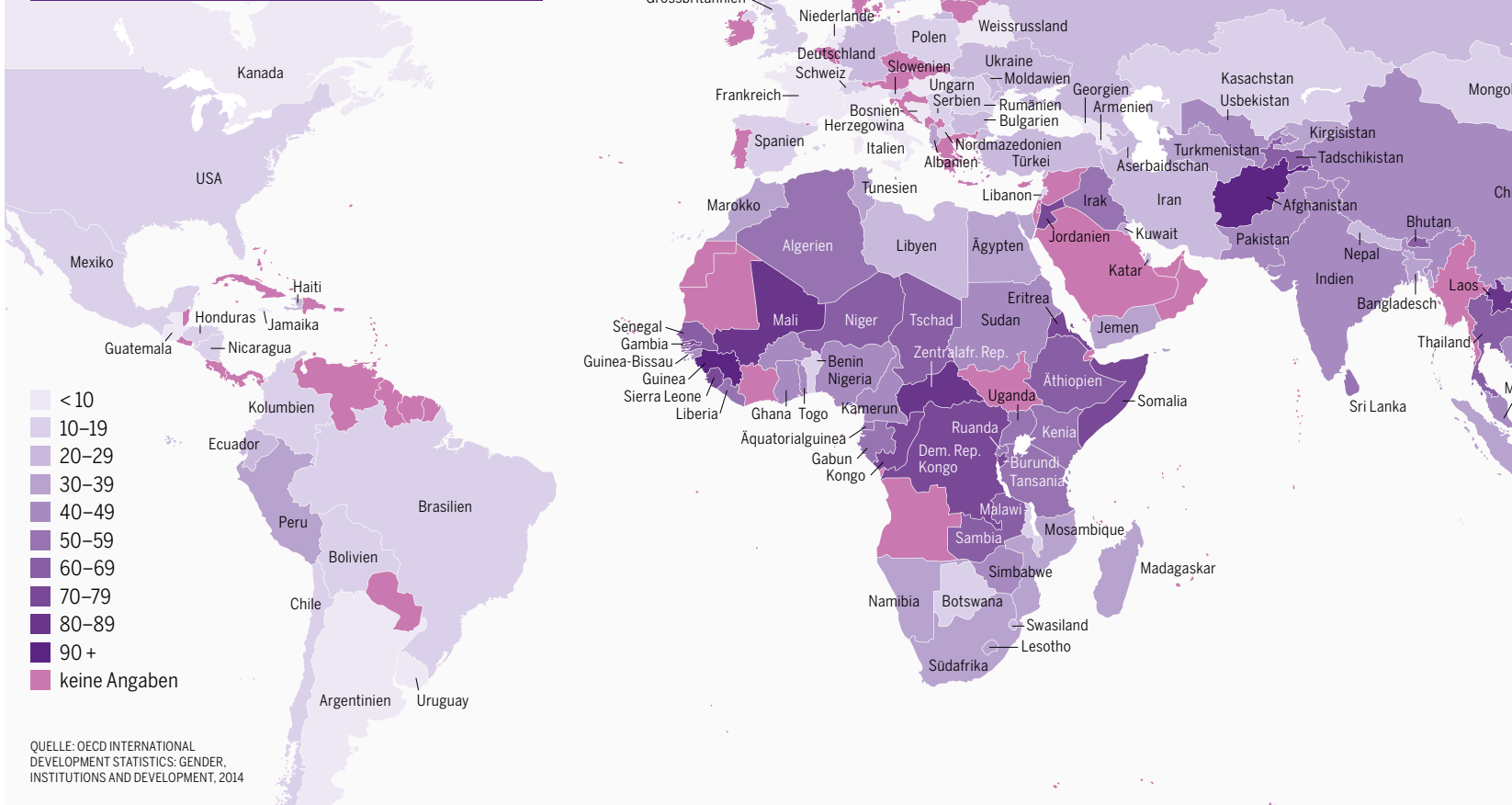
Vermutlich treffen alle drei Punkte zu: 1. Der Feminist hofft unbeirrt auf einen sexuellen Vorteil. 2. Der Feminist liebt das Gefühl seiner moralischen Überlegenheit. 3. Der Feminist ist ein Dummkopf. Und er ist ein verfluchter Verräter. Er hat nicht begriffen (siehe Punkt 3), dass beim Machtkampf zwischen Männern und Frauen beide Seiten recht haben und dass es folglich nur noch um die Treue zur eigenen Seite gehen kann. Er fällt seinen Geschlechtsbrüdern in den Rücken, weil er sich (siehe erneut Punkt 3) nicht vorstellen kann, dass die Frauen, falls sie die Macht erringen, die Männer genauso systematisch unterdrücken werden wie früher die Männer sie. Wenn man böse sein will, kann man sagen, dass der Feminist die Frauen sträflich unterschätzt: Er traut ihnen Machtgeilheit und Rachelust nicht zu. Er sieht sie als liebenswerte Geschöpfe, die es zu retten gilt wie ein kleines Kätzchen, das in die Regentonne gefallen ist.

Fassen wir zusammen: Der Feminist ist ein dummer, verräterischer, moralisch blasierter und sexuell unterversorgter Knilch, der allerdings – und das ist ermutigend – immer seltener anzutreffen ist. Er ist inzwischen zur bedrohten Knilch-Art geworden, denn den allermeisten westlichen Männern ist in den vergangenen Jahren klargeworden, dass ihre Stunde geschlagen hat. Selbst diejenigen, die durchaus für Gleichberechtigung sind, erkennen erste Ansätze des berühmten Ausschlags des Pendels ins Extreme (ein Phänomen, das bei jeder historischen Umwälzung vorkommt). In einem so empfindlich, ja ängstlich gewordenen männlichen Umfeld hat es der Feminist schwer, seine Ansichten über die Unterdrückung der Frau zu verbreiten, ohne massive Sympathieverluste seiner Geschlechtsbrüder zu erleiden. Mag sein, dass das einem Hardcore-Feministen egal ist. Aber wenigstens von den Frauen möchte er für seine Ansichten geliebt werden, zumindest platonisch – doch auch dazu kommt es immer seltener. Denn immer mehr Frauen geht das Gerede von ihrer Unterdrückung auf den Wecker, es macht sie ja letztlich klein und verletzlich, und sie wollen unabhängig und stark sein.

Im Grunde steht der Feminist also ziemlich allein da. Bald wird ihm nur noch seine Mutter zuhören. Möglicherweise war ihm schon immer vor allem wichtig, dass ihm diese eine Frau zuhört. Das wäre dann immerhin ein schönes, nachvollziehbares Motiv für den männlichen Feminismus. ○

Gewalt gegen Frauen

Prozentsatz von Frauen, die einverstanden sind, dass ihr Partner das Recht hat, unter gewissen Umständen Gewalt anzuwenden



Freipass Scharia: Einstellung zur erlittenen Gewalt (Grafik), öffentliche Auspeitschung nach islamischem Recht in Indonesien (Bild rechts).

Wo Frauen am stärksten unterdrückt sind

Was globale Statistiken zeigen und der politisch korrekte Feminismus lieber ausblendet: Die Akzeptanz von Gewalt gegen Frauen ist in afrikanischen und islamisch geprägten Ländern erschreckend hoch. *Von Peter Keller*



Der Fall machte schweizweit Schlagzeilen: Zwei eritreische Flüchtlinge sollen eine 44-jährige Frau mehrfach vergewaltigt haben. «Gegen ihren Willen hätten die zwei sie entkleidet und sie dann abwechselnd vergewaltigt. Zuerst habe sie sich gewehrt, dann nur noch geweint. Nicht einmal auf die Toilette habe sie alleine gehen dürfen. Erst als sie vor Verzweiflung ins Bett gepinkelt habe, hätten die Männer von ihr gelassen», berichtet die *Thurgauer Zeitung* aus dem Prozess. Die beiden Angeklagten wurden schliesslich vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen. Das Gerichtsverfahren legte zu viele Widersprüche und Zweifel an der Tat offen.

Auch wenn letztlich nie genau geklärt werden kann, was zwischen den drei Personen in dieser fatalen Nacht passiert ist: Die Frau, aber

auch die beschuldigten Männer konnten vor ein Gericht gehen und einen fairen Prozess erwarten. Dem ist nicht so etwa in Saudi-Arabien. Hier besteht kein spezifisches Gesetz, das Vergewaltigung bestraft. Die juristische Basis des Königreichs bildet die Scharia, das islamische Recht, das außerehelichen Sex bestraft: mit Haft, Auspeitschen – bis hin zur Steinigung. Und so bizarr es klingen mag, eine Vergewaltigung gilt folglich als «aussererhelicher Sex», und nicht selten wird deshalb das weibliche Opfer verurteilt – selbst im als moderat geltenden Dubai. Dort wurde eine norwegische Touristin 2013 zu sechzehn Monaten Haft verurteilt, nachdem sie ihre Vergewaltigung angezeigt hatte.

Kein Rechtsschutz vor Vergewaltigung

Die Organisation für wirtschaftliche Zusam-

menarbeit und Entwicklung (OECD) hat umfassende Daten zur Gewalt an Frauen zusammengetragen. Auch was den rechtlichen Schutz beispielsweise vor Vergewaltigung betrifft. Die OECD unterscheidet dabei in einer Skala von 0 (erfüllt) bis 1 (keine Rechtsgrundlage vorhanden). Hier zeigen sich regional markante Unterschiede: Während in den meisten westlichen Staaten die Bestmarke erreicht wird, fallen neben Saudi-Arabien (1,0) vor allem afrikanische und/oder muslimisch geprägte Staaten ab. Weitgehend keine oder eine mangelhafte Gesetzgebung (0,8) weisen folgende Länder auf: Algerien, Armenien, Bahrain, Bangladesch, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Eritrea, Iran, Irak, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Mauretanien, Myanmar, Oman, Pakistan, palästinensische Gebiete, Katar, Sudan, Ver-



einigten Arabischen Emirate und Jemen. Dazu kommen drei osteuropäische Staaten: Bulgarien, die Tschechische Republik und Russland.

Noch deutlicher zeigt sich der rechtliche Graben im Bereich sexuelle Belästigung. Hier findet sich bei 28 Staaten keine Gesetzgebung (1,0), die Frauen vor Übergriffen schützt oder diese ahndet. Acht weitere Länder kommen lediglich auf den Wert 0,8. Das Profil dieser Staaten deckt sich weitgehend mit demjenigen zu den Vergewaltigungen: Es sind mehrheitlich afrikanische und/oder muslimisch geprägte Länder ohne entsprechende Rechtsgrundlage.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hält fest, dass weltweit Frauen sexuelle Gewalt mehrheitlich innerhalb einer Partnerschaft erleiden. Sie geht davon aus, dass eine von drei Frauen (35 Prozent) physische oder sexuelle Gewalt erlebt hat – innerhalb und ausserhalb einer Partnerschaft. Die OECD-Statistik führen folgende Staaten an, in denen mehr als 50 Prozent der Frauen Opfer von Gewalt wurden: Angola (78 Prozent), Äthiopien (71 Prozent), Bolivien und Demokratische Republik Kongo (64 Prozent), Tschad und Äquatorialguinea (57 Prozent), Ruanda

(56 Prozent), Gabun (54 Prozent), Bangladesch (53 Prozent), Kamerun, Uganda, Georgien (51 Prozent). Am unteren, also positiven Ende dieser Statistik stehen Kanada (6 Prozent), Hongkong (9 Prozent) und die Schweiz (10 Prozent). Ebenfalls 10 Prozent weist Armenien aus, was insofern interessant ist, als das Land beim rechtlichen Schutz vor sexueller Gewalt in der statistischen Rumpelkammer aufzufinden ist.

Die WHO nennt die tieferen Ursachen, die häufig mit der Gewalt gegen Frauen einher-

In Saudi-Arabien besteht kein spezifisches Gesetz, das Vergewaltigung bestraft.

gehen. Neben zerrütteten familiären Verhältnissen sind dies vor allem kulturell begründete Faktoren wie ungleiche Geschlechternormen: der männliche Anspruch, über den Frauen zu stehen, beziehungsweise die Akzeptanz, sich als Frau dem Mann unterzuordnen. Aufschlussreich ist auch die generelle Einstellung zur Gewalt. Die OECD hat in einer eigenen Statistik erfasst (siehe Karte), wie hoch der Prozentsatz von Frauen ist, die

der Aussage zustimmen, dass ihr Partner unter gewissen Umständen berechtigt sei, sie zu schlagen: Prügel als gesellschaftlich anerkanntes Züchtigungsmittel.

Erhellende Daten

Unter den 31 Staaten mit einer Zustimmungsrate von 50 Prozent und mehr befinden sich 23 in Afrika. In der Schweiz halten offenbar erstaunlich hohe 16 Prozent der Frauen Gewalt unter bestimmten Umständen für legitim. Ob hier der jeweilige Migrationshintergrund der befragten Personen eine Rolle gespielt hat, ist den vorliegenden Daten der OECD nicht zu entnehmen. Unabhängig davon sprechen die Daten auch so eine deutliche Sprache: In afrikanischen und islamisch geprägten Gesellschaften sind die Gewalt gegen Frauen und die Akzeptanz von Gewalt im Umgang zwischen den Geschlechtern deutlich ausgeprägter.

Erfreulicherweise zeigt eine Studie des World Economic Forums («The Global Gender Gap Report 2018»), dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in Bezug auf Bildung, Gesundheit, politische und wirtschaftliche Möglichkeiten seit 2006 insgesamt kleiner wird. ○

Befreite Männer

Die Emanzipation der Frauen hat die Männer stark entlastet und beiden Geschlechtern neue Freiheiten verschafft. Das sollten wir gemeinsam feiern.

Von Alex Baur



Meine beiden Grossväter konnten einem richtig leidtun. Ein Leben lang haben sie draussen geschuftet, während meine Grossmütter das Heim und die Kinder hüteten. Hart gearbeitet haben sie alle, doch ihren Zahntag mussten die Männer den Frauen abliefern, welche streng über das Budget wachten. Auch bei der Erziehung der Kinder wurden die Väter bestenfalls angehört, das Sagen hatten die Mütter. Dafür wurde den Männern das Politisieren überlassen. Lief es gut, kümmerte es keinen. Doch wehe, sie fällten falsche Entscheide. Dann konnten meine Grossmütter richtig aufsässig werden.

Bei meinen Vorfahren war das jedenfalls so, und bei denen meiner Frau (sie stammt aus Südamerika) erst recht. Gegen aussen durften die Männer den Gockel spielen, doch das Geld, also die wahre Macht, war fest in Frauenhand. Und wenn man nicht gerade Millionär war, hiess das: Die Damen sagten, wo's langgeht. Schon in der Generation meiner Eltern waren die Rollen nicht mehr so klar verteilt, in meiner noch viel weniger. Allerdings musste auch ich immer wieder um mein Mitspracherecht bei den familiären Finanzen kämpfen. Meine Frau hat zwar immer gearbeitet, doch der Unterschied zwischen Mein und Dein ist ihr, zumindest was meinen Lohn betrifft, im Grunde bis heute fremd.

Beim Hauskauf hat sie das letzte Wort

Es mag Familien geben, bei denen die Machtverhältnisse traditionell anders liegen. Doch die Tatsache, dass die Produktwerbung seit Urzeiten in erster Linie auf die Frauen zielt, weist doch darauf hin, dass meine Vorfahren eher die Regel als die Ausnahme waren. Und wenn es im öffentlichen Leben den Männern oblag, im Restaurant oder an der Kasse das Portemonnaie zu zücken, dann war das in der Regel nicht mehr als eine Illusion. 80 Prozent der Kaufentscheide werden gemäss Gudrun Sander, Professorin für Gender und Diversität an der Uni St. Gallen, von Frauen gefällt. Und das betrifft nicht nur den täglichen Konsum. Auch etwa beim Kauf eines Hauses hat die Frau gemäss einer jüngeren Studie der Credit Suisse in der Regel das letzte Wort.

Wie gut geht es uns Männern doch heute. Wir müssen uns nicht mehr um den Unterhalt unserer Frauen kümmern; viele arbeiten und leisten ihren Anteil zum Familieneinkommen. Wir müssen nicht mehr die ganze Ver-

antwortung in der Politik tragen; die Frauen bringen sich ein und leisten ihren Anteil. Die Erziehung und Pflege der Kinder – das schönste Privileg vielleicht, das es überhaupt gibt im Leben – ist nicht mehr allein den Frauen vorbehalten; wir Männer dürfen daran teilhaben. Und wenn wir im Gegenzug auch mal putzen, bügeln, waschen oder kochen, kostet uns das ein Lächeln; der Umgang mit all den Haushaltsmaschinen entspricht unserem natürlichen Spieltrieb. Wenn die Frauen sich nun auch noch in der Armee nützlich machen – willkommen und herzlichen Dank.

Erst recht profitiert haben wir Männer von der sexuellen Befreiung und der Entdeckung des weiblichen Orgasmus in den 1960er Jah-

«Die Frauen lassen die Männer für sich arbeiten, für sich denken, für sich Verantwortung tragen.»

ren. Bis dahin galt die Lust am Rammeln als männliche Exklusivität, die ihnen die Frauen gnädig oder auch widerwillig, aber niemals ohne Gegenleistung gewährten (oder eben nicht). Meine Grossväter mussten sich jeden Koitus noch mit Wohlverhalten, Geschenken und Gefälligkeiten aller Art abverdienen. Welch ein Kontrast zu meiner Generation. Ich hatte das unbezahlbare Privileg, frei von Gewissensbissen mit Frauen aufzuwachsen, die auch mal die Initiative ergreifen, wenn die Lust ihnen danach ist, und keinerlei Hemmung haben, ihre eigene Libido auszuleben. Es lebe die Emanzipation! Es war das Beste, was uns allen widerfahren konnte. Und es war nicht Männerwerk. Wir haben es den Frauen zu verdanken. Denn sie hatten die wahre Macht.

Esther Vilar war eine Ikone der Emanzipation. 1971 entwarf sie mit ihrem scharfsinnigen, in zahlreiche Sprachen übersetzten Superseller «Der dressierte Mann» das Bild einer Gesellschaft, in der faule und verwöhnte Frauen die Annehmlichkeiten der Neuzeit geniessen und die Männer herumdirigieren, ohne ihren Beitrag zu leisten. Das Büchlein

sorgte damals für Furore. Ich klaute es, wie so manch ein Teenager meiner Generation, heimlich vom Nachttisch meiner Mutter. «Die Frauen lassen die Männer für sich arbeiten, für sich denken, für sich Verantwortung tragen», las ich dort, «Frauen beuten Männer aus.» Und weiter: «Die Befreiung der Frau wäre die Befreiung der Frau von ihren Privilegien – doch dafür, dass das nicht passieren konnte, sorgte ausgerechnet «Women's Lib.»»

Alice Schwarzers Gewaltaufruf

Der Geschlechterkampf war im Grunde nur ein Nebenschauplatz im vielfältigen literarischen Werk der heute 84-jährigen in Buenos Aires geborenen Tochter deutsch-jüdischer Emigranten. Das Thema, welches sich wie ein Leitmotiv durch Vilars Romane, Theaterstücke, Essays und Streitschriften zieht, geht viel tiefer: Es ist die grosse Freiheit, die zwar alle lobpreisen, die meisten Menschen gleichwohl scheuen, weil sie ihnen auch die volle Verantwortung für ihr eigenes Tun aufbürdet. Wer frei handelt, kann die Schuld am Scheitern nicht mehr auf andere abwälzen. Und davor haben die meisten Menschen tief in ihrem Innern eine panische Angst.

Esther Vilar handelte sich mit ihrer These den ewigen Hass von Feministinnen ein. In einem legendären Fernsehduell auf ARD geriet Alice

Schwarzer 1975 derart in Rage, dass sie physische Gewalt gegen ihre gelassen argumentierende Kontrahentin rechtfertigte. Nach tätlichen Angriffen verliess Vilar – wie vier Jahrzehnte zuvor schon ihr jüdischer Vater – Deutschland fluchtartig. Doch die schäumende Wut bestätigte lediglich, dass die Autorin den wunden Punkt getroffen hatte: Feminismus und Emanzipation sind Antagonisten, die miteinander in einem unversöhnlichen Widerspruch stehen.

In bewundernswerter Weitsicht und mit messerscharfer Eloquenz hatte Vilar schon vor bald fünfzig Jahren den Feminismus als Hauptfeind der Emanzipation entlarvt. Von Gleichberechtigung kann nur die Rede sein, wenn das Geschlecht bei der Arbeit, in der Politik oder vor dem Richter keine Rolle mehr



Autorin Vilar.



Feministin Schwarzer.



Feminismus und Emanzipation sind Gegenspieler.

spielt. Jede Privilegierung, jede Quote ist eine Beleidigung für die emanzipierte Frau, die nicht ob ihres Geschlechts beurteilt und in ein Amt oder in eine Chefposition gewählt werden will, sondern in einem offenen Wettbewerb allein aufgrund ihrer Leistung. Die emanzipierte Frau mag sich nicht von ihrem Partner alimentieren lassen, erst recht nicht nach einer Scheidung. Warum sollen Frauen trotz einer höheren Lebenserwartung früher in Pension gehen als die Männer?

«Die Frauen können wählen, und das ist es, was sie den Männern so unendlich überlegen macht», schrieb Vilar, «jede von ihnen hat die Wahl zwischen der Lebensform eines Mannes und der eines dummen, parasitären Luxusgeschöpfes [...] der Mann hat diese Wahl

nicht.» Zumindest in der westlichen Gesellschaft war für sie die Vorstellung von der systematisch benachteiligten Frau eine Ausrede, die von der Realität ablenkt: «Dass der Mythos von der unterprivilegierten Frau ausge-

Die Lohnschere tut sich erst mit dem Kinderkriegen auf.

rechnet dort am meisten Verteidiger findet, wo es den Frauen am besten geht, ist einleuchtend: Wo es der Frau am besten geht, müssen Frauen und Männer die grössten Anstrengungen machen, es zu verbergen.» Bis in die 1970er Jahre waren tiefere Löhne für Frauen

namentlich beim Staat wohl eine Realität, die sich allerdings aus der damals gültigen Regel ableitete, wonach ein Mann mit seinem Lohn eine ganze Familie zu ernähren hatte. Diese Zeiten sind Geschichte. Wenn Frauen heute je nach Rechenmodell im Schnitt 7,7 bis 25 Prozent weniger verdienen als Männer, ist das vor allem darauf zurückzuführen, dass die einen Geld verdienen dürfen und die anderen müssen. Wer muss, der strengt sich mehr an und steckt sich höhere Ziele. Das entspricht nicht nur der Lebenserfahrung, es lässt sich statistisch belegen.

Privileg der Wahl

Bis zum 30. Lebensjahr besteht in der Schweiz nämlich fast keine Lohn Differenz zwischen den Geschlechtern. Männer und Frauen verdienen für die gleiche Arbeit etwa gleich viel. Die Lohnschere tut sich erst auf mit dem Kinderkriegen. Viele Mütter stecken dann ihre beruflichen Ziele zurück und nehmen es auch etwas lockerer, wenn sie wieder einsteigen. Alleinstehende Frauen dagegen verdienen statistisch etwa gleich viel wie die Männer. Man kann sich nun über diese biologische Ungleichheit beklagen, doch es ändert nichts daran: So wie keine Frau gezwungen ist, Kinder zu kriegen, arbeiten nach wie vor viele Frauen freiwillig. Sie haben, anders als die meisten Männer, die Wahl.

Esther Vilar kritisierte ihre Geschlechtsgenossinnen nicht bloss, sie zeigte in ihrem weniger beachteten Folgewerk «Das Ende der Dressur» (1977) auch eine Alternative auf: Männer und Frauen sollten sich Erwerbsarbeit und Familienbetreuung teilen. Sie trat damit – wiederum als Pionierin, lange bevor der Mainstream nachgezogen ist – gegen eine über Jahrtausende gefestigte Rollenverteilung an. Schauen wir uns heute etwas um, stellen wir fest: Viele Paare meistern Arbeit und Familienbetreuung gemeinsam, nicht weil sie dazu überredet oder gar gezwungen wurden, sondern weil es ihnen so behagt.

Wir sollten uns allerdings auch nichts vormachen: Esther Vilers Forderung nach einer Welt, in der Männer und Frauen sich Arbeit, Macht und Verantwortung gleichermassen aufteilen, ist nicht mehr als eine Vision. Männer und Frauen sind nun mal nicht gleich. Doch das Ziel der Emanzipation ist nicht der Zwang zu einem bestimmten Lebensmodell, sondern im Gegenteil die Befreiung der Menschen aller Geschlechter aus der Fremdbestimmung und der selbstverschuldeten Unmündigkeit. In dieser Hinsicht wurde doch einiges erreicht – nicht wegen, sondern trotz des Feminismus. All die vielen freiheitsliebenden, emanzipierten Frauen, die ohne grosses Aufheben und aus eigenen Stücken mehr Verantwortung übernommen und damit auch ihren Männern neue Freiheiten gewährt haben, sie sind die wahren Heldinnen unserer Zeit. Ihnen gebührt unsere Anerkennung. ○



Überwindung der Old-Boys-Netzwerke: Unternehmerin Nicole Loeb.

Im Schatten der Superfrauen

Der Ruf nach Diversität im Berufsleben hat die Chancengleichheit von Mann und Frau ausgehöhlt statt unterstützt. Es gibt andere, wirksamere Rezepte.

Von Katja Rost



In der Schweiz sind Frauen in Machtpositionen weiterhin unterrepräsentiert; dies, obwohl die Frauen die Männer beim Bildungsniveau überholt haben. Warum verläuft Gleichstellung derart schleppend? Es lohnt ein historischer Rückblick: Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein alter Hut. Seit der Emanzipationsbewegung der 1960er Jahre steht das Thema auf der Agenda. In den Führungsetagen von Organisationen reagierte man skeptisch: Ursächlich ist weniger die grundsätzliche Ablehnung der Gleichstellungsidee, sondern mehr der zunehmende Frust über staatlich verordnete Forderungen und Massnahmen. Die Personalabteilungen der Unternehmen reagierten in den 1990er Jahren auf diesen Unmut. Man entwickelte Diversität als Business-Case. Das Rezept war einfach: Statt von der Gleichstellung von Mann und Frau sprach man

neu von Diversität. Diversität beinhaltet neben dem Geschlecht eine Vielzahl anderer Personenmerkmale wie Fach- und Bildungshintergrund, kulturelle Unterschiede, Nationalität, sexuelle Orientierung oder persönliche Vorlieben. Der Vorteil: Jeder fühlt sich angesprochen. Das Konzept verspricht zudem eine Win-win-Situation, also auch Unternehmen profitieren, durch höhere Umsätze, höhere Produktivität, Kreativität und geringere Fluktuation. Schlagartig wurde das Thema strategisch relevant und diffundiert in die Wirtschaft.

Heute «managt» jedes grosse Unternehmen seine Diversität in Abteilungen, Kommissionen und Programmen, beispielsweise durch Mentoring, Bezugsgruppen, Diversitäts-Trainings, Evaluationssysteme oder numerische Ziele. In Bezug auf Frauen in Führungspositionen hat dies wenig gebracht. Das zeigt die Statistik: Der Anteil Frauen in Führungs- und

Machtpositionen in der Wirtschaft – beispielsweise als CEOs von SMI-Unternehmen – ist in den letzten Jahren nur unwesentlich gestiegen. Das zeigt die Forschung: Diversitätsprogramme haben keinen nachhaltigen Effekt auf die Steigerung des Frauenanteils in Machtpositionen. Warum bringen Diversitätsbemühungen so wenig?

Nach dem persönlichen Geschmack

Erstens rücken die Programme weg vom verpflichtenden Aspekt der Chancengleichheit, hin zur freiwilligen Förderung von Verschiedenartigkeit. Verschiedenartigkeit legitimiert die Diskriminierung bestimmter Minderheiten, beispielsweise von Frauen, unter dem Deckmantel der «Diversität», die das Geschlecht mit der Sportart oder dem Kleidungsstil gleichsetzt. Unter dem Motto «Alle Menschen sind verschieden» werden Macht-

ungleichheiten in der Gesellschaft ebenbürtig behandelt, wie Unterschiede im persönlichen Geschmack. Evident wird diese Gleichsetzung bei der Ausformulierung der Diversitätspolitik. Jede Gruppe soll sich angesprochen fühlen. So verwenden Programme zur familienfreundlichen Unternehmensstrategie eine geschlechtsneutrale Sprache und betonen Flexibilität, Wahlfreiheit und Vereinbarkeit von Beruf und

Die Forschung zeigt, dass sich junge Frauen ohne Familie genauso reinknien wie junge Männer.

Familie. Dass diesbezüglich keine Gleichheit zwischen den Geschlechtern herrscht, wird in den Strategien verschwiegen. Diversitätsprogramme werden damit Ungleichheits-blind.

Zweitens sind die Diskriminierungsstellen aus den Personalabteilungen in die Rechtsabteilungen abgewandert, um die Managementunterstützung für Diversität nicht zu gefährden. Hierdurch verlieren Personalabteilungen das legale Mandat für Programme der Chancengleichheit.

Drittens erlaubt es eine Diversitätspolitik, sich als glücklich machender Arbeitgeber zu verkaufen, der Verschiedenartigkeit wertschätzt und belohnt. Hierdurch können Unternehmen Diversität als Werte-Statement zelebrieren, auch wenn keine oder nur wenige Frauen im Topmanagement vertreten sind.

An dieser Stelle sollte man – und dies geschieht in der Praxis viel zu selten – nochmals die Ursachen für die Unterrepräsentation von Frauen in Machtpositionen beleuchten. Über folgende Gründe wird diskutiert. Erstens: Frauen knien sich nicht genügend rein. Zweitens: Es besteht eine Voreingenommenheit gegenüber Frauen in Machtpositionen. Drittens: Old-Boys-Netzwerke erschweren Frauen den Zutritt zu Machtpositionen.

Die Forschung zeigt, dass sich junge Frauen ohne Familie genauso reinknien und bemühen wie junge Männer. Auch unterscheiden sich die Führungsqualitäten von Männern und Frauen kaum. Strukturelle Gründe erklären, warum Frauen ab einem bestimmten Alter nicht im selben Ausmass beruflich zur Verfügung stehen wie Männer. Zum einen übernehmen sie weiterhin den Hauptanteil der Kinderbetreuung und Pflegeaktivität im Haushalt. Selbst in Partnerschaften, in denen Mann und Frau auf dieselbe erfolgreiche Karriere zurückblicken, investieren Frauen mehr als doppelt so viel Zeit in Betreuung und Pflege. Bei 60 Prozent der männlichen Top-Führungskräfte bleibt die Frau zu Hause oder arbeitet Teilzeit. Bei nur 10 Prozent der weiblichen Top-Führungskräfte bleibt der Mann zu Hause oder arbeitet Teilzeit. Auch sind Frauen infolge der fehlenden Bereitschaft von Unternehmen, sie in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen,

demotiviert und scheiden aus dem Karriere-Track aus. Die wenigen erfolgreichen Frauen mit Kindern kehren schneller als der Blitz nach der Geburt an den Arbeitsplatz zurück. So nahm sich Marissa Mayer, ehemalige CEO von Yahoo, zwei Wochen Auszeit nach der Geburt. Ein häufiger Tipp für Frauen mit beruflichen Ambitionen lautet deswegen, einen Partner zu wählen, der die eigene Karriere zugunsten der Frau zurückstellt. Die Forschung bestätigt, dass viele erfolgreiche Frauen entweder einen solchen Partner haben oder aber kinderlos sind oder aus einer vermögenden Familie stammen, die eine Betreuungsinfrastruktur zur Verfügung stellen kann. Auch müssen sich berufstätige Mütter für den Spagat zwischen Karriere und Kind nach wie vor rechtfertigen. Berufstätige Väter nicht.

In den Führungsetagen von Organisationen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie trotz Diversitätsmassnahmen meist nur auf dem Papier erfüllt. Dies beginnt bei Sitzungszeiten, Arbeitsstunden, Erreichbarkeit und führt über das fehlende Angebot bezahlbarer Kinderbetreuung, welche die Arbeitszeiten abdeckt, bis hin zu ungenügendem Mutterschaftsschutz oder fehlender Flexibilität bei Auslandsreisen und Abendterminen. Auch Teilzeitarbeit oder Jobsharing werden in Führungsetagen oft abgelehnt.

Das Los soll entscheiden

Zweitens werden Frauen Opfer doppelter Standards. In Leitungspositionen werden Frauen als zu wenig durchsetzungsstark oder als zu aggressiv wahrgenommen. Kritik über Auftreten und Kleidungsstil trifft deswegen meist weibliche Führungskräfte, aber nur selten männliche. Missbilligung erfahren Frauen auch von anderen Frauen, weil gesellschaftliche Rollenbilder verinnerlicht wurden. Frauen werden auch gern für «Büro-Haushaltsführung» eingesetzt, also mit Aufgaben betreut, die eine geringe Sichtbarkeit, Reputation und Belohnung versprechen. So wurde Carol Bartz, ehemalige CEO von Yahoo, von einem Gast beim Dinner mit Bill Clinton gefragt, ob sie ihm eine Tasse Tee bringen könne.

Man befördert Frauen gern auf Posten, die mit hohen Risiken behaftet sind, beispielsweise als Chefin in Zeiten der Unternehmenskrise, oder auf Posten ohne Ressourcenverantwortung und Macht, beispielsweise als Diversitätsbeauftragte. In männerdominierten Bereichen, beispielsweise im Topmanagement, erlangen einzelne Frauen zudem Superstar-Status. Das schadet allen anderen Frauen, deren Leistungen knapp unterhalb derjenigen der Superfrau liegen. Die Leistungsbeurteilungen dieser Frauen fallen schlechter aus als bei vergleichbaren Männern, weil alle zur Superfrau aufschauen und die Illusion entsteht, dass Diskriminierung keine Rolle mehr spielt. Diversitäts-Trainings, die für diese doppelten

Standards sensibilisieren, zeigen kaum Erfolge. Solche Programme aktivieren Stereotype, die nun bewusst wahrgenommen werden.

Die jüngere Forschung empfiehlt deswegen, bei den arbeitsmarktrelevanten Präferenzen von Männern und Frauen anzusetzen. Es ist erwiesen, dass insbesondere die leistungsstarken Frauen seltener in Wettbewerbssituationen eintreten als Männer und bei erzwungenem Wettbewerb schlechter abschneiden. Grund sind verinnerlichte Rollenmuster: Männer, die im Wettbewerb gewinnen, werden geschätzt und gelobt. Frauen, die Wettbewerbe gewinnen – besonders männlich konnotierte –, werden mit Sympathieentzug bestraft. Für Unternehmen bedeutet dies, dass Strukturen geschaffen werden müssen, die den Wettbewerb um Machtpositionen teilweise abschwächen. Hier zwei Beispiele: Wer eine Führungsposition im Unternehmen anstrebt, kann sich nicht mehr bewerben, sondern ist automatisch im Pool berücksichtigt. Nur diejenigen, die sich aus dem Pool abmelden, werden nicht berücksichtigt. Auch die Anwendung des Losverfahrens nach einer sorgfältigen Vorauswahl geeigneter Kandidierenden bei der Besetzung von Machtpositionen scheint geeignet. Wer per Los in eine Machtposition gewählt wird, hat nicht mit Sympathieverlust zu rechnen.

Zuletzt sind Führungsetagen oft männlich dominiert. Frauen haben damit weniger Unterstützer im Unternehmen, weil sie keinen Old-Boys-Netzwerken angehören. Ein Grund für den Ausschluss von Frauen aus diesen Netzwerken sind Interessenunterschiede, beispielsweise, dass sich Männer gern mit anderen Männern treffen, etwa auf ein Feierabendbier oder beim Fussball. Ein anderer Grund ist, dass Männer in Machtpositionen den engeren Kontakt mit Frauen meiden, um nicht in den Verdacht sexueller Interessen zu kommen. Die #MeToo-Debatte hat diesen Aspekt zuungunsten der Frauen beeinflusst. In der Regel werden Old-Boys-Netzwerke dann überwunden, wenn der Anteil der Frauen in Machtpositionen hinreichend gross ist.

Fazit: Der Diversitätsdiskurs hat die Chancengleichheit von Mann und Frau ausgehöhlt statt unterstützt. Unternehmen, die es mit der Gleichstellung ernst meinen, sollten stattdessen in Organisationsstrukturen investieren. Das bedeutet Familienfreundlichkeit – nicht nur auf dem Papier –, Eindämmung von Wettbewerb bei der Vergabe von Machtpositionen und, im Notfall, falls der Frauenanteil trotz vorhandener weiblicher Talente und trotz Implementierung der beiden erstgenannten Massnahmen dauerhaft gering bleibt: Quoten.

Katja Rost ist Professorin für Soziologie an der Universität Zürich mit den Schwerpunkten Wirtschafts- und Organisationssoziologie, digitale Soziologie, soziale Netzwerke, Diversität.

«Et Dieu... créa la femme»

Die Entstehung der Frau ist eine Geschichte, die mit Eva begann und bis in unsere heutigen Tage ihr Happy End sucht. Von Michael Bahnerth



Dass die Bibel von Männern verfasst wurde, macht all die Dinge um Gleichberechtigung, Emanzipation und Feminismus auch nicht gerade einfacher. Rund vierzig heteronormative Cis-Männer verfassten die Heilige Schrift über die Jahrhunderte, es waren Propheten, Priester, Steuereintreiber, Fischer, Zeltmacher, Hirten und Ärzte. Frauen konnten damals vor 2000, 3000 Jahren vielleicht ein wenig malen; schreiben konnten sie nicht. Vielleicht liegt der Grund dafür, weshalb ihnen der Weg zum geschriebenen Wort eine kleine Ewigkeit versperrt worden war, ausgerechnet bei der vermeintlich ersten Frau der Welt: bei Eva, die einen Apfel vom Baum der Erkenntnis ass. Es war das erste Mal, dass Eva in ihrem Leben mutig war, sich über die Bestimmungen, das Wort Gottes, hinwegsetzte. Ihr Biss in den Apfel war das Ende des Paradieses, der Beginn der Erbsünde und der Diskriminierung des schwachen Geschlechtes, wie es fortan bezeichnet werden sollte.

Adam hat auch in diesen Apfel gebissen, soviel man annimmt, aber erst nach Eva. Das reichte den nachfolgenden Generationen von Männern jedoch, einmal Eva allein die Schuld für den Verlust des himmlischen Lebens und die Landung auf dem Boden einer Welt voller Arbeit, Leid und Schmerz in die Schuhe zu schieben. Und all die Generationen von Frauen, die Eva folgten, an der Leine der drei K – Küche, Kinder, Kirche – zu halten.

Evas wilde Schwester

Wäre alles anders gekommen, wäre Eva nicht von dieser Schlange verführt worden und Adam etwas disziplinierter gewesen oder hätte Adam diesen Apfel zuerst zum Mund geführt und Eva hätte ihm dem Apfel entrissen und weit weg in die Tiefen des Paradiesgartens geschmissen und sich als das wahre starke Geschlecht entpuppt, so hätten Frauen möglicherweise gleichberechtigt die Bibel mit verfassen und das Frauenbild prägen können. Und dann hätte sich Evas wilde Schwester Lilith als Archetypin der ungebundenen und selbstbestimmten Frau über die Jahrtausende im kollektiven Bewusstsein der Menschen verankert, und wahrscheinlich würde es in der Schweiz jetzt gar keinen Frauenstreiktag brauchen.

Es gibt in der Bibel, im Alten Testament, nur eine einzige Erwähnung dieser ersten aller

emanzipierten Frauen. Es ist nur ein kleiner Satz im Buch des Propheten Jesaja (34,14), nicht der Rede wert. Die Geschichte, wie sie von Lilith in der rabbinischen Literatur und als alte jüdische Sage erzählt wird, geht so: Gott schuf Adam und dann Lilith. Adam zuerst, was aus heutiger Sicht auch nicht ganz korrekt scheinen mag, und er schuf sie, nicht wie später seine zweite Frau Eva, aus einer von Adams Rippen, sondern aus derselben Erde wie Adam selbst. Lilith schloss daraus, dass sie und Adam gleichberechtigt seien. Das äusserte sich, wenn die Überlieferungen mehr sind als die Fantasie eines Chronisten, darin, dass Lilith – die eine Mischung gewesen sein soll aus Sexbombe, Lustgöttin, Verführerin und Intellektueller – beim Geschlechtsakt das Recht für sich in Anspruch nahm, nicht immer unter Adam

«Lilith war einfach nicht bereit, sich seiner männlichen Autorität unterzuordnen.»

liegen zu müssen, sondern, auch, auf ihm zu sitzen (Reiterstellung). Aber das war offenbar nur der Höhepunkt einer ganzen Reihe von Verhaltensmustern, die Adam äusserst libertär fand; Lilith war einfach generell nicht bereit, sich seiner männlichen Autorität unterzuordnen und in erster Linie dafür da zu sein, dass es ihm gutgeht. Als Adam mit dem Versuch begann, Liliths Trieb nach Gleichberechtigung und Freiheit zu unterbinden, floh Lilith aus dem Garten Eden. Für immer.

Seltsamerweise missfiel dies Adam, der dann offenbar doch lieber eine Frau hatte, die ihm auf die Nerven ging, als gar keine, und so schuf ihm Gott Eva, die es besser verstand, auf seine Wünsche einzugehen, die, bis auf diese fatale Geschichte mit dem Apfel, gehorsam war und arbeitsam, vielleicht nicht so ein Sexteufelchen wie Lilith, aber immerhin.

Natürlich wurde Lilith bestraft, auch weil Gott oder die Götter natürlich Männer waren und solidarisch mit Adam, und dazu verurteilt, bis in alle Ewigkeit verdammt zu sein und dämonische Kinder zu gebären. Es brauchte lange, bis die Zeit den Fluch über Lilith brach. Erst in den 1960er Jahren kamen Psychologen



Ist sich die Frau womöglich selbst ein Rätsel?

zur Erkenntnis, dass Lilith die dunkle, verleugnete Schwester von der in der patriarchalischen Tradition gefangenen Eva sein könnte und eine Metapher für Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung. Eine Frau, die erste, die für ihren Anspruch auf eine lustvolle Sexualität kämpfte, die unabhängig war von der Mutterschaft. Als Frauen in grossem Stil begannen, aufzubegehren und etwa als Zeichen ihrer Befreiung rituell ihre Büstenhalter verbrannten, wurde Lilith zur Ikone, und Feministinnen benannten Frauenbuchhandlungen und Frauencafés nach ihr.

Man könnte das alles jetzt natürlich als eine weitere, schon längst staubig gewordene Peti-



Sexteufelchen Lilith (l.), Adam-Gattin Eva.

tesse im Weltenlauf abtun, wenn in dieser ersten aller Unterdrückungen der Frau nicht diese fatale Tragik läge, die zum Geschlechterdilemma in unseren Tagen geführt hat. Für die Dauer eines Wimpernschlags im Kontinuum der Zeit ging damals etwas unwiederbringlich schief. Da waren einfach ein paar Männer, die an einer Schöpfungsgeschichte werkten, und weil das Leben ein mühsames ist voller Krankheiten, Krieg und Sterben und nörgelnden Weiber zu Hause, weil da draussen kein Paradies ist, weil diese doofe Eva in den Apfel gebissen hat, wird das Weib zu einer allzeit bereiten, gütigen und fürsorglichen Gebärmuttermaschine kleingestutzt.

Die Geschichte der Unterdrückung der Frau ist auch jene der Erbsünde der Männer. Schwer zu sagen, was mit den Männern von damals los war. War ja bei Jesu, der sich wahrscheinlich auch als Feminist verstand, nicht wirklich viel besser. Die Frauen durften seine Füße waschen und Speisen zubereiten, die Männer beim Abendmahl dabei sein. Kann sein, dass die Männer damals eine Art Angst gegenüber der Frau verspürten, deren Wurzel darin lag, dass im Grunde die Frau bis auf die Körperkraft und das Wagenlenken dem

Manchmal denke ich, man sollte für die Dauer einer Generation das Matriarchat ausrufen.

Mann überlegen ist. Frauen ertragen mehr Schmerz, sind tapferer im Leid, weniger selbstmitleidig, grausamer, aufopferungsbereiter, konsequenter, sie können lieben und selbstlos sein, verzichten, weniger trinken, ihr Horizont ist universeller.

«Was will das Weib?»

Was hätten wir uns sparen können, wenn die Männer der damaligen Zeit ein feministisches Bewusstsein gehabt hätten und die Frauen etwas mehr Mut, sich gleich am Anfang von allem zu wehren und nicht erst nach 2000 Jahren, als das Falsche schon längst als das Richtige galt. Wie sehr könnten wir uns dann alle gemeinsam um die wirklich wichtigen Dinge kümmern, um die grosse Schlacht unserer Zeit, jene der Weltrettung, und müssten uns nicht etwa um die patriarchalische Wortwahl in Verfassungstexten streiten oder darüber, ob es gendernässig okay ist, dass auf der Schweizer Steuererklärung der Mann als Erster erwähnt wird.

Es ist klar, dass das Wesen der Frau auch ein Produkt dieser Geschichte ist. Wer jahrtausendlang eingeschränkt wird, redet sich das entweder schön oder hält das irgendwann für normal, und wenn er die Fähigkeit zum Arrangement nicht besitzt, verzweifelt er daran, und ein paar wenige

brechen aus. Die Frage aber bleibt, was Gott oder die Schöpfung oder die Evolution da aus Sternenstaub überhaupt schaffen wollte, abgesehen von einem Wesen mit der Fähigkeit zu gebären und zu bezirzen. Aus Männersicht entstand ein Antagonismus, etwas, das den Mann gelegentlich in den Wahnsinn treibt oder in den Himmel fliegen lässt. Die Schwierigkeit dabei ist, dass er oft zuvor nicht weiss, welcher Daseinszustand der nächste sein wird. Manchmal sind Frauen Brigitte Bardot, manchmal Xanthippe, und vielleicht führte diese Unberechenbarkeit Sigmund Freud zu seiner berühmten Frage: «Was will das Weib?»

Klar scheint diesbezüglich nur, dass ein paar hunderttausend einen Tag lang streiken wollen, um in kleineren und grösseren Protestmärschen für eine vollumfänglich praktizierte Gleichberechtigung einzutreten. Alles andere bleibt rätselhaft, und das mag daran liegen, dass sich die Frau womöglich selbst ein Rätsel ist. Es gibt die These, die viel mehr von Frauen selbst vertreten wird als von Männern, dass, seit ihnen niemand mehr sagt, was sie müssen, und seit sie dürfen, was sie wollen, sie nicht mehr wissen, was sie eigentlich wollen, oder das Gefühl haben, unglaublich viel zu müssen, um der von ihnen selbst und nicht mehr vom Mann definierten Rolle der Frau gerecht zu werden; Kerl, Kinder, Küche, Karriere, alles.

Freiheit hat ihren Preis, wie man so sagt, und gelegentlich zahlt man mit Orientierung. Das scheint in diesen Tagen gerade der gemeinsame Nenner von Mann und Frau zu sein, die Suche nach Orientierung, das Ankommen in neuen Rollenmustern. Die Geburt, wenn man so will, eines neuen Bewusstseins, das Kreieren von neuen Identitäten. Es ist der grosse Versuch, dem Ungleichen eine Gleichberechtigung zu verpassen. Was dabei auf der Strecke bleiben und absterben wird, wissen bis jetzt nur die Götter. Vielleicht wird, wenn dieses Gleichberechtigungsding dann endlich einmal vom Tisch ist, die Welt ja tatsächlich eine bessere, eine harmonischere vielleicht.

Gleichheit und Freiheit für alle

Manchmal denke ich, man sollte für die Dauer einer Generation das Matriarchat ausrufen. Gebt den Frauen die Macht und die Mittel zur Gestaltung und was sie sonst noch denken, zu brauchen. Nur wer blind ist, sieht nicht, dass das lange, oft ungehobelte Wirken des Mannes für die Welt erhebliche Nebenwirkungen hervorgebracht hat. Danach kann man Bilanz ziehen. Vielleicht haben Männer dann endlich begriffen, dass Frauen ganz vieles auch können, einiges sogar besser. Und vielleicht haben Frauen dann begriffen, dass Männer auch ganz vieles können, einiges sogar besser. Vielleicht bleibt auch alles gleich oder wird noch schlimmer.

Es ist nicht leicht, zu sagen, wie die gemeinsame Geschichte der Geschlechter weitergeschrieben werden wird, wer den Griffel, wenn man so will, führen wird. Ob die nächsten Jahre und Jahrzehnte weiter geprägt sein werden vom Bestreben um weniger Diskriminierung und vom Erreichen der Gleichberechtigung. Ich für meinen Teil, wenn ich das so simpel sagen darf, liebe Frauen, ich bin in meiner Seele ein Feminist, ich bin für Gleichheit und Freiheit für alle, und wenn es sein muss, entschuldige ich mich für die Verfehlungen, Irrtümer, Unterdrückungen, Schweinereien und Missverständnisse aller Männer vor mir. Ich möchte nichts so sehr als unmittelbare Gleichberechtigung, und zwar sofort. Damit alle wieder ein wenig normal werden können. ○



Bester und schönster Racheengel aller Zeiten: Renée Zellweger als Anne Montgomery.



Ikone der Woche

Schuld und Sühne

Von Michael Bahnerth

Sie hat zur einen Hälfte Schweizer Blut, zur andern norwegisches, und in ihrer jüngsten Rolle ist sie das Kaltblütigste, das man sich vorstellen kann: Renée Zellweger, Schauspielerin, Vater aus Au, St. Gallen, Mutter aus Kirkenes, Norwegen, 1,63 Meter gross, fünfzig Jahre alt, fünfzig Kilo schwer zurzeit, vierzig Rollen in Filmen und Serien in siebzehn Jahren, Oscar-Preisträgerin. Ihr Durchbruch war Bridget Jones, dieses moppelige, liebenswürdige, schokoladenverzehrende Schussel auf der Suche nach allem. Der Film war der grösste Trost der letzten Jahrzehnte für alle ungeliebten, unförmigen Frauen aus den fetten Mittelschichten des Lebens.

Ich mochte «Bridget Jones» nicht, und dieser silberne Schleierblick, der zwar wie ein Blick in ein unergründliches, fernes Wasser ist, verfiel irgendwie nicht bei mir. Zellweger soll in der Zwischenzeit offenbar mal dies und das gemacht haben; nahm zwanzig Kilo zu, um Bridget Jones zu sein, danach zwanzig Kilo ab um Renée zu sein, sie war mit George Clooney und Bradley Cooper zusammen, aber kaum länger als das Haltbarkeitsdatum einer Tafel Schokolade. Sie nahm sechs Jahre lang keine Rollen mehr an und gab sich selbst eine neue, liess sich hier und da ein wenig verjüngen, trainierte sich kleine süsse Muskeln an und ist heute eine der attraktivsten fünfzigjährigen Frauen Hollywoods und zurück im Business.

Übermensch unter Menschen

In der Netflix-Serie «What/If» spielt sie Anne Montgomery, eine Lady *death*, eine Femme fatale, sie ist Beauty, und sie ist *beast*, eine Dämonin in Designerkleidern, eine, die Bridget Jones in der Hölle schmoren lassen würde und Vergnügen dabei empfindet; sie spielt den besten und schönsten Racheengel aller Zeiten. Sie spielt die verlorene Seele so gut, dass sie all den Schrott an Seitensträngen, der in diesem Schuld- und Sühne-Drama mit Kult- und Trash-Potenzial auch noch vorkommt, vergessen macht. Ihre Präsenz, ihre filigrane Mimik, ihre hinter ihrem lustvollen Zynismus kaschierte Verletzlichkeit, ihr Wille – ein Übermensch unter Menschen – überstrahlen alles.

Die Story ist nicht neu, es geht um ein unmoralisches Angebot. Montgomery zahlt einer jungen Wissenschaftlerin 80 Millionen Dollar für ihre Biogenetik-Start-up-Bude, wenn sie eine Nacht mit deren Ehemann verbringen kann. Das ist die Schuld in der ersten Episode, die restlichen neun sind die Sühne; in allen sind die Frauen stark und die Männer so, wie sich Vorortproleten Mädchen vorstellen. Grosses Kino.

Bärfuss in Hochform

Eine neue Sektion der SP will den EU-Beitritt der Schweiz forcieren. Am Gründungsanlass diskutierten mit Jonas Lüscher und Lukas Bärfuss zwei der angesehensten Autoren des Landes. Es kam anders als erwartet: erstaunlich kontrovers, erstaunlich erfrischend. *Von Rico Bandle*

Ein Blick in den Raum im ersten Stock des Bahnhofbuffets Olten sagt alles aus über die Mobilisierungskraft einer EU-freundlichen Gruppe in der Schweiz. Der kleine Saal ist halbleer, nicht einmal fünfzig Leute sind eingetroffen zur öffentlichen Diskussion im Rahmen der Gründung der «Sektion EU» der SP. Dabei sind mit Lukas Bärfuss und Jonas Lüscher zwei der angesehensten Schriftsteller des Landes angekündigt. Die NZZ und der *Tages-Anzeiger* hatten mit ganzseitigen Interviews auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht. Mehr Publizität geht kaum. Doch die zwei Autoren brauchen nicht einmal ein Mikrofon, so wenige Zuhörer sind da.

Vielleicht war die Affiche für ein breites Publikum abschreckend. Wer will schon ein abgehobenes Gespräch zweier gleichgesinnter Literaten hören? Doch wer so denkt, wird rasch eines Besseren belehrt. Vor allem Lukas Bärfuss, für viele Leute der Inbegriff des freudlosen und selbstgerechten Moralisten, zeigt sich an dem Abend von einer überraschenden Seite: voller Witz und Schlagfertigkeit, mit der seltenen Fähigkeit ausgestattet, auch mal die Haltung der Gegenseite einzunehmen. Er stellt in der Diskussion vor lauter Europa-Freunden nicht etwa die Vorzüge des Friedensprojekts EU ins Zentrum – die es zweifellos gibt –, sondern konzentriert sich auf die Schwachstellen.

Spannend ist das Aufeinandertreffen von Lüscher und Bärfuss, weil die beiden nicht nur bezüglich der EU-Frage unterschiedliche Sichtweisen vertreten, sondern auch bezüglich der Rolle der Intellektuellen im politischen Diskurs. Lüscher will aktiv Einfluss nehmen, ist als Doppelbürger sowohl Mitglied bei den deutschen als auch den Schweizer Sozialdemokraten, nun auch Gründungsmitglied der neuen EU-Sektion der SP. Und er hat letztes Jahr erfolglos versucht, eine länderübergreifende Grossdemonstration für Europa auf die Beine zu stellen («Ich habe vier Monate lang nichts anderes gemacht»).

Bärfuss hingegen sieht sich als unabhängigen Beobachter. Eine Mitgliedschaft in einer Partei ist für ihn ausgeschlossen. «Wie kann ein Schriftsteller seine literarische Arbeit durch einen Parteieintritt kompromittieren?»

Rettungsanker Politik

Was die beiden verbindet: Sie sind für ihre politischen Äusserungen wohl bekannter als für ihre literarische Arbeit. Damit sind sie nicht

allein. Vielen Autoren dient das politische Engagement auch als Rettungsanker, wenn es mit den Büchern nicht so läuft. Sogar bei Max Frisch war dies der Fall: Der Grossschriftsteller hatte seinen Höhepunkt längst überschritten, seit Jahren hatte er literarisch nichts Brauchbares mehr zustande gebracht – da kam die rettende Armeeabschaffungsinitiative, die ihn zurück ins Scheinwerferlicht brachte. Frisch war plötzlich wieder in aller Munde, konnte sich überall äussern, er blühte noch einmal auf.

Die Nachfrage nach politischen Essays und Wortmeldungen von Schriftstellern ist weiterhin gross. Jonas Lüscher wurde nach der Veröffentlichung seines ersten Romans, «Frühling der Barbaren», vom *Tages-Anzeiger* angefragt, ob er einen 1.-August-Text schreiben könne – seither ist er angefixt. Die politische Aktivität ist für ihn mittlerweile genauso wichtig wie seine schriftstellerische Tätigkeit, sofern man dies überhaupt trennen kann.

Bärfuss mischt sich schon viel länger wortstark in den öffentlichen Diskurs ein. Seit einigen Monaten hat er eine feste Rubrik im *Sonntagsblick* und ist immer mal wieder Gast in der «Arena», der wichtigsten SRF-Politsen-

Der Konformitätsdruck in der Szene ist enorm. Abweichler sind meist ältere, hochangesehene Autoren.

ding. Auch andere Berufskollegen machen mit Polit-Engagements von sich reden. Kürzlich zum Beispiel Sibylle Berg, die das Referendum gegen Sozialdetektive lanciert hatte. Obschon Berg die Abstimmung verlor, war sie euphorisiert vom System: «Es war eine grossartige Erfahrung, zu erleben, wie gut unsere Demokratie funktioniert.» Was sie aber nicht davon abhielt, in ihrem neuen Roman «GRM» die direkte Demokratie als Instrument der Reichen darzustellen, um die Massen zu manipulieren.

Seltene Meinungsvielfalt

So anregend die politische Einmischung der Kulturleute manchmal ist, in der Regel vertreten alle dieselbe erwartbare Meinung, was die Sache für das Publikum wenig interessant macht. Der Konformitäts-

«Man sieht nur noch Sternchen»:
Schriftsteller
Bärfuss (unten),
Lüscher.





druck in der Szene ist enorm. Abweichler sind meist ältere, hochangesehene Autoren – in der Schweiz etwa Thomas Hürlimann, in Deutschland Rüdiger Safranski – deren Leistungsausweis so gross ist, dass sie nicht mehr auf Kollegenapplaus, Einladungen an Literaturtage und die Gunst von Fördergremien angewiesen sind. Vielleicht, und das wäre erfreulich, schliesst sich Lukas Bärfuss langsam diesen unabhängigen Geistern an. Seine letzten Texte im *Sonntagsblick* und die Diskussion in Olten jedenfalls lassen hoffen.

Bärfuss nimmt an dem Abend lustvoll die Rolle des *Advocatus Diaboli* ein. So meint er, die EU-Flagge passe zum lausigen Zustand dieses Gebildes, «man sieht nur noch Sternchen». Die EU habe ein eklatantes Demokra-

Lüschers radikale Standpunkte sorgen auch beim EU-freundlichen Publikum für Irritation.

tiefdefizit und sei entsprechend ein Verein, «der in seinen Grundsätzen versagt». Sein Gegenüber fragte er mit Hinweis auf dessen Engagement für den Beitritt: «Bist du ein Schöngest, der sich eine Freizeitbeschäftigung sucht?»

Auch wenn es sich dabei grösstenteils um bewusste Provokation handelt, um die Diskussion in Fahrt zu bringen, so zeigt es doch: Es besteht die Erkenntnis, dass unterschiedliche Standpunkte für die Diskussionskultur nur zuträglich sind – was in diesem Umfeld nicht selbstverständlich ist.

Das grösste Hindernis für einen Schweizer EU-Beitritt dürfte sein, dass dieser nur schwer vereinbar ist mit der direkten Demokratie. Für Bärfuss ein wichtiger Punkt. Lüscher hingegen findet, dass gewisse Einschränkungen gar nicht so schlimm wären. Zukünftig müsste bei Initiativen wahrscheinlich ein Gremium darüber entscheiden, ob die Vorlage mit dem EU-Recht kompatibel und damit zulässig sei oder nicht. «So hätten wir endlich so etwas wie ein Verfassungsgericht. Das wäre sogar positiv.»

Lüschers radikale Standpunkte sorgen zuweilen auch beim EU-freundlichen Publikum für Irritation. So zum Beispiel, als Bärfuss einwendet, dass, wenn die Landesgrenzen durch EU-Grenzen abgelöst würden, dies nichts daran änderte, «dass wir die Dritte Welt ausbeuten». Worauf Lüscher sagt: «Die EU ist natürlich nur gut, wenn sie sozialdemokratisch oder sonst links ist.» Als gehöre es nicht zum Wesen der Demokratie, dass unterschiedliche Ansichten und Weltanschauungen darin Platz haben und die Stärkenverhältnisse immer mal wechseln.

Bärfuss reagiert ungläubig auf dieses Votum, als habe er Lüscher nicht richtig verstanden: «Es gibt aber schon andere legitime

Ansichten?» Für Lüscher offenbar nicht: «Hinter allem, was die Grausamkeit und die Ungerechtigkeit gemindert hat, stehen sozialdemokratische Ideen, sowohl in der Schweiz wie auf der Welt.» Lüscher erwähnt die Sozialwerke, das Arbeitsrecht mit geregelten Arbeitszeiten, die Mindestlöhne und so fort. Dass der Wohlstand in der Schweiz auf einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung beruht, die die Finanzierung des grosszügigen Sozialstaats erst ermöglicht, ist für Lüscher kein Thema.

Wenn aber rechts für alles Böse steht und links für alles Gute, warum ist die Sozialdemokratie dann dermassen in der Krise, vor allem in Deutschland? Das sei die ganz grosse Frage, sagt Lüscher und nennt als einen Grund die Altlasten, zum Beispiel aus der Schröder-Ära: «Zum Teil haben die Sozialdemokraten dem neoliberalen Programm erst zum Durchbruch verholfen.»

Einen ganzen Saal verunsichert

Eher befremdlich erscheint auch Lüschers Ausführung, dass er hochgebildete muslimische Frauen aus Frankreich kennengelernt habe, die «auf gepackten Koffern» sitzen und auswandern wollten, sobald Marine Le Pen die Macht ergreift. «Die haben Angst.» In anderen Ländern sehe es ähnlich aus. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass in Frankreich nicht die Muslime auf gepackten Koffern sitzen, sondern die Juden, sofern sie das Land nicht bereits verlassen haben. Und dies nicht in erster Linie wegen der Rechtspopulisten, sondern wegen der Islamisten. Dass in vielen europäischen Städten jüdische Institutionen einem Hochsicherheitstrakt gleichen, dass sich die Juden nicht mehr getrauen, mit Kippa herumzulaufen, ist fürwahr eine Schande für den Kontinent. Davon jedoch kein Wort von Lüscher, dafür die Bemerkung, «dass der Islam längst Teil von Europa» sei, was er offensichtlich begrüsst.

Am Ende zeigt sich: Bärfuss' EU-Skepsis ist nicht nur aufgesetzt, er scheint tatsächlich gewisse Vorbehalte zu haben. Aber nicht, weil er den Nationalstaat schätzt, im Gegenteil. Ein vereintes Europa wäre für ihn höchstens als Zwischenschritt zum Weltbürgertum wünschenswert.

Ob gespielt oder ernsthaft: Lukas Bärfuss hat es geschafft, ein anregendes und kurzweiliges Gespräch zu leiten und zugleich einen ganzen Saal von EU-Beitritts-Befürwortern nachdenklich zu stimmen, vielleicht sogar etwas zu verunsichern. Dass die neue EU-Sektion der SP dies zugelassen hat, spricht für sie. Nach der Veranstaltung jedenfalls war von einer Gründungseuphorie nichts zu spüren. Viel eher herrschte die verhaltene Ansicht vor, man stehe ja noch ganz am Anfang.

Wenn das nicht eine Leistung ist.



Endlich in den grossen Arenen: Rammstein, 2019.

Musik

Globale Freakshow

Vor 22 Jahren holte ich Rammstein zum ersten Mal für ein Konzert in die Schweiz. Seither hat mich die Rockband nicht mehr losgelassen. Die Kraft ihres Sounds ist noch immer überwältigend. *Von Thomas Dürr*

Stellen Sie sich vor, Sie sind ein kleiner Konzertveranstalter in Basel, und das Sportamt möchte in Zusammenarbeit mit Ihnen zur Einweihung eines neuen Fussballplatzes der Bevölkerung ein Konzert bieten. Um das zu besprechen, beruft der Sportamtsleiter eine Sitzung bei der Polizei ein. Dort stossen wir auf Ängste vor einem massiven Verkehrsproblem, und man fürchtet sich vor rechtsradikalem Publikum. Da es sich um eine Band aus Deutschland handelt, möchte man erst Abklärungen mit den deutschen Behörden treffen.

Dies passierte vor gar nicht so langer Zeit, in den neunziger Jahren. Wohl gemerkt, dabei ging es um Pur, die Softrockband mit ihrem grossen Hit «Wo sind all die Indianer hin?». Nach umfangreichen Prüfungen konnte die Veranstaltung nicht durchgeführt werden.

Doch aus Deutschland kam eigentlich viel mehr Provokation: Klarreres, Rrollendes, mit viel Knall und Feuer. Was hätten die Beamten wohl zu Rammstein gesagt?

Rockmusical mit Literaturzusatz

Heute, nach 25 Jahren, ist Rammstein eine der erfolgreichsten Bands der Welt und mit Konzerten in den grössten Stadien vertreten (so bald auch in Bern). Rammstein ist ein globaler



Extreme Welt: in Österreich, 1996.

Brand, eine Freakshow und schon ein bisschen Rockmusical mit Literaturzusatz. Die Band ist etabliert, nach wie vor überwältigend und

wirkt nach all den Jahren noch immer zeitgemäss mit einem Schuss Dadaismus. Der Sound macht süchtig und hält einen hellwach.

Frühjahr 1997: Scumbeck Sabottka, der Agent von Rammstein aus Berlin, meldet sich und fragt, ob ich nicht spontan nach München kommen möchte, um mich im Klub Babylon im Kunstpark Ost auf Rammstein einzustimmen. Ich buchte den Flug und tauchte erstmals in die intensive, ja extreme Welt von Rammstein ein.

Wir hatten ein ausverkauftes Konzert im Z7 in Pratteln vor uns, ich freute mich schon auf die Gitarren und den einmaligen Gesang, hatte aber offensichtlich Mühe, die etwas spezielle Bühnenanweisung zu verstehen. Die Pyroshow gehörte zum Grössten, was ich bislang gesehen hatte: Sie war extrem und für uns als Veranstalter keine leichte Aufgabe.

Die erste Überraschung beim Konzert in Berlin: Gastsängerin Bobo von «Bobo in White Wooden Houses» sang wie im Original den «Engel». Zusammen mit den Stimmen der 800 Zuschauer klang das atemberaubend. Das Gummiboot gab es natürlich auch schon. Nach dem Konzert waren wir spätnachts mit der Band noch auf dem Areal unterwegs. Ich hatte die Botschaft verstanden: Damit diese ausserordentliche Show ihre Wirkung entfaltet, ist für mich als

Veranstalter die Einhaltung der extrem umfangreichen Bühnenanweisungen essenziell.

Grosses Kino in Amerika

Kurz darauf war ich in New York, Kraftwerk gaben eines ihrer damals raren Konzerte im Hammerstein Ballroom. Mir schien, die ganze Andy-Warhol-Szene sei zugegen gewesen. Mein Sitznachbar erzählte mir, das sei gar nichts, einen Monat vorher sei schon eine so komisch auf Deutsch singende Band hier gewesen, total «crazy, dangerous and under fire». So kamen wir auf Rammstein zu sprechen. Die waren also auch schon in Amerika ganz grosses Kino; ich war sehr beeindruckt.

Damals – der Durchbruch erfolgte gleich weltweit – für eine Band mit deutschen Texten eigentlich unvorstellbar. Keine andere deutsche Band hatte bislang international mehr Erfolg.

Nach dem Act im Z7 in Pratteln brachten wir Rammstein im Herbst in die Stadthalle Bülach – für die Kleinstadt eine denkwürdige Show. In der schlechtgelüfteten Halle war der Nebel eine Herausforderung. Es folgte eine Show in der St. Jakobshalle Basel, da kann ich mich noch gut an den Rundgang über die Bühne bei der Abnahme der Feuerpolizei erinnern. Hochprofessionelle Millimeterarbeit! Alles musste genau stimmen und richtig getaktet sein, ansonsten wäre es gefährlich geworden. Beim Hallenstadion schieden wir leider aus. Damals, also bis 2008, hatte mit Good News ein Veranstalter das Monopol für die grösste Konzerthalle der Schweiz – heute undenkbar.

Weiter ging es an das Gurtenfestival, es folgte das Paléo in Nyon, zuletzt spielte die Band zweimal auf unserem Greenfield-Festival in Interlaken, *thecityofrock*. Ich bin sicher, Rammstein hätte schon vor zehn Jahren die Fussballstadien füllen können. Warum sie sich erst jetzt in die grossen Arenen trauen, bleibt ihr Geheimnis. Für das Publikum ist grosses Erlebniskino angesagt, Gitarrenriff-Oper vom Feinsten. Ich freue mich darauf, die Erwartungen sind sehr hoch. Überraschende Showelemente und mehr Feuerwerke denn je sind angekündigt!

Das neue Album schliesst nach zehn Jahren nahtlos an das letzte an. Man hat sich vielleicht ein wenig in Richtung Kraftwerk bewegt. Songs wie «Radio», «Deutschland» oder «Zeig dich» sind sehr stark. Die Zweideutigkeit der Texte erfreut mich nach wie vor.

Man kann sich getrost freuen auf das nächste Album in zehn Jahren!



Thomas Dürr ist Gründer und CEO von Act Entertainment, dem grössten Konzertveranstalter der Schweiz. Letztes Jahr wurde er für seine Verdienste mit dem Basler Stern ausgezeichnet. Das (ausverkaufte) Schweizer Rammstein-Konzert vom 5. Juni im Berner Stade de Suisse wurde nicht von ihm organisiert.

Fernsehen

Männer im Geschlechterkampf

Der SRG-Ombudsmann rügt Roger Schawinski ausgerechnet dann, wenn es keinen Grund dazu gibt.

Von Rico Bandle

Schawinski-Gegner frohlockten. Der umstrittene Talkmaster wurde vom SRG-Ombudsmann Roger Blum für sein Interview mit der Prostituierten und Sex-Unternehmerin Salomé Balthus gerügt. «Schawinski verletzte Menschenwürde von Talkgast Balthus», titelten die Online-Portale. Einige Kommentatoren sahen bereits das Ende des 73-jährigen Moderators gekommen. Doch ausgerechnet in diesem Fall gibt es nichts, was man Roger Schawinski vorwerfen könnte.

Schawinski hatte während des Interviews Salomé Balthus nach ihrem prominenten Vater gefragt. So weit, so gut. Gleich darauf spielte der Moderator eine Aussage der Feminismuskönigin Alice Schwarzer ein, wonach ein Grossteil der sogenannten freiwilligen Prostituierten in ihrer Kindheit missbraucht worden seien. Also fragte Schawinski seine Gesprächspartnerin, ob dies bei ihr auch der Fall gewesen sei.

Balthus reagierte souverän, als sei sie auf diese Frage vorbereitet gewesen: «Ich nehme an, wenn ich jetzt nein sage, was ich tue, kommt bestimmt als Nächstes jemand, der behauptet, ich hätte es verdrängt.» Auch der restliche Verlauf der Sendung liess nicht darauf schliessen, dass Balthus durch diese Frage in ihrer «Menschenwürde» verletzt worden sei. Niemand wäre überhaupt auf die Idee gekommen, dass hier etwas nicht korrekt hätte gelaufen sein können, hätte danach Balthus nicht in einer Online-Kolumne auf Welt.de geschrieben, Schawinski habe sie vor laufender Kamera gefragt, ob ihr Vater sie misshandelt hatte. Dies habe sie stark verletzt, sie habe sogar das Flugzeug verpasst nach der Sendung.

Da diese Frage in der Sendung nachweislich nicht gestellt worden war, wurde die Kolumne nach einer Intervention Schawinskis gelöscht, Balthus als Autorin abgesetzt.

Mann gegen Frau

Viele Kommentatorinnen sahen in dem Vorgang ein Anschauungsbeispiel für den tief verankerten Sexismus in unserer Gesellschaft: Ein Mann vergeht sich an einer Frau, danach wird nicht etwa der Täter entlassen, sondern

das Opfer. Allerdings: Es liegt nicht in Schawinskis Verantwortung, dass die Kolumnistin abgesetzt wurde, ihm kann man deswegen schwer einen Vorwurf machen. Er hatte eine Korrektur ihres Textes verlangt, was in seiner Situation alle tun würden.

Dass Journalistinnen und Journalisten das einfache Muster bedienen, Frauen seien immer die Opfer, Männer immer die Täter, zumal wenn diese alt und weiss sind, mag ja



Unverständliche Vorwürfe: Blum (l.), Schawinski.

noch angehen. Etwas anderes ist es, wenn sich der Ombudsmann diese Sichtweise auf gönnerhafte Weise zu eigen macht. Wie sehr sich Blum dem Zeitgeist anbiedert, zeigt sich darin, dass er in seinem Bericht Dinge bemängelt, die ihm sonst noch nie aufgefallen sind. So wirft er Schawinski vor, «einen leicht verächtlichen Tonfall durch die ganze Sendung hindurch» gehabt zu haben. «Das war unangemessen», schreibt er und will gar eine «diskriminierende Tendenz» entdeckt haben.

Was Blum dabei ignoriert: Schawinski hat in fast jeder Sendung einen leicht verächtlichen Tonfall drauf. Vor allem, wenn er Leute interviewt, die nicht auf seiner politischen Linie liegen. Dass er seine persönliche Haltung stets einbringt, dass er Sympathie und Antipathie nicht verbirgt, ist seit je sein Markenzeichen, dafür hat man ihn wohl auch angestellt.

Wenn im Gespräch mit einer Frau nun etwas ein Problem sein soll, was sonst akzeptiert ist, so bedeutet das indirekt: Frauen ertragen weniger, sie verdienen besondere Schonung. Was die Frage aufwirft: Ist diese Herabsetzung der Frau durch den Ombudsmann nicht auch ein Fall für den Ombudsmann?



Die Bibel

Leute wie Strache

Von Peter Ruch

Ich habe gesündigt gegen den Himmel und vor dir (Lukas 15, 18). Der österreichische FPÖ-Minister Heinz-Christian Strache ist wegen Fehlverhaltens abgestürzt und bekam die Missbilligung aller Welt zu spüren. Ist ein Mensch nach solchem Versagen auch vor Gott endgültig verketzert, oder darf er auf eine Art Wiederherstellung hoffen? Jesus erzählte den betrügerischen Zöllnern und den selbstgerechten Pharisäern das Gleichnis von den ungleichen Söhnen, veraltet «Vom verlorenen Sohn» betitelt (Lukas 15). Der jüngere bat den Vater frühzeitig um seinen Erbteil und zog mit dem beträchtlichen Vermögen davon. Er verschleuderte alles und stürzte ab bis zum hungerleidenden Sauhirten. In seiner Verzweiflung ging er in sich und merkte, dass er einen demütigenden Job lieber bei seinem Vater als in der Fremde machen möchte. Unerwartet nahm ihn der Vater nicht als Knecht, sondern als Sohn auf und gab aus Freude über seine Rückkehr sogar ein Fest. Der ältere Sohn hatte stets auf dem väterlichen Gutsbetrieb gearbeitet und keinerlei Forderungen gestellt. Als die rauschende Willkommensfeier für seinen missratenen Bruder begann, blieb er auf Distanz. Der Vater redete ihm zu und erklärte ihm seine Freude über den verlorenen und wiedergefundenen Sohn. Die Erzählung lässt offen, ob er doch noch am Fest teilnahm.

Ein Mensch, und sei er noch so tief gesunken, kann auf die Wiederherstellung hoffen. Die Demütigung und das In-sich-Gehen ebnen den Weg dahin. Das gilt für Strache wie auch für alle anderen, die in Österreich oder sonst wo aus stolzen Höhen abstürz(t)en. Wer sich für deren Entwürdigung zuständig fühlt, denke an den älteren Sohn. Dieser war rechtschaffen, liess sich jedoch von der Missgunst leiten und blieb meilenweit hinter der Liebe und der Vergebung seines Vaters zurück. Die Schwarzweissmalerei ist kein gescheites Gesellschaftsmodell. Rücktritte müssen sein, machen aber die Betroffenen nicht zu Pestkranken. Und schon gar nicht bedeuten sie den Ausschluss aus der göttlichen Gnade.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Moralisches Gewissen gegen ideologische Arroganz: «Chernobyl».

Serien

Die Hölle hat sich aufgetan

Zwei ausserordentliche Werke: «Chernobyl», Polit-Tragödie über den Super-GAU, und der belgisch-deutsche Campingplatz-Thriller «Undercover». Von Wolfram Knorr

Chernobyl — Sie versammeln sich tief unten im Bunker: der Direktor, Ingenieure, Parteisekretäre. Sie versuchen, den Schlamassel über ihre Ideologie zu brechen, kleinzumachen. Ihr Weltbild steht auf dem Spiel. Jenseits schützender Stahltüren hat sich die Hölle geöffnet und zeigt ihr grausiges Gesicht. Das Atomkraftwerk Tschernobyl steht in Flammen, schlimmer: Der Reaktor in Block 4 ist explodiert. Es ist der 26. April 1986, ein paar Stunden nach dem Super-GAU, der unmöglich schien. Man hatte eine Simulation bei externem Stromausfall durchgespielt, um zu beweisen, dass die Kühlung ausreichen würde. Doch der Reaktor wurde instabil, das Team konnte nicht gegensteuern, binnen Sekunden stieg die Leistung, Kühlwasser verdampfte schlagartig, riss den Reaktor auseinander und schleuderte hochradioaktiven Grafit hinaus.

In der nahegelegenen Stadt Pripjat, die 1970 eigens für das Kernkraftwerk Tschernobyl aus dem Boden gestampft worden war, wird die Explosion als Feuerball wahrgenommen, ohne dass man die verheerenden Ausmasse erkennt. Und die Herren im Bunker unter der Leitung eines Regionalparteführers lassen sich devot auf Selbsttäuschung ein, auch wenn sich der Chefindingenieur Djatlow (Paul Ritter), von Radioaktivität verseucht, plötzlich am Tisch übergibt und zusammenbricht.

«Chernobyl», die Miniserie (fünf Teile) von HBO, rekonstruiert erst in höllischen Bildern den Super-GAU und schwenkt dann immer mehr auf die Dispute zwischen zunehmend verzweifelt argumentierenden, unabhängigen Experten und kaltschnäuzigen Politikern, die besorgt ums ideologische Image sind. Das düstere, in kalter Grünstichigkeit und morschem Rostbraun gehaltene Drama beginnt mit dem Wissenschaftler Waleri Legassow (Jared Harris). Nach der Katastrophe war er zwei Jahre lang Chef der Untersuchungskommission. Er spricht seine Erkenntnisse auf Tonbänder, versteckt sie und erhängt sich. Nach diesem Prolog geht es zurück in den Kontrollraum des Kraftwerks; die Simulation läuft schief, Feuer und Panik brechen aus. Als einer rapportiert, der Reaktor sei explodiert, reagiert Chefindingenieur Djatlow wütend: «Der kann nicht explodieren. – Schafft ihn raus!» In den weissen Kitteln, mit weissen Käppis wirkt die Mannschaft wie die nervöse Truppe eines Bäckers, die rasch zu Metzgern einer fürchterlichen Schlachtereimutiert. Grotesk bis gespenstisch steht die Überforderung in deren Gesichtern; fast poetisch die Bilder der Ascheflocken, die im Gegenlicht vor den Augen der Bewohner Pripjats niedersegeln, und schauerlich die Feuerwehrmänner, die sich Hände und Beine verätzen, weil ihnen niemand sagt, wie gefährlich der Grafit ist.

Nach der ersten Folge konzentriert sich die Serie dramaturgisch immer stärker auf den Konflikt zwischen Partei und Experten. Schon beim ersten Treffen zwischen Waleri Legassow und dem Energieminister Boris Schtscherbina (Stellan Skarsgård) im Helikopter, sind die Dialoge so vergiftet wie das Land unter ihnen. Den Disput über den Wolken, im Anflug auf Tschernobyl, austragen zu lassen, ist ein glänzender Einfall. Unten werden die Menschen alleingelassen, oben, unter ratternden Rotoren, wird moralisches Gewissen von ideologischer Arroganz buchstäblich weggeschleudert. Autor Craig Mazin hat die Entwicklung vom Super-GAU bis zur politischen Aufarbeitung penibel recherchiert, lässt in einer Sondersitzung unter Gorbatschow (David Dencik) die staatsreuen Bürokraten aufmarschieren und mit erschreckender Gelassenheit die Evakuierung der Stadt Pripjat empfehlen angesichts der allmählich beunruhigenden Berichte.

Regisseur Johan Renck mag man vorwerfen, er bediene sich mit seinem modrig-fahlen Ambiente enger, blumentapezierter Wohnungen in bröckelnder Plattenbau-Tristesse der Mottenkiste der Kalten-Krieg-Ästhetik, doch Mitte der 1980er Jahre war die Sowjetunion in der Provinz heruntergewirtschaftet. Mazins und Rencks Optik ist natürlich westlich geprägt, aber die Schilderung des Desasters soll in ihrer Drastik auch eine Mahnung für unsere Zukunft sein. ★★★★★☆

Die Serie «Cernobyl» ist auf Sky abrufbar.

Undercover — Ein Campingplatz kann wie eine Festung sein. Lauter biedere Menschen, die sich hier lauschige, zwanglose Idyllen schaffen, sich zum Grillen und Biertrinken treffen und zu Gleichgesinnten werden. Einer unter ihnen hat gleich ein schniekes Anwesen aus Klinker und mit Terrasse hingeprotzt. Das stört niemanden. Er ist eine Art Antreiber, eine Stimmungskanone. Er sorgt für gute Laune, heisst Ferry Bouman (Frank Lammers) und ist der Campingplatz-Falstaff. Nur seine allerengsten Kumpels wissen, dass er zugleich auch ein Tony Soprano ist. Denn Ferry ist nicht nur ein Festbruder, der alle an seine Wampe drückt, sondern einer, der sie danach auch liquidieren kann, wenn sie seinen Geschäften in die Quere kommen. Hinter dem Campingplatz ist ein schöner Wald für Entsorgungen. Ferry handelt mit Ecstasy-Tabletten und anderen Drogen im grossen Stil. Die Polizei von Antwerpen weiss das, ihr fehlen nur die Beweise. Der Kerl ist äusserst raffiniert. Da helfen nur verdeckte Ermittler – also wird ein Paar in die Idylle eingeschleust.

«Undercover», die belgisch-deutsch-französische Serie, vom Belgier Jan Theys unter belgischer Federführung umgesetzt, ist ein Highlight europäischer TV-Serien. Die erste Staffel (zehn Folgen), auf ZDF neo, mutet zunächst wie eine Satire an. Jede Folge beginnt

mit einer ätzenden Werbung für die Provinz Limburg, dieses grösste Apfelanbaugebiet Europas, die Region des Genever und der herrlichen Wanderwege. Tja, und die Hochburg von Ecstasy! Vor einigen Jahren wurde tatsächlich in Belgien mal ein Riesen-Ecstasy-Labor ausgehoben, aber nicht in der verschlafenen Provinz Limburg. Doch mit der Idee, einen Dealer und seine Gang in eine solche Gegend und auch noch auf einen Campingplatz zu verlegen, wird aufs perfideste unterstellt, auch hinter den Tüllgardinen der Gartenzwergidylle könnten sich Bazillenkulturen entfalten.

Die beiden verdeckten Ermittler, der Flame Bob Lemmens (Tom Waes) und Kim De Rooij (Anna Drijver), Holländerin, ziehen in der richtigen Freizeitkluft ein, werden aber misstrauisch beäugt. Bob, verheiratet, Vater von zwei Kindern, ist der Vorsichtige, Kim, Single, die Hemmungslose. Während sie, als Teil des scheinverliebten Paares, sofort Kontakt



Hinter Tüllgardinen: «Undercover».

zu Ferrys Frau Danielle (Elise Schaap) findet, einem netten Plappermaul mit Mops und Hang zur Esoterik, wird Bob von Ferry und seiner «Familie» scharf unter die Lupe genommen. Jeder Versuch der Annäherung wird von Clan-Chef Ferry abgeschmettert, worüber sich Bob und Kim in die Wolle kriegen.

Das Spannende an «Undercover» – Ferry hat einen Spitzel bei der Polizei – sind die Figuren, alles Stereotype. Doch je näher sich Bob und Ferry und Kim und Danielle kommen, desto mehr löst sich das Typische und legt sympathische Charaktere frei, mit Träumen, Frustrationen, Ängsten und Sehnsüchten. Bald wirken auf den Zuschauer, wie unter dem Stockholm-Syndrom stehend, Ferry und Danielle angenehmer als die ehrgeizig-verlogenen Ermittler. Am Ende – man darf es sagen, die Spannung wird davon nicht tangiert – haben alle verloren. Die Arbeit des Ermittlerpaars birgt nicht nur immense physische Gefahren, auch seelisch und emotional wird sie zur höllischen Zerreihsprobe zwischen Zuneigung und kalter Profession. Das hat man so drastisch noch nicht gesehen. ★★★★★☆

Die Serie «Undercover» läuft auf ZDF neo. In der ZDF-Mediathek sind alle zehn Folgen abrufbar.

Jazz

Manifest gegen sound pollution

Von Peter Rüedi

Ob es sich beim intimen Duo der Sängerin Serena Fisseau und des Akkordeonisten Vincent Peirani um Jazz handelt, ist eher zweifelhaft. Dass den beiden unter dem sprechenden Titel «So Quiet» schöne, anrührende, beruhigende Musik gelingt, allerdings nicht. Was soll uns im Übrigen die Wortetikette Jazz, wo doch seit Anbeginn der bastardischen Fusionsmusik Definitionen nie Klärung schaffen konnten, obwohl bei ihrer Realisation sich nach ein paar Takten in den allermeisten Fällen zwischen Musikern und Publikum ein Einverständnis darüber einstellte, was Sache war. Jazz eben.

Im Fall der französischen Sängerin indonesischen Ursprungs und des Akkordeonvirtuosens aus Nizza einigen wir uns am besten auf die Formel, das sei eine um eine kinderliebende Einfachheit bemühte, gegen alle Künstlichkeit und artifizielle Prachtentfaltung gerichtete, lapidare Musik, wie sie nur Musiker schaffen, die alle Jazzlektionen in angewandter Freiheit gelernt haben, um sie mit dem Ziel einer eben nicht naiven Einfachheit wieder zu vergessen. Das eben macht die Spannung dieser CD aus – Spannung zwischen dem, was gesungen respektive gespielt, und dem, worauf absichtlich verzichtet wird. Fisseaus Stimme, mal volksliedhaft direkt, mal mit der Delikatesse eines ganz zurückgenommenen Timbres wie von einem Windhauch bewegt; Peiranis Akkordeon, bald auf melancholische Klangtableaus reduziert, bald übermütig repetitiv ein rhythmisches Tänzchen herausfordernd – beide musizieren sich durch ein Repertoire von unter anderem: traditionellen Stücken («Bengawan Solo», «Bintang Kecil»), Chansons (Serge Gainsbourgs «La Javanaise», Hubert Girauds «La Tendresse»), Standards («What a Wonderful World», Burt Bacharachs «Close to You», Harold Arlens «Over the Rainbow»), Südamerikanischem von Freire Júnior, Antônio Carlos Jobim, Caetano Veloso; ein mal melancholisch nachdenklicher, mal vielfarbig funkelnder Parcours durch einige der schönsten Melodien aus aller Welt, scheinbar entlegen, aber ebenso merkwürdig wie logisch eingebunden in ein zusammenhängendes Rezi-tal. Ein Protest gegen alle Art von Lärm in der Welt. Ein Manifest gegen sound pollution.



Serena Fisseau,
Vincent Peirani:
So Quiet. ACT 9884-2



Thiel

Sexualkunde

Von Andreas Thiel

Soziologe: Werden Homosexuelle unterdrückt?
Biologin: Warum sollten sie unterdrückt werden?

Soziologe: Viele Homosexuelle geben an, ihre Homosexualität nicht öffentlich ausleben zu können.

Biologin: Wie viele Heterosexuelle gibt es denn, die ihre Heterosexualität «öffentlich ausleben»? Wenn sie keine Kinder dabei haben, ist es den wenigsten Heterosexuellen anzusehen, ob sie mit einem Ehepartner, Geschwister oder Arbeitskollegen Kaffee trinken.

Soziologe: Viele Homosexuelle möchten sich vielleicht etwas bunter kleiden.

Biologin: Viele Heterosexuelle vielleicht auch. Aber wenn es ihr Job beim Bestattungsinstitut nicht erlaubt, müssen sie auf die Fasnacht warten.

Soziologe: Trotzdem getrauen sich viele Homosexuelle nicht, sich als solche zu erkennen zu geben.

Biologin: Kann man von Unterdrückung reden, wenn Homosexuelle ihre Homosexualität unterdrücken?

Soziologe: Homosexualität wird halt als etwas Widernatürliches betrachtet.

Biologin: Da der Mensch ein Teil der Natur ist, muss man alles als natürlich betrachten, was er tut.

Soziologe: Das sehen viele Heterosexuelle anders.

Biologin: Auch das ist natürlich. Wenn jemand von Natur aus heterosexuell ist, dann ist die Homosexualität wider seine Natur. Kein Heterosexueller käme auf die Idee, sich mit Homosexuellen zu paaren, bloss weil er die Tatsache akzeptiert, dass Homosexualität vorkommt.

Soziologe: Viele denken aber, Homosexualität sei eine Krankheit.

Biologin: Dann wäre sie ja ansteckend. Es gäbe Epidemien. Vielleicht ist Homosexualität bloss eine wilde Passion wie die Grosswildjagd.

Soziologe: Du meinst, dass es sich um ein dekadentes Freizeitvergnügen handelt?

Biologin: Vermutlich nicht. Aber man muss die Homosexualität auch nicht gleich zum Schulfach erheben.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Indische Hochzeit

Heirat unter Schulfreunden; Gäste aus nah und fern an der Präsentation der «100 besten Hotels der Schweiz».

Von Hildegard Schwaninger

Die indische Hochzeit letzten Februar in St. Moritz machte Schlagzeilen; demnächst gibt es eine Schweizer Hochzeit in Indien. Die Tochter der Modeunternehmer Thomas und Doris Hahnloser (Maison Gassmann) heiratet. Indische Hochzeiten sind traditionell gigantisch, und so werden etwa 500 Gäste erwartet. Die Braut ist Katja Hahnloser, die heute mit ihrem Bruder Michael Hahnloser das Modehaus führt. Sie heiratet ihre Jugendfreundin, eine junge Frau mit indischen Wurzeln.

Die Hochzeit findet am 1. August, dem Schweizer Nationalfeiertag, statt. Am gleichen Tag steigt in Zürich die grosse Hochzeit im Hotel «Baur au Lac». Hotelerbin Marguitta «Muki» Kracht heiratet ihren Schulfreund Raoul-Edgar Paltzer.

Da sieht man, wie schnell die Zeit vergeht», meinte Christoph Ammann, Abgesandter von Tamedia und Jury-Mitglied, anlässlich der Präsentation des neuen Hotel-Führers «Die 100 besten Hotels der Schweiz» im Ballsaal von «The Dolder Grand». Der Journalist Karl Wild macht Jahr für Jahr das «Hotelrating Schweiz», der Almanach erscheint im Werd & Weber Verlag Gwatt. Die besten Hotels der Schweiz (Ferienhotel, Stadthotel, Wellness-Hotel etc.) werden prämiert, die Prämierten geehrt. Gar nicht schnell verging die Zeit denen, die zum

Anlass geladen waren. Denn es dauerte ewig. Karl Wild und die Verlegerin Annette Weber legten voll los. Die Präsentation dauerte geschlagene zwei Stunden, und man musste die ganze Zeit stehen. Eine Rede nach der anderen, eine Ehrung nach der anderen, eine Dankesrede nach der anderen. Für diese Tortur wurde man schliesslich – zur allgemeinen Erleichterung – entschädigt durch einen Apéro riche auf einer Terrasse, wo die Sonne schien und die Gastronomen das gesellige Beisammensein pflegen konnten. Die Gastro-Leute feiern gern. Gut essen, gut trinken – das gehört zu ihrem Beruf. Nina Burri, der Schweiz berühmteste Schlangenfrau, präsentierte den Anlass; die Kontorsionistin zeigte auf der Bühne eine 20-Minuten-Kostprobe ihrer Biegsamkeit.

Wer war alles da? «Dolder»-Hausherr Urs E. Schwarzenbach gab sich die Ehre und ging mit Hoteldirektor Mark Jacob sogar auf die Bühne, als dieser – wie bereits letztes Jahr – die Ehrung für Rang eins als «bestes Stadthotel» entgegennehmen durfte. Der Unternehmer Beat Curti, der sich mit voller Kraft für La Punt einsetzt (dem von ihm mitinitiierten Innovationsprojekt «Inn Hub» wurde durch die Stimmbevölkerung von La Punt Chamuesch klar zugestimmt) war anwesend, er wurde für das «Hotel Gasthaus Krone» in La Punt ausgezeichnet (Rang 20 unter den «Nice Price»-Ferienhotels), dem er viel



Fast verliebt

Promisk

Von Claudia Schumacher

Am Anfang einer Liebesgeschichte kommt meistens irgendwann die Frage auf: «Wie viele hattest du vor mir?» Ein heikles Thema. Denn war man mit wenigen Menschen im Bett, könnte das so wir-

ken, als sei man nicht begehrenswert. Ist die Zahl der früheren Sexpartner wiederum hoch, könnte der andere sich fragen, ob jemand so Wildes überhaupt treu sein kann. Und schon zieht eine blossige Zahl einen Rattenschwanz von Misstrauen, Streit und Eifersucht nach sich. Aber sagt die sexuelle Aufgeschlossenheit eines Menschen wirklich etwas über seine Beziehungsfähigkeit aus?

Glücklicherweise muss man dieses Minenfeld der Liebesanbahnung nicht dem Bereich der gefühlten Wahrheiten überlassen, denn die Wissenschaft hat sich der Sache angenommen. In der Psychologie spricht man hier von der «soziosexuellen Orientierung» einer Person. In Kürze: Menschen mit restriktiver Soziosexualität tun sich mit One-Night-Stands schwer, solche mit unrestrictiver Soziosexualität sind hingegen offen für Sex mit relativ Unbekannten, sofern sie diese heiss finden und



Traditionell: Marguitta Kracht mit ihrem Vater.



«Koch des Jahres»: Silvio Germann.



In Hochstimmung: Gratian Anda.

Sorgfalt widmet. Unternehmer **Gratian Anda** war in Hochstimmung, denn das Hotel «Widder», das erst seit letztem Sommer zu seinem Gastro-Konglomerat «The Living Circle» zählt, wurde zum «Hotel des Jahres» gekürt. Anda: «Ich hatte das Glück, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein.» Der Lorbeerkrantz gebührt dem Gastgeber-Ehepaar **Jan E. und Regula Brucker**, die das «Widder» seit Jahren führen und den Besitzerwechsel von der UBS zur Hestia Holding reibungslos meisterten.

Die Gäste kamen aus nah und fern. **Andrea Scherz** aus Gstaad («Palace») wurde als «Hotelier des Jahres» ausgezeichnet, **Silvio Germann** aus Bad Ragaz als «Koch des Jahres» im Restaurant «Igniv by Andreas Caminada», **Richard Leuenberger** als «Aufsteiger des Jahres» für das «Badrutt's Palace» in St. Moritz, das er seit 2016 leitet. **Peter C. Borer**, Chef der Peninsula-Hotels, der den Ruf der Schweizer Hoteliers in die Welt hinausgetragen hat (u. a. Hongkong und Schanghai), war Teil der Entourage von **Emanuel Berger**. Der langjährige Chef des Hotels «Victoria-Jungfrau» in Interlaken wurde mit dem «Lifetime Award» ausgezeichnet. Peter C. Borer ist Emanuel Bergers Schwager (der Bruder von **Rosmarie Berger**). Emanuel Berger war 2003 «Hotelier of the World», heute präsidiert er den internationalen Beirat der Hotelfachschule Lausanne. Dort hat er einst studiert – wie übrigens Borer auch. Die *hospitality*, sagt Berger, sei ein Virus, allein in seiner engeren Familie seien zwölf von diesem Virus befallen und arbeiteten in der Gastronomie. Nur sein Sohn nicht – der ist Professor.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

sie halt gerade Lust haben. Das sind die zwei Pole. In der Realität sind die Übergänge allerdings fließend. Die meisten Menschen ordnen sich irgendwo in der Mitte ein – und tun sich mit dem Wechsel vom Single-Dasein zur monogamen Beziehung und umgekehrt leichter als Menschen mit extremen Werten.

Was haben bisherige Studien zur Sexualität ergeben? Zunächst das Befürchtete: Menschen, die sehr promiskuitiv lebten, bringen in monogamen Langzeitbeziehungen tendenziell weniger Liebe, weniger Bindung und weniger Zufriedenheit auf. Zudem bewerten sie ihre Partner als weniger attraktiv. Fazit: Sexuell sehr offene Menschen sind tendenziell schwierige Partner. Das gilt für Männer wie für Frauen. Hinsichtlich der Zufriedenheit ihres Gegenübers gibt es aber einen interessanten Unterschied: Männer in Beziehungen mit Frauen, die sehr promiskuitiv waren, sind

gleich zufrieden wie Männer mit braveren Partnerinnen. Aber Frauen, die mit sexuell sehr aufgeschlossenen Männern leben, sind tendenziell nicht glücklich mit ihrer Beziehung.

Das heisst trotzdem nicht zwingend, dass man sein Beuteschema auf Mauerblümchen beschränken sollte, wenn man eine gelingende Langzeitbeziehung anstrebt. Denn die Wissenschaft hat noch eine schöne Überraschung parat: Je länger es Menschen, die früher sehr wild unterwegs waren, in einer monogamen Beziehung aushalten, desto zufriedener werden sie. Den meisten Ärger hat man mit ihnen während der Kennenlernphase, denn es fällt ihnen schwer, sich auf jemanden einzulassen. Je mehr Bindung sie aber selbst aufbringen und je länger die Beziehung andauert, desto kuschlicher werden sie.



Unten durch Straflager

Von **Linus Reichlin**

In der Biobäckerei bei mir um die Ecke ist die Kundschaft schlecht angezogen. Es scheint, als würden die Kunden ihre Kleider grundsätzlich eine Nummer zu gross kaufen, sei es, weil sie befürchten, in nächster Zeit zuzunehmen, sei es, weil sie sowieso keine Körperform haben, die sich bei engerer Kleidung abzeichnen könnte. Wenn man hier vor der Vitrine mit den Vollkornbrötchen eine Frau kennenlernt, ist das folglich ein Blindflug. Man hat keine Ahnung, ob unter ihrem weiten T-Shirt aus Schafwolle überhaupt irgendetwas vorhanden ist, das später einmal, wenn man sich näher kennengelernt hat, eine Rolle spielen könnte. Deswegen verzichte ich von vornherein darauf, hier eine Frau kennenzulernen. Ich weiss auch schon genau, was ich sage, falls mich mal eine anmachen sollte. Ich werde sagen: «Vergiss es! Ich kaufe keine Katze im Sack! Und das meine ich wörtlich.»

Ich verstehe nicht, warum gesunde Ernährung scheinbar untrennbar mit schlabbriger Kleidung verbunden ist. Wobei es sogar noch komplizierter ist: Auch ungesunde Ernährung korreliert mit schlechter Kleidung, nur dass an den Würstchenbuden die Kleidung nicht schlabbert, sondern spannt. An den Würstchenbuden sieht man Leute, die eindeutig früher mal in weiten Hosen Vollkornbrötchen kauften und dann zunahmen, bis die Hose eng wie eine Wursthaut an ihrem Hintern klebte. Man hat heutzutage fast nur noch die Wahl zwischen solchen Leuten und Bio-Brot-Käufern, der Mittelstand – ernährungsphilosophisch gesehen – stirbt aus.

Es ist klar, dass das mittelfristig auf einen geistigen Bürgerkrieg hinausläuft: Leute in drei Nummern zu grossen Strickpullovern aus der Boutique für grüne Mode werden versuchen, mit Süssgetränke-Verboten Leute in die Knie zu zwingen, die aus den Nähten platzende H-&M-Trainerhosen tragen und deswegen gar nicht in die Knie gehen können, ohne einen Hosenriss zu riskieren. Ich weiss noch nicht, auf welcher Seite ich in diesem Bürgerkrieg stehen werde. Vermutlich werde ich es so machen wie beim Fussball: Ich warte auf den Schlusspfiff und bin dann für die Mannschaft, die gewonnen hat. Im Grunde ist das auch das Prinzip meiner Ernährung.

>>> Fortsetzung auf Seite 64

Ich füttere meinen Körper abwechselnd mit Dinkel-Roggen-Biobrot und mit Aufback-Croissants aus dem Chemielabor und warte einfach mal ab, welches Brot sich in meinem Körper sozusagen durchsetzt. Eines lässt sich jetzt schon sagen: Diese Mischdiät aus gesunden und ungesunden Nahrungsmitteln führt zu gutsitzender Kleidung. Meine T-Shirts sind weder zu weit noch spannen sie, mehr noch: Ich trage gar keine, sondern nur weisse Hemden. In der Biobäckerei halten sie mich deswegen für einen Börsenmakler, der in dubiose internationale Finanztransaktionen verwickelt ist, die im Endergebnis zum Dritten Weltkrieg führen werden.

Wenn die männlichen Biobrot-Käufer körperlich fitter wären, würden sie mich mit Hartweizen-Baguettes verprügeln. Aber das kommt ja zur schlechtsitzenden Kleidung dieser Sojamilch-Tarzane noch dazu: Unter dem Schlalber-Shirt sieht es nicht viel besser aus als darüber. Wenn diese Leute sich im Strandbad mal ausziehen, sieht man lauter krumme Rücken, dünne Beinchen, gewölbte Bäuchlein und eine Art Herrenbrüste. Es scheint, dass eine körnerreiche Ernährung Haltungsschäden und Teilverfettungen verursacht, wie bei den Hühnern, die gleichfalls dünne Beinchen haben und einen fetten, herrenbrustartigen Bürzel – das kann kein Zufall sein. Aber noch beleidigender möchte ich nicht werden. Ich möchte sogar zur Versöhnung aufrufen, indem ich sage, dass in Biobäckereien niemals in der Geschichte der Menschheit Straflager errichtet worden sind. Es kam in Biobäckereien noch nicht einmal zu illegalen Tierjagden. Hier herrscht also Frieden und eine gewisse Gerechtigkeit, ungeachtet der ästhetischen Defizite.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Grosses aus der Nische

Von Peter Rüedi

Das beim Wein nur *small* auch *beautiful* sei, ist, versteht sich, ein Unsinn. Die Verklärung des Kleinen ist der antiindustrielle Reflex einer Gesellschaft, die eben im Begriff ist, das industrielle Zeitalter hinter sich zu lassen. Um das Mindeste zu sagen. Natürlich gibt es auch tolle Weine von Grossproduzenten, selbst die grösste Weinbaugenossenschaft der EU, Settesoli im sizilianischen Menfi (rund zwanzig Millionen Flaschen von 5317 Hektaren Rebge-lände) produziert mit dem «Carthago» für ihre Premiumlinie «Mandarossa» einen höchst beachtlichen Roten. Andererseits hat Michael Broger am Weinfelder Ottenberg natürlich recht, wenn er am anderen Ende der ökonomischen Skala sagt, die gut drei Hektaren, die sein «broger-dynamisches» Weingut umfasst (eigene und gepachtete Reben), «seien die untere Limite für einen wirtschaftlichen Betrieb». Dabei ist der in den Thurgau gezogene Appenzeler mit seiner dynamisch integrierten Landwirtschaft, die er mit mehreren Wollschweinen, Skuddenschafen, drei Abkömmlingen der Gat-

tung Homo sapiens und deren Mutter teilt, in einem idyllisch versteckten Bauernhaus oberhalb Boltshausen bei Ottenberg bei Märstetten – dabei ist Broger alles andere als ein naiver Bukoliker, den es ins 21. Jahrhundert verschlagen hat, sondern auf seine Weise ein freier Radikaler, der mit geschärftem Bewusstsein «nicht den besten, sondern den ehrlichsten Wein» keltern will. Was schamlos tiefgestapelt ist, gehören doch seine Weine zum Besten, was die neue Winzergeneration nach dem Tod des Pioniers Hans Ulrich Kesselring 2008, Brogers Lehrmeister, in der wundersamen Renaissance am Thurgauer Ottenberg hervorgebracht hat.

Seine Weine sind nicht gut gemeint, sondern tatsächlich hervorragend – und zwar Jahr für Jahr und allesamt. Bei Broger stimmt alles, sein persönlicher Stil deckt sich mit seinen professionellen Vorstellungen, deren Resultate sind nicht angewandte öno-ökologische Correctness, sondern eine helle, sinnliche Freude. Insofern gehört Broger zur freudvollen Bio-Avantgarde im Schweizer Weinbau: Verzicht auf Herbizide und, weitestmöglich, auf Fungizide; im Keller minimalster Einsatz von Schwefel und Schönungsmitteln, in guten wie in weniger guten Jahren (bei seinem besonders geliebten exzellenten Pinot noir sind inzwischen mit fortschreitendem Klimawandel ohnehin mehr und mehr die «guten» das Problem). Besonders gefällt mir, neben den Pinots, Brogers Müller-Thurgau: fein, diskret im Parfum, nicht zu reif geerntet. Und ein fabelhaft knackiger, eigenständiger, allerdings ausverkaufter Riesling. Bitte vormerken für ein kommendes Jahr!

Michael Broger Müller-Thurgau Ottenberg 2018. 11,5%. Fr. 17.–.

Michael Broger Riesling 2018. 11,5%. Fr. 25.– (ausverkauft)

www.broger-weinbau.ch



Salz & Pfeffer

Kunst des Weglassens

Von David Schnapp

Die Kunst des Weglassens ist in der anspruchsvollen Küche kein einfacher Weg. Um sie zu beherrschen, müssen auch talentierte Köche oft lange suchen. Patrick

Mahler, ein sympathischer und bescheidener Aargauer, der seine Lehre im Kantonsspital Aarau gemacht hat, gehört mittlerweile zur kulinarischen Spitze des Landes. Er ist zweifellos ein talentierter Koch, und seit er vor etwas mehr als einem Jahr die Leitung des Restaurants «Focus» im «Park Hotel Vitznau» übernommen hat, wurde er schnell mit zwei Sternen vom «Michelin» und siebzehn Punkten vom «Gault & Millau» bewertet.

Kürzlich habe ich das Frühlingsmenü bei Mahler gegessen, und als ich mich später hinsetzte, um darüber zu berichten, fiel mir auf, dass der Gang, an den ich mich am besten erinnern kann, derjenige mit den hervorragenden Schmorbratenravioli mit Trüffelschaum und feinen Spänen vom Périgord-Trüffel war. Also jener Gang, bei dem alles weggelassen wurde, was es auf dem Teller nicht zwingend braucht, um geschmackliche Harmonie und Intensität zu erzeugen.

Keine Missverständnisse, es war ein hervorragendes Essen, jedes Gericht überzeugte durch überragenden Geschmack und handwerkliche Behandlung des jeweiligen Produkts im Zentrum jedes Gerichts: Der Kaisergranat mit Schweinebauch, Zitrone und Fenchel war leicht und gehaltvoll zugleich und hatte eine schöne Balance aus Süsse und Säure. Zander, Kalbsmilke, Tunfisch – alles ausgezeichnet.

Einzige Kritik: etwas zu viel auf dem Teller. Im Hauptgang wurde eine Schweizer Poularde inszeniert, ein tolles Produkt, perfekt zubereitet. Dazu gab es Artischocke, Lattich, eine Liebstöckelcreme; vielleicht wäre weniger mehr gewesen. Patrick Mahler hat schon fast alles erreicht. Der nächste Schritt könnte sein, weniger zu wollen.

Restaurant Focus, Park Hotel Vitznau. Seestrasse 18, Vitznau. Tel. 041 399 60 60. Sonntags und montags geschlossen.

David Schnapp ist Autor beim «Gault-Millau-Channel».



Auto

Modern Times

Ein neuer Porsche 911 ist wie ein neues Album von Bob Dylan.
Ein ewiger Klassiker, der zu reden gibt. *Von David Schnapp*

Im vergangenen Spätherbst wurde der neue Porsche 911 in Los Angeles mit Pomp und grosser Party vorgestellt (*Weltwoche* Nr. 49/18), ein halbes Jahr später darf ich ihn endlich fahren. Der Himmel ist leicht bewölkt, die Strasse aber trocken und die vorgesehene Strecke wie gemacht für diese Ikone unter den Sportwagen. Im Chianti-Gebiet bei Florenz führen kurvenreiche Landstrassen durch pittoreske Weinberge, Wälder und durch Ortschaften, die so ursprünglich aussehen, als würde demnächst eine Kohorte römischer Soldaten um die Ecke biegen.

Ich fahre den 911 Carrera S als Cabrio mit Heckantrieb – für strukturkonservative Elferfahrer immer noch die einzig wahre Antriebsart. Der Porsche-Klassiker wird zwar immer noch etwas grösser, 20 Millimeter mehr Länge und 50 Millimeter mehr vordere Breite sind es diesmal. Trotz dem Wachstum lässt sich das Auto aber noch flinker, noch schneller, noch präziser durch die Kurven treiben. Und als Cabrio wirkt der Wagen so unverwindbar und

steif, dass nur hochsensible Fahrer einen Unterschied zur Coupé-Version feststellen können.

«Timeless Machine» nennt Porsche den 911er, seit 1963 wird er mit einem guten Gespür für ewige Werte gebaut: Tank vorn, Motor hinten, Zündschloss links. Und wenn ein neuer 911er auf den Markt kommt, ist dies für seine Fans ein Ereignis, vergleichbar mit einem neuen Album von Bob Dylan: immer unverkennbar, aber ab und an verstörend anders. Entwicklungsschritte, bei denen etwa von Luft- auf Wasserkühlung oder von Saug- auf Turbomotoren gewechselt wurde, gaben unter Elferfans so viel zu reden wie der Moment, als Bob Dylan 1965 mit elektrischer statt mit akustischer Gitarre auftrat und so viele seiner Anhänger schockierte.

Beim neuen Elfer gibt es keine radikalen Änderungen, dafür ein paar eher dezente, wirkungsvolle Eingriffe: Die erstmals versenkbaren Türgriffe oder die vertikal stehenden dritten Bremsleuchten, die in den Heckspoiler

integriert sind, erscheinen als wirkungsvolle Design-Elemente. Neu sind das 8-Gang-Doppelkupplungsgetriebe sowie die Cockpit-Architektur, die wohl auch im Elektrosportwagen Taycan so oder so ähnlich eingesetzt wird. Der neue 911er ist komplett vernetzt, das Navigationssystem etwa arbeitet mit Schwarmdaten anderer Verkehrsteilnehmer und kann einem so helfen, Staus schnell zu erkennen und zu umfahren. Neu ist auch ein «Wet»-Modus: Akustische Sensoren in den Radhäusern erkennen Wasser auf der Fahrbahn und passen verschiedene Fahrzeugparameter den nassen Verhältnissen an. Das ist eine nette Spielerei, die echte Sportwagenfahrer aber so dringend brauchen wie Bob Dylan eine Trompete.

Im Chianti bleibt es trocken, und ich höre «Modern Times», mein Dylan-Lieblingsalbum, weil es auch für Dylan-Laien ziemlich einfach zugänglich ist. «Thunder on the Mountain, Rolling like a Drum», eine Zeile aus dem ersten Song, passt perfekt zu einem offenen Sportwagen, der mit dem Sound grollenden Donners durch die atemberaubende Landschaft zieht.

Porsche 911 Carrera S Cabrio

Leistung: 450 PS/331 kW; Hubraum: 2981 ccm
max. Drehmoment: 530 Nm bei 2300 – 5000 U/min
Höchstgeschwindigkeit: 306 km/h; Beschleunigung
0–100 km/h: 3,9 s; Verbrauch (NEFZ): 9,1 l/100 km
Preis: Fr. 175 600.–, Testwagen: Fr. 207 320.–



Tamaras Welt

Woran Frauen beim Sex denken

Aufgrund mehrfachen Wunsches der männlichen Leserschaft geht es heute um eine fortpflanzungsrelevante Frage. Für Nebenwirkungen wird keine Haftung übernommen.

Ehrlichkeit steht weit oben auf der Liste der Eigenschaften, die wir uns bei unserem Partner wünschen. Aber wenn wir Ehrlichkeit fordern, meinen wir eigentlich nicht Aufrichtigkeit, sondern eine Wahrheit, die uns behagt. «Schatz, wie steht mir das Kleid?» Frauen wollen nicht hören, dass ihr Becken in dem Teil ausser Kontrolle geraten ist. «Findest du, mein Koffeinshampoo zahlt sich aus?» Jeder Mann kennt die Antwort. Aber mit dieser will er nicht wirklich konfrontiert werden, denn sie kann die Würde nachhaltig schädigen. Und weil die Beurteilung, welche Taktik – Lüge oder Wahrheit – in einer Situation die bessere ist, von etwa hundert Variablen abhängt, ist es der Harmonie im Paarkosmos zuweilen dienlicher, gewisse Fragen unerwähnt zu lassen: «Mit wie vielen warst du schon im Bett?», «Hattest du jemals den Wunsch, mit einer anderen Frau zu schlafen?» oder «Woran denkst du beim Sex?» – sie gehören zu den Erkundigungen, die, wenn es blöd läuft, einige Zeit später auf die Couch eines Paartherapeuten führen.

Weil aber gerade die letzte Frage einen reizvollen Einblick in das Geistesleben der Frau erlaubt und damit Sie, liebe Leser, sie selbst nie stellen und dennoch nicht in völliger Ahnungslosigkeit weiterleben müssen, habe ich geforscht und – mangels empirischer Erhebung – per Umfrage ein paar der gängigsten Gedanken zusammengetragen. Sie sind verstörend. Sagen Sie also nicht, ich hätte Sie nicht gewarnt.

Bei den Männern habe ich auf eine Befragung verzichtet. Mit grosser Wahrscheinlichkeit kommt ihr Hirn auch während des Liebesakts seinem guten Ruf als unkompliziertes Denkorgan nach und produziert Geistesblitze wie «Wie lange braucht sie denn noch?», «Oje,

wenn ich die Socken ausziehe, riecht es hier nach Emmentaler» oder «Sie ist gekommen, ich bin ein geiler Siech!». Beim Vollzug des ersten Koitus mit der neuen Eroberung führt man sich vielleicht noch die Steuererklärung vor Augen – im Widerstand gegen den zu raschen Höhepunkt.

Bei den Damen ist es komplizierter. Meine nicht repräsentative Umfrage mit Frauen zwischen 23 und 51 Jahren ergab, dass sich die gedanklichen Abschweifungen beim Geschlechtsverkehr teilweise in unverhältnismässiger Entfernung zur Materie aufhalten: «Ich muss den Babysitter anrufen» oder «Hab ich das Müsli eingekauft?» – beliebt scheint das Abarbeiten der To-do-Liste. Andere überdenken das Abendessen: «Hätte ich doch den Fisch vorher aufgetaut» – eine hochgradig unschickliche Eingebung, die mich, zugegeben, selbst schon während eines kritischen Moments in Anspruch nahm. Weitere sind besorgt über ihren Körpergeruch: «Dass er jetzt direkt nach der Arbeit andockt, ist ungünstig. Oral ist heute nicht drin.» Und ärgern sich, weil sie sich zuletzt für den Sex vor drei Monaten rasiert haben. Einige befürchten eine unvorteilhafte Zurschaustellung von Problemzonen während einer bestimmten Stellung. Oder finden, dass er zu zügig voranschreitet: «Wofür habe ich die neue Unterwäsche gekauft?!» Andere hoffen, dass es bald vorbei ist: «Die Position schmerzt, aber ich will ihm nicht den Spass verderben.» Bei einem Orgasmusdilemma erwägen sie das Vortäuschen; auch fragen sich viele, ob er den Sex gut findet.

Sie dürfen hier natürlich einige Gedankenflüge als Klischees abtun, an der Wirklichkeit ändert das aber nichts: Viele Frauen offenbaren, dass es für sie nur schwer möglich ist,

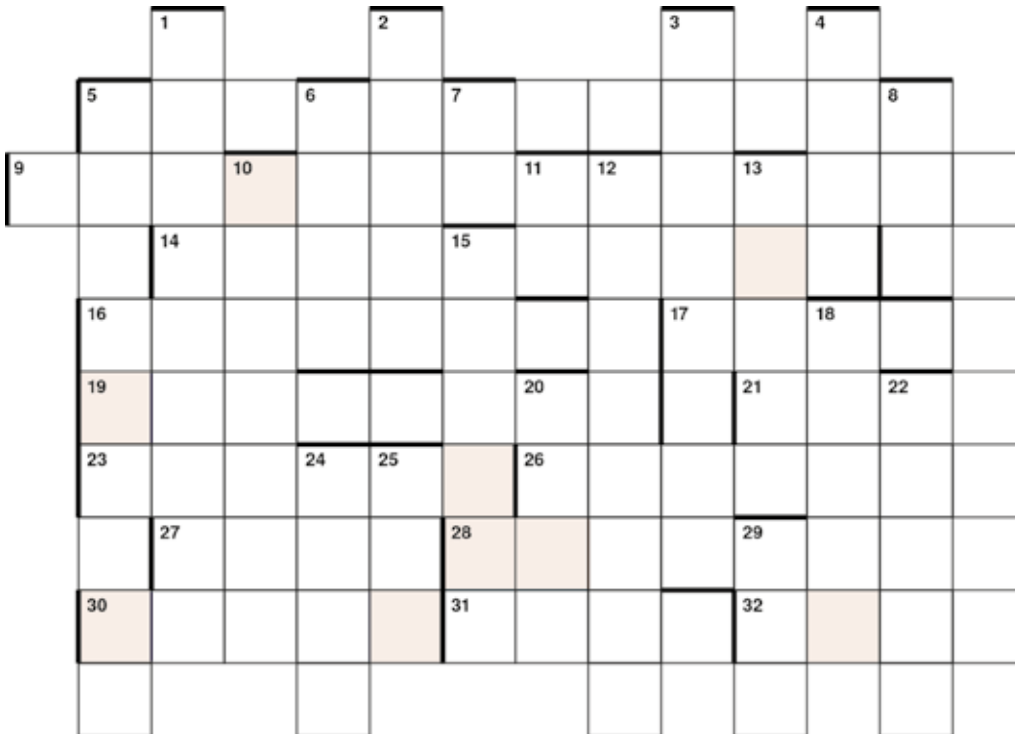
während der ganzen Vorstellung an rein gar nichts zu denken.

Eine Thematik hat das Mitteilungsbedürfnis der Ladys beinahe trockengelegt, zumindest reagierten sie mit diskreter Vertuschung: sexuelle Fantasien. Folgende Sachlage ist darum auf professionelle Ermittlungen gestützt. «46 Prozent der Frauen denken während des Sex mit dem Partner an einen anderen», das ergab eine Studie des grössten britischen Sexspielzeug-Herstellers Lovehoney von 2015, die das amerikanische Online-Frauenmagazin *Bustle* publizierte.

Das Kopfkino. Viele Frauen kapern eine Szene, die sie anturnt; die Fantasie hilft ihnen, einen Orgasmus zu bekommen. Laut der Umfrage, die Lovehoney mit 1300 Personen durchgeführt hat, denken viele Frauen beim Sex an einen engen Freund oder Arbeitskollegen. 60 Prozent der Damen haben schon von verflissenen Liebhabern fantasiert, während sie mit dem gegenwärtigen Partner zusammen waren. «Das ist absolut harmlos, solange man diese Fantasie nicht ausleben möchte, wenn man mit jemand anders zusammen ist», sagt ein Sprecher von Lovehoney. Auch Männer denken beim Sex an andere Frauen, aber seltener als umgekehrt. Gemäss einer Studie des *Journal of Sex Research* haben Männer eher Dominanzfantasien, während die sexuellen Bilder bei Frauen mehr emotional und Romantik-gefärbt sind. Unter Sexualforschern ist man sich einig, dass Fantasien gesund sind – hat man es im Bett gut miteinander, funktioniert auch die Partnerschaft.

Wer jetzt rätselt, was wohl seine Partnerin beim Sex denkt, soll sich einfach aus den Antworten jene herausuchen, die ihm am besten gefällt. Übrigens: Zwecks Eindämmung der weiblichen Gedankenflut eignet sich hervorragend eine romantische Einstimmung, inklusive Vegi-Risotto (Low Fat), korrekten Einräumen der Geschirrspülmaschine, Duftkerzen, Kopfmassage, Komplimenten, humoristischer Bemerkungen und «No Ordinary Love» von Sade. Viel Vergnügen!

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt bei Basel.
Aktuelles Video auf www.weltwoche.ch



Lösungswort — Erdbebenschaden

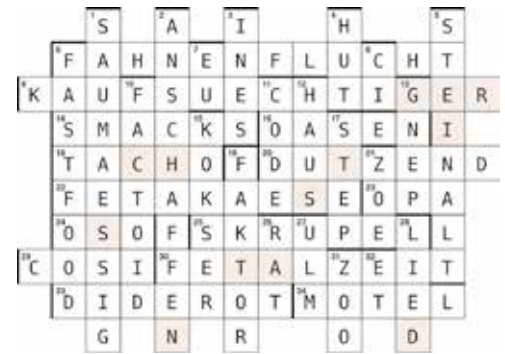
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — **5** Resultat davon ist zum Beispiel zum Beispiel oder auch Rezept. **9** Ist sowohl zeitweilig als auch entscheidend dafür, was passiert beim Klick. **14** Lebensmittel konservierender und Kreislauf korrumpierender Status. **16** Geht stiften, meist ohne sich aus dem Staub zu machen. **17** Oxygenisierender Saft transportierender Hauptzubringer. **19** Dies ist ein Hinweis; symbolisiert Denken über Denken... **21** Moderne Variante des Kristalleuchters. **23** Gerade noch und endlich auch noch gerade platt. **26** Komische Rebellen: Versetzen Römer sowie Wildschweine in Angst und Schrecken. **27** Zu $\frac{3}{4}$ wahlfreien Zugriff gewährende Shimano-Alternative. **28** Betrieben antike Drogenlabors und waren bspw. bei solchen wie **26** Waagrecht für magische Unterstützung zuständig. **30** Räumlich oder zeitlich entferntes Unspezifisches. **31** Zustand, der auch für unbeirrbar Optimisten keine Zweifel zulässt. **32** Edomiter-Vorfahr mit schweinischem Nachzug.

Senkrecht — **1** Hundsgewöhnliche Tieflandvariante der von Polo Besungenen. **2** Stoff, der am Glas Marke Plexi, lässt sich zur Marke von spannendem Stoff verwenden. **3** Halb so oft nur alle vier oder einmal pro Jahr. **4** Äusserst relatives Längenmass; verdoppelt und weg Shreks ungewollte Temporärdomäne. **5** Einer Sache __ gehen ist weniger amüsant als es klingt. **6** Mit extra e wird extra zum Kaffeesatzleser. **7** Initialen der Vor- bzw. Nachnamen: Beginn fiktive Cthulhu-Sage oder in einer Palo Altoer Garage. **8** Sprichwörtlich Erfinderschmiede, Eisenbrecher und Beelzebubs Speiseplan bestimmend. **10** Kopfschmuck, der figurativ auch von Betrogenen getragen. **11** Exclusive dessen «entweder»-Form. **12** Namentlich unterdurchschnittlich schweizerischer und überdurchschnittlich miesepetriger Büchsenhersteller. **13** Erhebt Brückenzoll oder schreibt Foren voll. **15** Trächtig prächtiges Kleidl. **18** Momentan Felipe und Letizia; zaubernd die spanischen Weihnachtsmänner. **20** Ein solcher begibt sich mit hyperaktivem donkey im Schlepptau auf Befreiungsabenteuer. **22** Römerpfennig; nur so am Rande: aus Rande. **24** Scheisst hier nach Buchstabendreher auch rhetorisch in den Wald. **25** Siehe unten rechts. **29** In klassischen Lobeshymnen oder zeitgenössischen Achselhöhlen zu finden.

I=J=Y © Andri Martinelli – RätselFactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 620



Waagrecht — **6** FAHNENFLUCHT
9 KAUF SUECH(TIGER) **14** Kellog's SMACKS und engl. Klappe **16** (Steuer) OASEN **18** TACHO(stand) **20** (Ver)DUTZEND: «Das dreckige Dutzend» (Kriegsfilm) **22** FETAKAESE: Zutat im griechischen Salat **23** OPA **24** OSO: span. Bär **25** SKRUPEL **29** (COS)I: tea cosy und Kossinus **30** FETALZEIT **33** Denis DIDEROT: Anagramm von «die dort» **34** MOTEL: Kofferwort aus Motor und Hotel

Senkrecht — **1** SAUMAESSIG **2** ANSCHAF-FEN **3** INES: Anagramm von Nesi **4** Auf der HUT sein. **5** (STEIN)(ALT) **6** (FAST)(FOOD) **7** EU: Europäische Union und Präfix mit Bedeutung «gut» **8** CI (et ça): römisch 101 (und franz. dies und das) **10** (FACT)OID **11** (C-)CODE oder Gaunerzinken **12** HAUS **13** GNEP: rückwärts Peng! **15** KOKSER **17** STEP: «Da steppst der Bär» und rückwärts pets = engl. Haustiere **19** FAKTOR **21** ZOE **26** (Haus)RAT **27** ULM(e) **28** LIED wird mit mittigem Buchstabendreher zu Leid. **31** ZOO **32** ET: das «&»-Zeichen, E. T. (der Ausserirdische)

Lösungswort — **GERICHTSSTAND**

Leserumfrage

Bewerten Sie die neuen Rätsel auf:

www.raetselfactory.ch/weltwoche.html

EMS
 WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
 erfolgreich in den Geschäftsbereichen
 Hochleistungspolymere
 Spezialchemikalien

Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



Patek Philippe Boutique
at

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel: +41 (0)44 888 33 88
beyer-ch.com



Twenty-4® Ref. 4910/11R